



AIB

Antiimperialistisches Informationsbulletin

2V 20899 E

1,50 DM

Mai

Nr. 5 / 1977

8. Jahrgang

Komplott gegen Afrika

Zaire
Angola
Kongo
Benin
Rhodesien

Faschismus in Lateinamerika (3)
Programm der FRELIMO

Imperialistische
Marionette Mobutu

Inhalt:

Afrika

Rainer Falk: Das imperialistische Komplott gegen Afrika	S. 3 – 7
Agostinho Neto: Invasionspläne gegen Angola	S. 8 – 10
Julius Nyerere: Wieviel Krieg um Rhodesien?	S. 10

Lateinamerika: Faschismus und Widerstand (3. Teil)

Willi Israel: Arbeiter- und Volkswiderstand in Uruguay	S. 11 – 14
Erklärung der Unidad Popular: Ausweg der chilenischen Volksbewegung	S. 15 – 20
Unidad Popular: Erklärung von Stockholm	S. 20 – 21
Ivan Ljubetic: Christdemokratie und antifaschistische Opposition in Chile	S. 22 – 25
Kirche in Brasilien	
Interview mit Bischof Adriano Hipolito: Den Mächtigen standhalten	S. 26 – 27
Brasilianische Bischofskonferenzen:	
Hirtenbrief an das brasilianische Volk	
Christliche Forderungen an eine politische Ordnung	S. 27
Helga Merkelbach/Barbara Pflug: „Krieg dem Kommunismus“ auf guatemaltekisch	S. 28 – 30
Anne Hermanns: Bolivianisches „Roll Back“	S. 31 – 34
Wolfram Brönner/Ulrich Rupp: Paraguay – ein „abhängiger Faschismus“	S. 35 – 38

Moçambique

Programm der FRELIMO-Partei	S. 39 – 46
-----------------------------	------------

Kurzinformation

Libanon-Palästina, Indien, Chile; Idi Amin – Lieblingsobjekt der Rassenhetze	S. 47 – 48
--	------------



Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Brönner, Dr. Jutta von Freyberg, Wolfgang Gehrecke, Mechtild Jansen, Georg Kwiatkowski, Herbert Lederer, Steffen Lehndorff, Erich Rudolph, Peter Tanzmeier, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff

Redaktionskollektiv: Gabriele Brönner, Wolfram Brönner (verantwortlich), Rainer Falk, Paul Maaskola, Jürgen Ostrowsky, Wolfgang Ritter

Anschrift von Redaktion und Vertrieb:

AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg 1;

Telefon 06421-24672

Konto: Weltkreis Verlags GmbH Postscheckkonto 31 2093-607, Postscheckamt Frankfurt/M.

Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Brüderweg 16, 4600 Dortmund

Druck: W. J. Becker, Marburg

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Abdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Das AIB erscheint monatlich. Jahresabonnement 15,- DM; Einzelheft 1,50 DM; bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33 % Ermäßigung.

Redaktionsschluß: 18. 4. 1977

Es arbeiteten mit: H. Billstein, B. Brinkmann, G. Bröker, G. Eckhardt, D. Fendt, M. Hellmann, A. Hermanns, H. Mayer, H. Merkelbach, B. Pflug, M. Preuss, G. Ritter, U. Rupp

Titelfoto: dpa

Interna

Für mehrere aus dem Kreis der Herausgeber ausscheidende Personen wurden neu in den AIB-Herausgeberkreis aufgenommen:

Mechtild Jansen, Vorsitzende des Sozialistischen Hochschulbundes (SHB)

Prof. Dieter Boris, Soziologe und Gründungsmitglied des Antiimperialistischen Solidaritätskomitees

Erich Rudolph, Redakteur der Deutschen Volkszeitung

Peter Tanzmeier, Betriebsrat beim BASF-Konzern

Wolfram Brönner, verantwortlicher AIB-Redakteur

NEUERSCHEINUNG Sonderdruck 2/1977 Menschenrechte und „Dritte Welt“-Politik der BRD

Inhalt:

- Menschenrechtsfrage, UNO und „Dritte Welt“-Politik der BRD
- Die Beziehungen der BRD zur faschistischen Junta Chiles
- Bonns Kollaboration mit dem südafrikanischen Rassen-Regime
- Konzernexpansion und Atomexport der BRD nach Brasilien
- Die Bonner SAVAK-Affäre und die Beziehungen zum Iran
- Neuere UNO-Entschlüsse zu Chile und Südafrika und das Bonner Memorandum an die OAU

Umfang: 32 Seiten

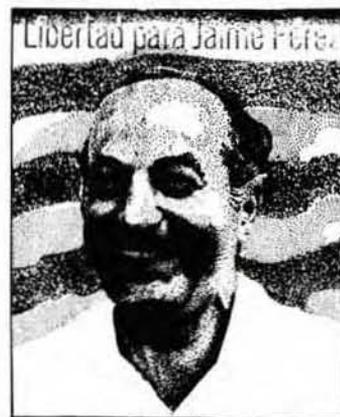
Preis: 1,50 DM

Erscheinungstermin: 13. Mai 1977

Beilagen, Anzeigen

- Werbekarte und Anzeige der Deutschen Volkszeitung
- Chile-Plakat des Antiimperialistischen Solidaritätskomitees
- Werbeblatt AIB-Sonderdruck 1/77

AIB-Postkartenaktion: Rettet Jaime Pérez!



Die verfolgten und eingekerkerten Patrioten im faschistischen Uruguay, dem Land mit dem höchsten Anteil an politischen Gefangenen und den größten Konzentrationslagern Lateinamerikas, benötigen dringend Solidarität. Ein Beitrag dazu kann Ihre Teilnahme an unserer AIB-Postkartenaktion sein. Jaime Pérez, einer der herausragenden Arbeiterführer soll physisch vernichtet werden. Ihre Ein-sendung der beiliegenden Postkarte nach Uruguay kann ihn retten helfen.

Deutsche Volkszeitung

Probexemplare unverbindlich und kostenlos durch MONITOR-VERLAG GmbH, Düsseldorf, Oststr. 154, Postfach 5707 – Anforderungskarten liegen dieser Ausgabe bei –

Rainer Falk

Das imperialistische Komplott gegen Afrika

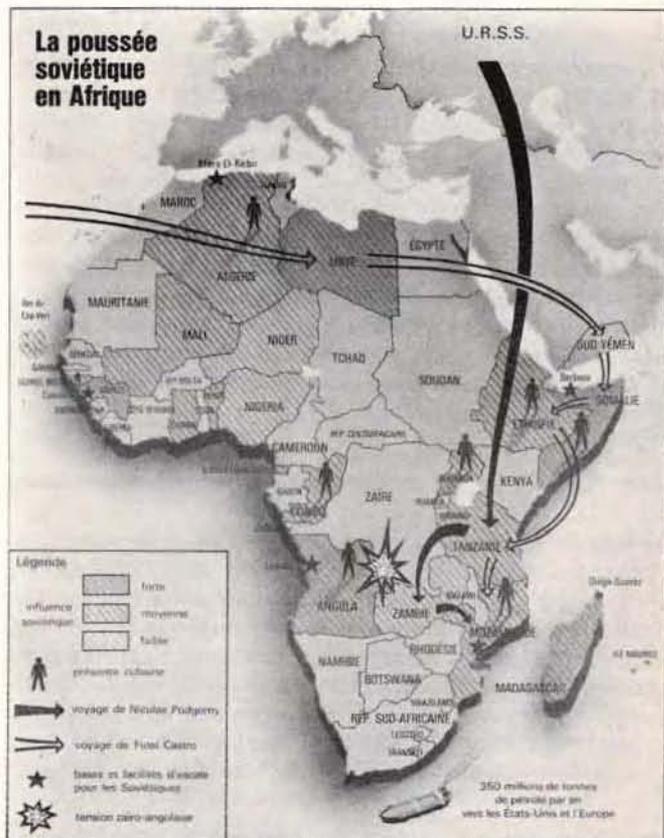
Ein Jahr nach dem historischen Sieg des angolanischen Volkes über die ausländischen Interventionen aus Südafrika und Zaire und die Marionettenorganisationen FNLA (Nationale Front zur Befreiung Angolas) und UNITA (Nationalunion für die völlige Befreiung Angolas) sehen sich die fortschrittlichen Kräfte auf dem afrikanischen Kontinent mit einer groß-angelegten Gegenoffensive des Imperialismus konfrontiert. Der Söldnerüberfall auf die Volksrepublik Benin am 16. Januar 1977; der Mord an Jason Moyo, dem 2. Vizepräsidenten des Afrikanischen Nationalrates/Afrikanische Volksunion von Zimbabwe (ANC/ZAPU) und Mitbegründer der Patriottischen Front, am 22. Januar d. J.; die fortwährenden Überfälle und Provokationen gegen die Volksrepublik Angola; die forcierte Auffüllung der rhodesischen Armee mit Tausenden in den USA und anderen westlichen Ländern gedungenen Söldnern; der Mord an Marien Ngouabi, dem Präsidenten der Volksrepublik Kongo, am 18. März d. J.; das Zuhilfeeilen einiger Westmächte und neokolonialer Regimes mit Waffen und Truppen für den abgewirtschafteten Diktator von Zaire, Mobutu – all dies ist keine zufällige Kette von Ereignissen. Es ist der Anfang einer mit verschiedensten Methoden geführten und koordinierten Aktion gegen den Fortschritt in Afrika, um das seit dem Sturz des portugiesischen Faschismus in Afrika grundlegend veränderte Kräfteverhältnis zurückzurollen.

Das Gespenst der kubanisch-sowjetischen Bedrohung

Man könnte die seit einigen Wochen verstärkte und unter dem Motto „Die Russen in Afrika“¹ geführte Kampagne als Kollektion antisowjetischer und antikubanischer Erfindungskunst abtun, wäre sie nicht psychologische Vorbereitung und Begleitfeuer einer Politik, die die unter großen Opfern erungenen Positionen der antiimperialistischen Kräfte Afrikas real bedroht. Doch ist diese Kampagne nicht neu. Mit Angriffen auf Kuba und die Sowjetunion sollen die Attacken gegen die konsequentesten Befreiungsbewegungen und ihre Führungspersonlichkeiten als gerechtfertigte Eingriffe des westlichen Lagers erscheinen. In ähnlicher Weise wurde in den 50er und 60er Jahren ein internationales Klima erzeugt, das die Invention der USA 1954 in Guatemala und 1965 in Santo Domingo rechtfertigen sollte.²

Keines der großen internationalen westlichen Presseorgane ließ es sich anlässlich der jüngsten Afrikareisen von Fidel Castro und Nicolai Podgorny im März/April d. J. entgehen, in Titelstories und Schautafeln den „wachsenden sowjetischen Einfluß in Afrika“ als die „westlichen Interessen“ bedrohendes Gespenst an die Wand zu malen.³

„Der sowjetische Einfluß, der in den frühen 60er Jahren in Guinea an der Westküste Afrikas begann“, schreibt die Zeit-Chefredakteurin Dönhoff, „spannt sich heute im großen Bo-



Als "Sowjetischen Vorstoß nach Afrika" karikierte L'Express am 21. 3. 1977 die derzeitige kontinentale Lage. Spannungszentrum: Zaire, nicht etwa das südliche Afrika. Die "Expansions"-Pfeile markieren die Reiserouten N. Podgornys und F. Castros. Unterstellt werden nicht existente Militärstützpunkte der UdSSR.

gen über Mali nach Norden, hat Algerien und Libyen erfaßt, greift im Osten auf die arabische Halbinsel über, wo der Süd-jemen und Aden feste Stützpunkte bieten, und schwingt dann über Somalia, Äthiopien, Tansania, Moçambique und Sambia zurück nach Angola an der Westküste Afrikas.⁴ In schamloser Umkehrung der tatsächlichen Verhältnisse wandte der in Paris erscheinende Express das die CIA-Taktik nach der US-Niederlage in Vietnam kennzeichnende Kodewort von der „Destabilisierung“ auf die Afrika-Politik der UdSSR an und sprach von einem „systematischen Destabilisierungsunternehmen“⁵ der Sowjetunion gegen Afrika. Als „Conquista“ (Zurückeroberung der südlichen, iberischen Halbinsel von den Arabern durch Portugal und Spanien) verunglimpfte gar das Sprachrohr der internationalen Hochfinanz Neue Zürcher Zeitung die Besuche Fidel Castros bei verschiedenen afrikanischen Staatschefs.⁶ Wie so oft schon schoß der Bayernkurier den Vogel ab: „Moskau Planung ist fertig (. . .) Steht erst die Front kommunistischer Satelliten, kann der endgültige Marschbefehl für die Vielvölkerarmee aus dem Warschauer Pakt kommen.“⁷

Für die großbürgerlichen Meinungsmacher kann sich der Vormarsch der nationalen Befreiungsbewegung nur als Ergebnis der sowjetischen Außenpolitik darstellen: „Im sambischen Lusaka ist die rote Zentrale,“ wähnt der Militärstrategie der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Adelbert Weinstein, „in der ein sowjetischer Diplomat den Kampf aller schwarzafrikanischen Staaten gegen das weiße Südafrika koordiniert.“⁸

Trotz einer solcherart geführten Kampagne gegen den erfolgreichen Kampf der Befreiungsbewegungen gaben sich die (in der Tat und zu Recht) bedrohten Nutznießer des südafrikanischen Apartheidsystems nicht zufrieden. Ein ominöser „Klub der 10“, hinter dem sich führende südafrikanische Industrielle verbergen, sah sich veranlaßt, für schätzungsweise 100 000 US-Dollar ein ganzseitiges Pamphlet unter dem Titel „Moskaus nächste Zielscheiben in Afrika“ in fünf Zeitungen der Welpresse (New York Times, Washington Post, Times, Guardian, Sunday Telegraph) abdrucken zu lassen, in dem Angola als „Basis der Hauptoffensive der Sowjets“ im Mittelpunkt der Angriffe steht.

Ist einmal in aller Ausführlichkeit dargelegt, „daß heute die Hälfte Afrikas unter sowjetischem Einfluß steht“ (Dönhoff), so kann man zu den praktischen Schlußfolgerungen vordringen. Eine davon ist, so Gräfin Dönhoff: „Es muß alles getan werde, um Südafrika zu halten.“ Weinstein, der sich gerade bei den rassistischen Generalen der Vorsterarmee über die Lage informiert hatte, weiß auch schon wie: Was er vor einigen Monaten für die NATO propagierte, empfiehlt er jetzt der Apartheid-Diktatur: „Sicherheit kann nur durch ein Konzept der Vorwärtsverteidigung verwirklicht werden.“ D. h. man muß für „eine Verteidigungsdoktrin ein(treten), die in ihrem Ansatz der der Israelis ähnelt. Man muß aus der Wagenburg ausbrechen können.“¹⁰

Der Angriff gegen progressive Regimes hat begonnen

Innerhalb eines solchen strategischen Konzepts werden etwaige neuerliche Aggressionen gegen die Volksrepublik Angola zur „verteidigungs“politischen Notwendigkeit: „Die Unterstützung Rhodesiens wird zum strategischen Zwang. Den Verlust dieses Sicherheitspuffers kann Südafrika nicht dulden.“ (Weinstein) Was ist dies anderes als die Rechtfertigung eines neuerlichen südafrikanischen Überfalls auf Angola oder die Legitimation, ja sogar die Aufforderung zu einer Internationalisierung des Rhodesienkonflikts, wie sie Smith zur Rettung seines morschen Systems anstrebt?

Was Weinstein in Gedanken durchspielt – die offene Aggression gegen unabhängige, souveräne afrikanische Staaten – hat indessen schon begonnen, Wirklichkeit zu werden. Dabei sind es nicht nur die Armeen der rassistischen Regimes von Smith und Vorster, die als Aggressions- und Drohpotential eingesetzt werden. Neokoloniale Bewegungen wie die UNITA, FNLA oder FLEC (Front für die Befreiung der Exklave Cabinda) fungieren mit massiver Unterstützung Südafrikas, der Westmächte und weiterhin der Führung der Volksrepublik China als ständiger Störfaktor gegen die progressive Entwicklung in Angola oder im Kongo. Reaktionäre Exilbewegungen gestürzter Regimes werden mit großem finanziellen Aufwand reaktiviert und zu imperialistischen Stoßtrupps gegen fortschrittliche Regierungen (wie z. B. in Benin) formiert. Immer stärker blüht und gedeiht unter Duldung amtlicher Stellen das internationale Söldnerunwesen. Neokoloniale Regimes wie in Marokko, Gabun oder der Elfenbeinküste spielen willig die Rolle von Stützpunkten aggressiver Handlungen gegen das fortschrittliche Afrika oder übernehmen stellvertretend Aufgaben bei der Niederschlagung von Aufstandsbewegungen.

Die verschiedenen Seiten dieser imperialistischen Gegenoffensive lassen sich an den Beispielen Benins, Kongos, Angolas und Zaires aufweisen.

Der Söldnerüberfall auf Benin

Nicht unbedeutend für eine Analyse der aktuellen imperialistischen Strategie in Afrika sind die Ergebnisse, die die Untersuchungsausschüsse der UNO, der OAU und der Regierung der Volksrepublik Benin über Ablauf und Hintergründe der Söldneraggression vom 22. Januar zutage förderten. Hier wurden Tatsachen auf den Tisch gelegt, die für die bürgerliche Presse nur schwer zu verkraften sind und am liebsten ganz abgestritten werden. „Es blieb unbekannt, wer dort der Angreifer war und woher er kam,“ behauptete die FAZ noch am 14. 3. 1977. Wie damals bei der portugiesischen Aggression gegen Guinea¹¹ würden die bürgerlichen Kommentatoren das Ganze am liebsten als ein von der Regierung Kerekou selbstinszeniertes Spektakel darstellen¹², um die Verantwortlichen zu entlasten. Tatsache ist indessen: 70 bis 75 europäische Söldner, je 13 Konterrevolutionäre aus Benin und Guinea landeten am 16. 1. 1977 in den Morgenstunden auf dem Flughafen von Cotonou (dem wirtschaftlichen und politischen Zentrum Benins) und suchten unter Anleitung französischer Instruktoren die strategischen Positionen der Stadt zu erobern. Eine „neue Regierung“, bestehend aus Exilpolitikern der „Front zur Befreiung und Wiederherstellung Dahomeys“, unter ihnen der Ex-Präsident Emile Zinsou, wartete im benachbarten Lomé (Togo) den Ausgang der von langer Hand vorbereiteten Aktion ab. Aus den von den Söldnern bei ihrer Flucht auf dem Flughafen zurückgelassenen Dokumenten und aus Zeugenaussagen gefangener Söldner geht der minutiös geplante Ablauf der Aktion hervor, die die Liquidation Kerekous einschloß. Hauptorganisator war der von der „Front zur Befreiung und Wiederherstellung Dahomeys“ angeworbene Kolonel Maurin, französischer Staatsbürger und enger Vertrauter des Staatsschefs von Gabun. Dieser warb in Paris, Abidjan und Dakar Söldner an und bildete sie in Marokko aus. Mit Waffen französischer, belgischer, amerikanischer und marokkanischer Herkunft ausgerüstet, starteten die Söldner von Marokko aus und machten in Gabun Zwischenstation, bevor sie in Benin einfielen. Nach der Eroberung der strategischen Punkte Cotonous sollten Truppen aus Togo anrücken, um das neuerlichtete Marionettenregime zu sichern. Gestützt auf Söldner mit „Indochinaerfahrung“ sollte der fortschrittliche Entwicklungsweg der Volksrepublik Benin¹³ gestoppt und rückgängig gemacht werden¹⁴.

Die Ereignisse um die Volksrepublik Benin verdeutlichen gleich mehrere Grundelemente der westlichen Strategie: Neokoloniale Bastionen fungieren als logistische Basen für Aggressionsakte. Im Rahmen derartiger Aktionen spielt der französische Imperialismus eine besondere Rolle. Denn, so die Welt: „Ein sorgsam durchdachtes Netz von Verträgen zu gegenseitiger Beistandsverpflichtung verbindet es (Frankreich, d. Verf.) mit seinen früheren Kolonien in diesem Raum, unter denen Staaten wie der Senegal und die Elfenbeinküste, von Marokko zu schweigen, zu den bedingungslosesten Freunden des Westens und zu den engagiertesten Kämpfern



Beim Überfall in Cotonou getöteter Söldner

gegen die kommunistische Unterwanderung gehören.“¹⁵ Überdies enthüllte jüngst die französische Zeitschrift *Afrique Asie*, daß Paris auch heute noch eine privilegierte Rolle bei der imperialistischen Durchdringung Afrikas einnimmt. Als Tummelplatz imperialistischer Geheimdienste vom Schlege der CIA, des südafrikanischen BOSS oder des Rhodesischen Informationsbüros, als Rekrutierungs- und Ausbildungszentrum diverser internationaler Söldnerorganisationen und als Operationsbasis aller möglichen konterrevolutionären afrikanischen Exilorganisationen ist Paris geradezu eine Drehscheibe der Gegenrevolution gegen die fortschrittlichen Staaten Afrikas¹⁶.

Der Mordanschlag auf Präsident Nguouabi

Daß in der gegenwärtigen imperialistischen Strategie gegen Afrika die Ausnutzung interner Entwicklungswidersprüche in den betreffenden Ländern eine hervorragende Rolle spielt, verdeutlicht die Entwicklung der letzten Wochen in der Volksrepublik Kongo. Hier hatte es die seit 1968 im Amt befindliche revolutionäre Regierung Nguouabi versäumt, wirk-same Schritte gegen die politischen Repräsentanten des von ihr gestürzten neokolonialen Regimes unter Massemba-Debat einzuleiten. Obwohl die Regierung Nguouabi einen konterrevolutionären Anschlag wie in der Volksrepublik Benin erwartete, gelang es Massemba-Debat nicht nur, Nguouabi durch einen seiner Mitarbeiter, den ehemaligen Armeehauptmann Barthélemy Kikadidi, ermorden zu lassen, sondern überdies – wie er nach seiner Verhaftung zugegeben hatte – eine geheime Gegenregierung zusammenzustellen, die nach einem erfolgreichen Putsch die 1969 als revolutionäre Avantgardepartei geschaffene Kongolesische Partei der Arbeit auflösen und eine grundlegende Umkehr der gesellschaftspolitischen Orientierung des Landes einleiten sollte¹⁷.

Das Attentat auf Nguouabi erfolgte zu einem Zeitpunkt, als die Regierung mit einer Vielzahl politischer und ökonomischer Probleme, die teilweise auf imperialistische Einwirkung zurückzuführen sind, konfrontiert war. Seit Anfang d. J. häufen sich Überfälle der Marionettenorganisation FLEC von ihren Basen in Zaire und Gabun aus auf kongolesisches Territorium. Die Angriffe zielen sowohl auf die ökonomische Sabotage wichtiger Staatsunternehmen als auch auf die Schürung tribalistischer Gegensätze. So verübte ein FLEC-Kommando am 15. Januar d. J. einen Überfall auf eine zentrale Eisenbahnlinie, bei dem 15 Kongolesen den Tod fanden. Während Terroranschläge das Land in Unsicherheit stürzen sollen, schrauben die Ölkonzerne Elf und AGIP ihre Produktion auf ein Minimum herab und bringen das Land so um wichtige Devisenquellen. Der traditionelle Hauptwirtschaftspartner Frankreich hat, um die fortschrittliche Entwicklung zu diskreditieren, boykottähnliche Sanktionen gegen die Volksrepublik Kongo erlassen und fördert im Bunde mit internationalen Ölkonzernen aktiv die Störaktionen der Separatistenbewegung der Exklave Cabinda¹⁸.



Benins Präsident Kerekou (l.) bei der Inspizierung von Invasionsschiffen; ermordeter Präsident der VR Kongo, Nguouabi

Der Mord an Nguouabi bedeutet für die revolutionäre Entwicklung des Kongo einen schweren Schlag. Er erfolgte unmittelbar, nachdem Nguouabi den III. außerordentlichen Parteitag der PCT angekündigt hatte, der „stabile revolutionäre Organe schaffen sollte, um dem Land neuen revolutionären Elan im Kampf um die Befreiung zu vermitteln,“ wie es in der Erklärung des Militärkomitees unter Führung des neuen Präsidenten Yhombi-Opango hieß¹⁹.

Hauptstoß gegen Angola

Die beiden konterrevolutionären Anschläge auf die Volksrepublik Benin und die Volksrepublik Kongo besitzen im Rahmen des strategischen Kalküls der Westmächte eine über die revolutionäre Entwicklung in den beiden Ländern hinausgehende Bedeutung. Beide Länder gehörten und gehören zu den zuverlässigsten Verbündeten der Volksrepublik Angola, gegen die sich der Hauptstoß der gegenwärtigen imperialistischen Gegenoffensive in Afrika richtet.

Mit Millionenbeträgen von Südafrika, Zaire und westlichen Geheimdiensten aufgepöppelt, werden die Reste der Marionettenorganisationen FNLA, UNITA und FLEC von neuem zu Stoßtrupps gegen die angolische Revolution formiert. Sie haben die Aufgabe, mit fortwährenden Überfällen und Provokationen den friedlichen Aufbau zu stören und das Land für eine Invasion größeren Ausmaßes (siehe dazu den Beitrag von A. Neto in diesem Heft) vorzubereiten. Während die noch verbliebenen UNITA-Einheiten unter der Anleitung südafrikanischer Offiziere und – erwiesenermaßen – chinesischer Berater ausgebildet werden²⁰, ist es der Regierung Zaires zugefallen, den FNLA- und FLEC-Truppen eine Operationsbasis zur Verfügung zu stellen. Von US-Militärberatern gedrillt, bereiten sich in Stützpunkten an der Grenze zu Angola zairische Truppeneinheiten gemeinsam mit angolischen Konterrevolutionären auf eine Invasion gegen die Volksrepublik vor. Im Süden des Landes haben die südafrikanischen Rassisten an der Grenze Namibias unter dem Vorwand, ein „Einsickern“ der SWAPO-Einheiten nach Namibia zu verhindern, eine Invasionsarmee von 40 000 Mann zusammengezogen. Im Norden und im Süden Angolas hat bereits seit einigen Monaten eine Serie von ständig eskalierenden Grenzprovokationen und Überfällen auf angolisches Gebiet begonnen.

Allein zwischen April und Juli 1976 sind 17 Grenzverletzungen durch südafrikanische Truppeneinheiten in der Cunene-region gezählt worden²¹. Seit Anfang d. J. wurden folgende Übergriffe der Rassistenarmee auf das Territorium der Volksrepublik Angola registriert: Am 1. 1. 1977 verüben südafrikanische Truppen einen Feuerüberfall bei Ochitudo; am 7. 2. verletzen RSA-Einheiten die angolische Grenze östlich von Oshikango; am 12. 2. verletzen südafrikanische Flugzeuge den angolischen Luftraum nahe Calueque; am 13. 2. dringen Piloten der Vorsterarmee bis zur Cunene-Provinzhauptstadt Ngaiva auf angolisches Gebiet vor; am 14. 2. überfallen Rassistentruppen Dörfer bei Dombondo, brennen 60 Häuser nieder und ermorden 8 Zivilpersonen; am 16. 2. verüben Einheiten der RSA-Armee einen Feuer- und Granatüberfall nahe der Grenze bei Oshikango²².

Zur gleichen Zeit gehen UNITA-Banden mit den gleichen Methoden gegen südangolanische Dörfer vor, die wir aus der Geschichte der Revolutionen Rußlands oder Kubas kennen: Sie sprengen strategisch wichtige Verkehrsverbindungen (Benguela-Eisenbahnlinie), sie überfallen Dörfer, verüben Massaker, vernichten Vieh und anderes lebenswichtiges Wirtschaftspotential²³.

Unterdessen verstärken FNLA- und FLEC-Einheiten im Norden Angolas ihre verbrecherischen Angriffe auf die Revolution. In Pangala überfallen am 26. 2. d. J. 200, von drei weißen Söldnern kommandierte Banditen die Einwohnerschaft und bringen 43 wehrlose Greise, Frauen und Kinder

um. Zurück bleiben 25 Schwerverwundete²⁴. Mitte März folgt ein Überfall auf Conongo in der Cabinda-Exklave, bei dem 31 Männer ermordet werden²⁵. Am 15. und 16. 3. bombardiert die zairische Luftwaffe die Dörfer Chilengo, Chilungo und Camafuate in der Grenzprovinz Moxico²⁶.

Als ständige Bedrohung Angolas sind überdies noch immer Truppeneinheiten der 82. Luftlandedivision der US-Armee auf der Insel Bula Mbembe im an die Volksrepublik grenzenden Zaire-Fluß stationiert. Vor der Küste operieren seit Beginn des zweiten Befreiungskrieges Zerstörer und Minenboote der VI. US-Flotte²⁷.

Angesichts dieser Situation hat die Volksrepublik Angola, trotz aller Versuche ihr und den übrigen Fortschrittskräften Afrikas diese Trumpfkarte aus der Hand zu schlagen, ihre freundschaftlichen Beziehungen zu den sozialistischen Län-

zige Rettung darin, den internen, in der neokolonialen Mißwirtschaft wurzelnden Aufstand als Söldnerinvasion unter direkter Anleitung Kubas hinzustellen und mit allen Mitteln eine Internationalisierung des Konflikts in die Wege zu leiten.

Die sich gerade auf dem Höhepunkt befindende Anti-Kuba- und Anti-Angola-Kampagne der westlichen Presse verwertete dies willkommen in ihrer Legendenproduktion. Obwohl selbst der US-Administration keine Anhaltspunkte für ein Engagement Kubas oder der Sowjetunion in Zaire vorliegen, wird bis heute das Märchen von der angolanschen und kubanischen „Söldnerinvasion“ verbreitet. Dies hat indessen Methode. Einmal dient es dazu, die Bemühungen Angolas, international bindende Vereinbarungen gegen das Söldnerwesen durchzusetzen, zu diskreditieren³⁰. Andererseits wird



Zaires angeschlagener Präsident Mobutu; von Frankreich nach Zaire transportierte marokkanische Truppen

dern, insbesondere zur UdSSR und Kuba weiter ausgebaut. „Mancher rät uns, daß wir unverzüglich von der Hilfe uns befreundeter Länder, darunter der UdSSR und Kuba, Abstand nehmen sollen. Das wird mit dem Ziel getan, Angola zu schwächen und erneut dem Imperialismus unterzuordnen,“ erklärte Agostinho Neto auf einem Massenmeeting in der Provinz Cuanza Norte. „Die Volksrepublik Angola aber ist ein unabhängiger und souveräner Staat, der das Recht hat, Verträge und Bündnisse abzuschließen, mit wem er will.“²⁸ Unter erhöhter Wachsamkeit, auch gegenüber Versuchen interne Schwierigkeiten von außen her zuzuspitzen, nimmt die Volksrepublik Angola die Aufgaben in Angriff, die Neto für das Jahr 1977 in seiner Neujahrsbotschaft gestellt hat. 1977 wird das „Jahr der Gründung der Partei und der Produktion für den Sozialismus“²⁹.

Söldnerinvasion im zairischen Shaba?

In mehrfacher Hinsicht soll auch der Konflikt in Zaire dazu benutzt werden, der Volksrepublik Angola Hindernisse in den Weg zu legen und einen Aggressionsakt gegen das angolansche Volk vorzubereiten.

Als die Nationale Befreiungsfront des Kongo (Front National de Liberation du Congo, FNLC) am 8. und 9. März d. J. bekanntgab, daß sie die Städte Kapanga, Kisenge, Sandoa und Kassagi in der zairischen Südprowinz Shaba, dem ehemaligen Katanga, unter ihrer Kontrolle halte und zur gleichen Zeit in der Region des Tanganjika-Sees im Osten Zaires die Macht der Zentralregierung von Kinshasa bedrohte, sah der seit 1965 das Land terrorisierende Diktator Mobutu seine ein-

so die Rechtfertigung für das immer direktere Engagement der Westmächte bei der Niederschlagung der Anti-Mobutu-Bewegung produziert.

Ihre gegen die nationale Befreiungsbewegung Afrikas gerichtete Politik der letzten Jahre und Monate auf die Spitze treibend hat die Führung der Volksrepublik China in den Kanon der imperialistischen Massenmedien eingestimmt, um ihre eigene Kollaboration mit dem Mobutu-Regime ideologisch abzusichern. „Der Überfall sowjetischer Söldner auf Zaire kann nicht hingenommen werden,“ las man in der Peking Rundschau. Und in absolut stringenter Beweisführung: „Wer bezahlt dieses Söldnerheer? Nach den Pressemeldungen aus Zaire ist es der sowjetische Sozialimperialismus. Das entspricht voll und ganz den Tatsachen.“³¹

In Entgegnung auch derartiger Verunglimpfungen unterstrich Fidel Castro indessen anlässlich seines Angola-Besuches einmal mehr die ehrlichen Prinzipien des von Kuba praktizierten Internationalismus: „Wir stellen kategorisch fest, daß kein einziger kubanischer Offizier bei den Katangern ist (. . .) Wir lügen nicht. Als wir Angola halfen und Waffen und Kämpfer dorthin schickten, sagten wir dies öffentlich. Wir verfolgen eine prinzipielle Linie und praktizieren eine moralisch würdevolle Haltung. Unser Land und die Kommunistische Partei Kubas gibt die Verantwortlichkeit für ihre Handlungen offen zu.“³² Fidel Castro stellte in diesem Zusammenhang die an den Kern des Zaire-Konflikts heranführende Frage: „Was kann von einer Regierung erwartet werden, die ihre Streitkräfte mit den südafrikanischen Rassisten vereint, um die Volksrepublik Angola anzugreifen?“³³

In der Tat steht die Regierung Mobutu nicht nur in einem

offenen Bündnis mit dem Vorsterregime, das Kinshasa „dringende Hilfe“ erweisen will³⁴, sondern ist auch der wichtigste Verbündete Washingtons im strategisch günstig, mitten in Afrika gelegenen größten Land des Kontinents. Bislang mit mehr als 50 Mio Dollar an CIA-Geldern finanziert³⁵, wacht Mobutu über der Welt größte Uran- und Kupfervorkommen³⁶. Sein auf CIA-Millionen und auf den Bayonetten der von den USA, Belgien, Frankreich und der Volksrepublik China ausgebildeten Armee fußendes neokoloniales Stellvertreterregime steckt angesichts ökonomischer Schwierigkeiten und der seit geraumer Zeit sich verstärkenden Oppositionsbewegung in einer tiefen politischen Krise.

Innerhalb dieser Bewegung stellen die in der westlichen Presse als Hauptakteure vorgestellten ehemaligen Katanga-Gendarmen nur einen verschwindend geringen Teil dar. In den Jahren seit 1965 hat sie das Mobutu-Regime durch Verfolgung systematisch dezimiert und aufgerieben. Überdies sind die Mehrzahl der heutigen „Katanger“ zwischen 20 und 25 Jahre alt, können also gar nicht in der Sezessionistenbewegung Tschombes gekämpft haben. Sie rekrutieren sich aus Kämpfern, die in der Tradition des 1961 ermordeten ersten Präsidenten des unabhängigen Kongo, Patrice Lumumba stehen oder aus desertierten Angehörigen der Mobutu-Armee. Gerade die Desertionsbewegung hat in letzter Zeit massenhafte Ausmaße angenommen.

Internationalisierung des Zaire-Problems durch die Westmächte

Die politisch führende Kraft der heutigen Aufstandsbewegung ist die am 19. Juni 1968 gegründete FNLC, die seit langem im Untergrund operiert und in ihrem Programm als Selbstverständnis festgelegt hat: „Die FNLC ist eine fortschrittliche und revolutionäre Bewegung. (. . .) Die Hauptprinzipien, die die FNLC charakterisieren, sind: eine revolutionäre Theorie, eine politisch-militärische Disziplin, die Verbindung mit den Massen, die kämpferische Solidarität mit allen unterdrückten Völkern in der Welt. (. . .) Sie unterstützt die Bewegungen und die Völker, die wie sie engagiert sind im nationalen Befreiungskampf gegen den Kolonialismus, den Imperialismus und den Neokolonialismus.“³⁷ Ihr Führer soll sezessionistische Zielstellungen von sich gewiesen und erklärt haben, die FNLC strebe eine „neue Regierung der nationalen Einheit“³⁸ an. Neben der FNLC opponiert gegen Mobutu eine sehr sozialdemokratisch orientierte „Aktion für die Wiederauferstehung des Kongo“ (MARC), deren Generalsekretär Kayona sich den Westmächten mit dem Hinweis empfahl, eine fortgesetzte Unterstützung Mobutus könne „ernste und irreparable Auswirkungen haben“³⁹.

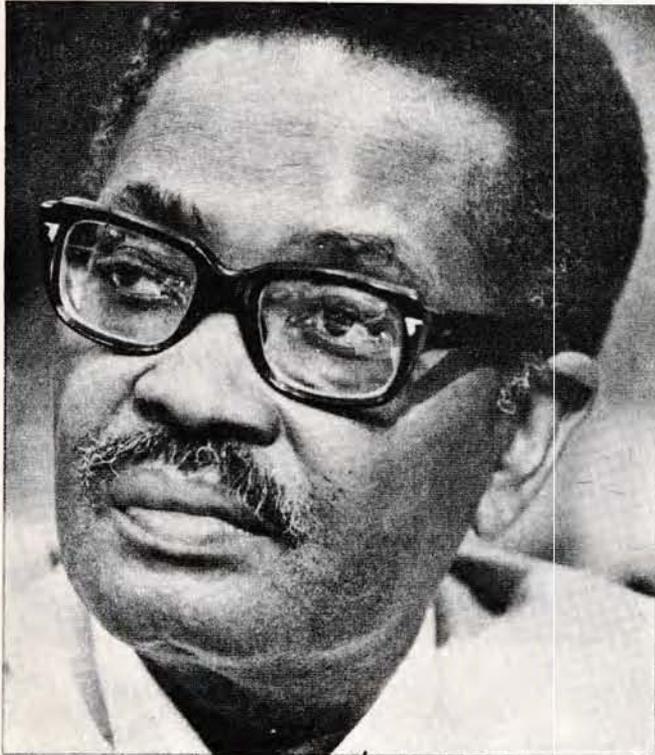
Die führenden Westmächte spielen derweil das von Mobutu angestrebte Spiel der Internationalisierung des Konflikts. Als erster eilte der sonst in Sachen Menschenrechte scheinheilig moralisierende US-Präsident Carter dem Mobutu-Regime, das erst unlängst in einem Menschenrechtsreport des US-Außenministeriums beschuldigt wurde, einen Polizeistaat errichtet zu haben, zu Hilfe. Umgehend wurden militärische und „humanitäre“ Hilfsgüter im Werte von 1 Mio Dollar nach Kinshasa übersandt⁴⁰. Frankreich ließ das von ihm abhängige marokkanische Regime mit einer 1500-Mann-Armee in Zaire intervenieren und stellte die dazu benötigte Luftbrücke. Belgien stützt Mobutu ebenfalls mit beschleunigten Waffenlieferungen und wie Frankreich mit militärischen Beratern. Das selbst in einer Krise befindliche Ägypten hat genauso wie die Führung der Volksrepublik China Waffenlieferungen zugesagt. Am 14. 4. reihte sich nunmehr auch Bonn in die internationale Hilfsaktion ein: Das Bundeskabinett beschloß, umgehend 5 Mio DM für „humanitäre“ Hilfsgüter zur Verfügung zu stellen. Ohnehin war Mobutu bislang bevorzugter Empfänger westdeutscher „Entwicklungshilfe“-Kredite in Afrika.

Angesichts beschränkter Eingriffsmöglichkeiten der imperialistischen Staaten in Afrika gewinnen neben der Praxis, neokoloniale Regimes Stellvertreterkriege gegen nationale Befreiungsbewegungen führen zu lassen, immer mehr Söldnerorganisationen an Bedeutung, die sozusagen als letzte Karte des Imperialismus ins Feld geführt werden. In den USA hat unter Duldung der CIA und der Carter-Administration die Anwerbung von Söldnern für Zaire, insbesondere mit „Indochinaerfahrung“, verstärkt eingesetzt. Was das Rassenregime in Rhodesien, in dessen Armee heute bereits 1200 in Westeuropa und den USA angeworbene Söldner Dienst tun⁴¹, vorexerziert hat, soll auch das Mobutu-Regime am Leben erhalten. Umgekehrt strebt das Smith-Regime seit langem an, die Volksrepublik Moçambique und andere Frontstaaten in einen durch fortwährende Grenzverletzungen und Überfälle auf fremdes Territorium provozierten Krieg hineinzuziehen, um wie Mobutu in Zaire die führenden imperialistischen Staaten zum direkten militärischen Engagement zu bewegen. Das Risiko, daß zwei neue internationale Krisenherde durch die Einmischung westlicher Staaten in Afrika entstehen, ist heute größer denn je. Aber auch dies ist ein einkalkulierter Bestandteil dessen, was die fortschrittlichen Kräfte Afrikas „Das imperialistische Komplott“ genannt haben.

Anmerkungen:

- 1) So Marion Gräfin Dönhoff in: Die Zeit, 1. 4. 1977
- 2) Vgl. dazu: AIB, Nr. 6/1976; Juan Bosch, Der Pentagonismus, Reinbek bei Hamburg 1967
- 3) So z. B.: L'Express, Paris, 21. 3. 1977; Africa, London, Nr. 67/ März 1977; Time, New York, 28. 3. 1977
- 4) Die Zeit, 1. 4. 1977
- 5) L'Express, 21. 3. 1977
- 6) Neue Zürcher Zeitung (NZZ), Fernausgabe, 3./4. 4. 1977
- 7) Bayernkurier, 26. 3. 1977
- 8) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 28. 3. 1977
- 9) Vgl. The New York Times, New York, 15. 3. 1977
- 10) FAZ, 7. 4. 1977
- 11) Vgl. AIB, Nr. 3/1971
- 12) So z. B. Süddeutsche Zeitung (SZ), 15. 3. 1977
- 13) Vgl. dazu: AIB, Nr. 3/1977
- 14) Vgl. Afrique Asie, Paris, Nr. 131/21. 3. 1977 und Nr. 132/ 4. 4. 1977
- 15) Die Welt, 12. 4. 1977
- 16) Vgl. dazu: Afrique Asie, Nr. 127/24. 1. 1977
- 17) Vgl. dazu: ebenda, Nr. 132/4. 4. 1977
- 18) Vgl. dazu: ebenda, Nr. 131/21. 3. 1977
- 19) Neues Deutschland (ND), Berlin, 21. 3. 1977
- 20) Vgl. New African Development, London, März 1977.
- 21) Vgl. ebenda
- 22) Daily News, Dar-es-Salaam, 11. 3. 1977
- 23) The Guardian, London, 18. 3. 1977; Afrique Asie, Nr. 130/ 7. 3. 1977
- 24) Daily News, 2. 3. 1977
- 25) ND, 19./20. 3. 1977
- 26) ND, 24. 3. 1977
- 27) Afrique Asie, Nr. 131/21. 3. 1977
- 28) ND, 10. 2. 1977
- 29) Zit. nach: Afrique Asie, Nr. 130/7. 3. 1977; siehe auch: AIB, Nr. 3/1977
- 30) Die VR Angola hat anlässlich des Söldnertribunals im Sommer letzten Jahres eine Internationale Konvention gegen das Söldnertum (Wortlaut in AIB, Nr. 10/1976) erstellt und den Entwurf der UNO, der OAU und der Nichtpaktgebundenen Bewegung zur Diskussion gestellt.
- 31) Peking Rundschau, Peking, 29. 3. 1977
- 32) Prensa Latina, Havanna, 28. 3. 1977
- 33) Prensa Latina, 1. 4. 1977
- 34) Washington Post, Washington, 9. 4. 1977
- 35) Afrique Asie, Nr. 130/7. 3. 1977
- 36) Vgl. SZ, 18. 3. 1977
- 37) Zit. nach: Afrique Asie, Nr. 132/4. 4. 1977
- 38) Zit. nach: Die Welt, 14. 4. 1977
- 39) Zit. nach: SZ, 17. 3. 1977
- 40) NZZ, 19. 3. 1977
- 41) ND, 7. 3. 1977

Agostinho Neto Invasionspläne gegen Angola



Agostinho Neto, Präsident der VR Angola

Am vergangenen 15. Februar habe ich auf einer öffentlichen Versammlung in Mbanza (Provinz Congo) die Existenz von Marionettenstützpunkten in einem fremden Land, einem benachbarten Land, erwähnt. Da diese Erklärung Gegenstand vielfältiger Kommentare und Entstellungen gewesen ist, scheint es mir notwendig zu sein, sie zu präzisieren. (. . .)

Kein Tag ohne Provokationen der südafrikanischen Rassisten

Was sich an den Süd- und Nordgrenzen ereignet, beschäftigt uns sehr. Fast täglich finden dort unerträgliche Provokationen statt. Es herrscht dort ein feindseliges Klima, das wir nicht ignorieren können, und das der ganzen Welt bekannt gemacht werden muß.

An unserer südlichen Grenze haben wir einen Feind, der der Feind ganz Afrikas ist: die südafrikanischen Rassisten. Solange dieses Regime kein Ende genommen hat, nicht von unserem Kontinent wegradiert ist, können wir nicht in Frieden leben. (. . .)

Jeden Tag sind Truppen in Bewegung. Mit Hilfe von in Namibia ausgebildeten Marionettengruppen, die in regelmäßigen Abständen bei uns eindringen, fallen sie in unser Territorium ein. Sie versuchen in erster Linie, unser Bündnis mit der SWAPO (Südwestafrikanische Volksorganisation), der Organisation, die für die Unabhängigkeit Namibias kämpft, zu zerstören. Wir sind Objekt einer physischen Aggression seitens Südafrikas über Namibia. Selten sind die Tage, an denen nicht Flugzeuge in unseren Luftraum eindringen, Hubschrau-

ber zu Erkundungsflügen herkommen, Fahrzeuge und Truppen unsere Grenze überschreiten. Wir können die Daten und Orte dieser Verletzungen bei anderen Gelegenheiten präzise angeben.

Heute indessen sind es die Ereignisse an unserer Nordgrenze, über die ich genauere Auskunft geben möchte. An dieser Grenze befinden sich zwei Nachbarn. Der eine ist ein befreundetes Land, die Volksrepublik Kongo. Dies trifft auf den anderen, die Republik Zaire, nicht zu. (. . .)

Zaires Sabotage der Normalisierungsbemühungen

Im vergangenen Jahr fand eine Zusammenkunft mit dem Ziel der Normalisierung unserer Beziehungen statt. Zu diesem Treffen sind wir mit der ganzen Ernsthaftigkeit einer jungen Nation gegangen, die den Krieg hinter sich gelassen hat und einen Frieden zu finden wünscht, der den nationalen Wiederaufbau ermöglicht. Wir sehen uns zu der Feststellung gezwungen, daß nach diesem Treffen in Brazzaville, bei dem wir einander versprochen, unsere Beziehungen dynamisch zu entwickeln, um bei gegenseitiger Respektierung unserer Regierungssysteme die Divergenzen zu beseitigen, in Zaire, in Kinshasa, seiner Hauptstadt, ein Pseudo-Kongreß der Marionetten abgehalten wurde.

Wir möchten an dieser Stelle unterstreichen, daß wir dessen ungeachtet an den Versammlungen einer „gemischten Kommission“, die mit der technischen Regelung der unsere Beziehungen betreffenden Probleme betraut worden war, teilgenommen haben. Diese Kommission sollte sich u. a. mit der Rückgabe der angolanischen Güter an Angola befassen, die beim Rückzug der zairischen Armee und der sie begleitenden Marionetten nach Zaire mitgenommen worden waren. Diese Güter sind nicht unbedeutend. Damit darüber kein Zweifel besteht, werde ich sie aufführen, selbst wenn das verwirrend ist.

Tatsache ist, daß bedeutende Güter nach Zaire, Südafrika sowie nach Sambia, wohin die Marionetten geflohen sind, geschafft worden sind. Erfreulicherweise stehen wir mit Sambia in Verhandlungen über die Rückgabe all dessen, was illegal dorthin transportiert worden ist: Fahrzeuge und andere Ausrüstungen. Dies ist Sambias Haltung.

Kaperung von zivilen Flugzeugen

Nicht so ist die Einstellung Zaires, wohin immerhin mindestens sieben Flugzeuge, die unserer zivilen Luftfahrt gehören, gebracht worden sind; sieben Maschinen, davon drei vom Typ „Friendship“:

- eine „CRLEP“ wurde am 23. August 1975 umgeleitet. An Bord war eine Mannschaft, bestehend aus dem Kapitän Nobrega, dem Kopiloten Vidal, dem Mechaniker Oliveira und zwei Assistenten, von denen die eine, Beatriz Silva, freigelassen wurde. Wir kennen die Kennnummer, den Typ der Maschine, die Seriennummer, das Herstellungsjahr, die Motornummer, die Marke der Propeller, also alle ihre Kennzeichen;

- eine „B2 TMV“ wurde am 17. Oktober 1975 umgeleitet, mit einer folgendermaßen zusammengesetzten Besatzung: (es folgen die Namen);
- eine „CRMLU“, geleitet von Kapitän Serqueira (es folgen weitere Namen) und der Stewardess Ferraz, die als einzige später freigelassen worden ist;
- eine „B2 TEM“ mit vier Passagieren an Bord, die später freigelassen wurden;
- eine „CRLDZ“ wurde in Tchicapa, an der Grenze zu Luanda, am 18. September 1975 gekapert. Wir kennen ebenfalls ihre Besatzung;
- eine „CRLMX“ ist von Lobito nach Zaire unter den gleichen Umständen umgeleitet worden. Wir kennen auch ihre Besatzung;
- eine siebte Maschine schließlich, eine „CRLKK“, ist aus der Provinz Bié entführt worden.

Diese Flugzeuge werden heute in Zaire benutzt. Die Kennnummern sind geändert und durch neue ersetzt worden. Sie tun ihren Dienst auf den zivilen Luftlinien Zaires. Durch Zufall ist uns ein unwiderlegbarer Beweis in die Hände gefallen. Die Luftfahrtgesellschaft Air Congo – dies ist die frühere Bezeichnung von Air Zaire – mit Sitz in Leopoldville, heute Kinshasa, hat vom Flughafen Ndgili folgenden Auftrag erhalten: „Die Kennzeichen der drei angolanischen Flugzeuge entfernen und sie mit weißer Farbe vollkommen neu bemalen.“ Wie können wir das wissen? Nun, weil die Rechnung über diese Arbeit an die TAP in Lissabon geschickt worden ist, die sie mit der Antwort, dies seien angolanische Flugzeuge, nach Luanda weitergeleitet hat. Die Kennnummern entsprechen denen, die ich Ihnen genannt habe. Wenn Sie es für nötig erachten, können Sie diese Dokumente prüfen; sie stehen zu Ihrer Verfügung.

Aber es handelt sich nicht nur um Flugzeuge; auch um Autos in großer Anzahl. Mindestens 15 000 Stück Vieh sind u. a. vom Viehzuchtzentrum Camabatela abgezogen worden. Mehrere Tonnen Kaffee sind gestohlen worden. Ihre genaue Zahl ist nicht bekannt. Hinzu kommen Millionen Kolonial-Escudos.

Seepiraterie und Basen für militärische Übergriffe

Damit es eindeutig klar ist: Mit dem Krieg sind Handelswaren Zaires hier blockiert liegengeblieben. Nicht weil wir es so wollten, sondern durch den Zwang der Umstände. Zaire benutzt die Eisenbahn von Benguela. Also befanden sich hier Erze wie Kupfer oder Mangan sowie Kesselwagen und andere Ausrüstungen, von denen sich ein Teil noch hier in Angola befindet. Sobald die Gespräche der „gemischten Kommission“ begonnen hatten, haben wir die Erzerzeugnisse, hauptsächlich Kupfer und Mangan, ausgeführt und die Kesselwagen zurückgegeben. Aber nachdem die Besprechungen über diese Streitsachen unterbrochen waren, haben wir die Rückführung der Güter Zaires gestoppt. Dieses Problem besteht dennoch weiter, wofür wir so bald als möglich eine Lösung finden möchten. Doch haben wir seitens unseres Verhandlungspartners nicht den gleichen Willen angetroffen. Wir haben auch zairische Fischerboote, die in unseren Hoheitsgebieten kreuzten, anhalten und kontrollieren müssen, ebenso wie einige Schiffe anderer Nationalität, denn diese Form der Piraterie ist häufig, seit bekannt ist, daß unsere Küstensicherung noch nicht gut organisiert ist. (. . .)

Zum anderen möchten wir hier auf die Anordnung militärischer Einrichtungen hinweisen, über die Zaire für gegen Angola gerichtete Aktivitäten verfügt; es sind die

- Basis Matadi;
- Basis Kamuna, 10 km von der angolanischen Grenze entfernt, nördlich von Banza Lombo gelegen;
- Basis Luando, südlich von Matadi, am Zusammenfluß von Meposo und Cumbi, 10 km von der Grenze entfernt;

- Basis Songololo, 45 km von der Grenze entfernt, nördlich von Luvo gelegen;
- Basis Kuizi, 10 km von der Grenze entfernt, im Nordosten von Buela;
- Basis Tombo Yanga, 30 km östlich von Necuto (Provinz Cabinda);
- Basis Luali, 30 km östlich von Lago N’Lele (Cabinda);
- Basis Kay Kazabe, 50 km nordöstlich von Kinganga (Cabinda);
- Basis Kaiku Dinge, 70 km nordöstlich von Kay Kazabe (Cabinda);
- Basis Vata Ukidi, 30 km östlich von Necuto;
- Basis Tshela, 35 km von der Grenze entfernt, östlich von Necuto gelegen;
- Basis Kikula, 45 km nordöstlich von Satali (Provinz Uige);
- Basis Kasango Lunda, am rechten Ufer des Cuango-Flusses (Uige);
- Basis Tembo Aluna, im Nordosten der Guilherme-Fälle (Malanje);
- Basis Kizamba, östlich der Guilherme-Fälle;
- Basis Tchicapa, ungefähr 20 km vom Fluß Cuango entfernt;
- das Hauptzentrum der Operationsaktivitäten ist die Basis Kinkuzu;
- es existiert auch eine weitere Einheit der FNLA (Nationale Befreiungsfront Angolas), stationiert in Kairemba.

Die Aktion „Cobra 77“

Einige dieser Stützpunkte sind nicht ausschließlich Marionettenstützpunkte, sondern gemischte Basen, in denen sich auch zairische Soldaten befinden, wie beispielsweise die Basis Tshela, im Osten der Provinz Cabinda, die Basis Matadi und andere, die entlang der Strecke zwischen Kinshasa und der angolanischen Grenze liegen. Ebenso gibt es Stützpunkte in dem Landesteil, der sich im Osten der Provinz Lunda befindet. Der größere Teil der Stützpunkte ist jedoch im Norden konzentriert. Wenn wir die verschiedenen Kasernen, in denen die zairischen Streitkräfte zusammengezogen sind, lokalisieren, wird leicht ihre Anlage in der Nähe der angolanischen Grenze ersichtlich. Der größere Teil der zairischen Streitkräfte liegt heute nahe der angolanischen Grenze und nirgendwo anders, wenn auch einige Truppen auf das Gebiet am Tanganjikasee und sogar weiter nördlich verteilt sind.

Über diese uns bekannten Fakten hinaus haben wir Informationen erhalten, denen zufolge eine militärische Aktion mit dem Kodewort „Cobra 1977“ vorbereitet werden soll. Sie soll von den Elementen ausgeführt werden, die wir gut kennen: von allen Marionetten der FNLA, der FLEC (Front für die Befreiung der Exklave Cabinda), der ELP (Portugiesische Befreiungsarmee) sowie auch von Söldnern. Diese Aktion, die natürlich gegen Angola gerichtet ist, soll für September-Oktober des laufenden Jahres vorgesehen sein. Der Plan sieht eine Operation großen Ausmaßes mit Beteiligung von Luftwaffe, Panzerfahrzeugen und Seestreitkräften vor. Hauptziel: zunächst die Provinz Cabinda, später soll dann die Operation in Richtung auf den südlichen Teil unseres Landes vorrücken.

Wir kennen die Verantwortlichen von „Cobra 1977“. Ich will nicht alle Namen nennen. Ich begnüge mich mit jenen, die mit den militärischen Operationen in Cabinda beauftragt sind, denen, die zu dem – wie sie es nennen – „Generalstab 3“ gehören:

- Colonel Pierre Mutomo, Spezialist des Generalstabs, ausgebildet in Saint-Cyr, Frankreich, und in Fort Bragg, in den Vereinigten Staaten;
- Colonel Mike Brown, ein Amerikaner, der sich mit einem Trupp von 30 Mann in Afrika aufhält;
- Colonel Johnson, ebenfalls Amerikaner, der 1966–1967 Major und Kommandant der amerikanischen „Green Berets“

gegen die bolivianische Guerilla gewesen ist;

● Colonel William Thompson, Verantwortlicher der Angehörigen der 82. amerikanischen Luftlandedivision, die 1200 Mann umfaßt.

Weitere Verantwortliche für Erkundungsmaßnahmen, Militärverwaltung, Logistik, Seesicherung, Einsatz der Luftflotte etc. stehen ebenfalls unmittelbar bereit. Diese Aktion, konzipiert mit dem Ziel, die Volksrepublik Angola zu vernichten, hat noch andere Bezeichnungen. In Europa, zum Beispiel, heißt sie nicht „Cobra 1977“, sondern „Weihnachten in Angola“. (. . .)

Diese Informationen veröffentlichen wir als erste Mitteilung. Wir könnten weiter gehen und die Intervention internationaler Organe wie der OAU (Organisation für Afrikanische Einheit) oder des UNO-Sicherheitsrates beantragen. Dies

umso mehr, als, was Südafrika betrifft, die Vollversammlung der Vereinten Nationen entschieden hat, daß dieses Land Angola eine Entschädigung aufgrund der durch die Südafrikaner in unserem Land verursachten Schäden schuldig ist. Was die Entschädigung anbelangt, so sind es die Angriffe, die sich ganz offensichtlich verstärken. Angesichts dieser Tatsachen muß sich die Organisation also über ihre Verantwortlichkeiten klar werden.

Wir werden nicht oft genug immer wieder aufs Neue unser Verlangen nach Frieden und guter Nachbarschaft mit allen angrenzenden Ländern, wie auch mit allen Ländern der Welt, unabhängig vom jeweils angenommenen Regierungssystem, und unseren Wunsch, mit allen zusammenzuarbeiten, bekräftigen.

Der Sieg ist gewiß. Der Kampf geht weiter.

(Quelle: Afrique Asie, Paris, Nr. 131/21. 3. 1977)

Rhodesien

Julius Nyerere Wieviel Krieg um Rhodesien ?

Seit Monaten kursieren in der westlichen Presse Spekulationen darüber, wie der „mäßige Einfluß“ solcher Länder wie Tansania, Sambia und Botswana auf den Rhodesienkonflikt von den imperialistischen Staaten nutzbar gemacht werden könne. Dabei versuchte man insbesondere, einen Keil zwischen Kuba und den tansanischen Präsidenten Julius Nyerere zu treiben. Welche Position Nyerere in der Frage des Befreiungskampfes im südlichen Afrika und zu Kuba tatsächlich einnimmt, geht aus dem nachstehenden Interview hervor.

FRAGE: Wird der Aufstand in Rhodesien sich zu einem richtigen Krieg entwickeln?

J. NYERERE: Die Frage heißt nicht mehr, ob es Krieg geben wird, sondern wieviel Krieg. Wieviel bewaffneter Druck nötig ist, ist davon abhängig, wieviel unbewaffneter Druck die westlichen Länder in Form von Sanktionen und dergleichen anwenden. Man braucht beide Druckmittel zusammen, um Smith zu stürzen und um Unabhängigkeit auf der Grundlage einer Mehrheitsherrschaft zu ermöglichen.

FRAGE: Wo könnten die Vereinigten Staaten Druckmittel ansetzen?

J. NYERERE: Die Vereinigten Staaten können dreierlei tun. Erstens können sie Smith davon abbringen zu glauben, daß die westliche Welt ihn am Ende als Verbündeten gegen kommunistische Durchdringung des südlichen Afrika ansehen muß. Zweitens müssen dem Handlungen folgen, die Smiths Mut sinken lassen. Es ermutigt ihn, daß Sie heute vor aller Öffentlichkeit sein Chrom kaufen und verhängte Sanktionen brechen. Drittens müssen Sie erkennen, daß Südafrika eine starke Stütze Smiths ist. Statt die bisherige Politik weiter zu verfolgen und Südafrika als Ihren Verbündeten gegen Smith zu gebrauchen, sollten Sie erkennen, daß die Politik Südafrikas das ganz einfach nicht erlaubt. Stattdessen sollten die Vereinigten Staaten und der Westen Vorster sagen: „Sehen Sie, wir erwarten nicht, daß Sie mithelfen, eine Mehrheitsherrschaft in Rhodesien zu schaffen. Alles, was wir verlangen, ist, daß Sie es nicht verhindern.“

FRAGE: Warum haben Sie sich so ausschließlich auf die Patriotische Front als einzigen Weg festgelegt, eine Mehrheitsherrschaft zu errichten?

J. NYERERE: Das Problem heißt Smith, nicht Patriotische

Front. Dieser Kerl an der Macht muß zur Unabhängigkeit auf der Grundlage einer Mehrheitsregierung gezwungen werden, und diesen Druck übt die Patriotische Front aus. Sie können keine Teestunde für Smith abhalten und von ihm erwarten, daß er nachgibt. Ihm muß eine Niederlage zugefügt werden oder er muß dann an den Verhandlungstisch gebracht werden, wenn er weiß, daß er geschlagen ist.

FRAGE: Tansanische Truppen bilden Guerillas aus. Fassen Sie ins Auge, Ihre Truppen im Kampf gegen rhodesische Streitkräfte einzusetzen?

J. NYERERE: Wir haben Erfahrung im Guerillakampf – und feste Vorstellungen von Befreiung. Wir halfen den Moçambiquanern zu kämpfen, indem wir Ausbildungslager einrichteten und ihnen Waffen gaben. Wir übernahmen ein Risiko, aber sie erledigten das Kämpfen. Unsere Vorstellung lautet, daß Völker sich selbst befreien müssen. Sie befreien sie nicht. Es ist nicht gut, wenn wir nach Rhodesien gehen. Nein, dies ist ein Befreiungskrieg, und die Leute müssen sich selbst befreien. Aber wenn der Krieg sich auf andere Länder ausweitet und Südafrika sich auf die andere Seite stellt, dann sehe ich nicht, wie Tansania sich heraushalten könnte.

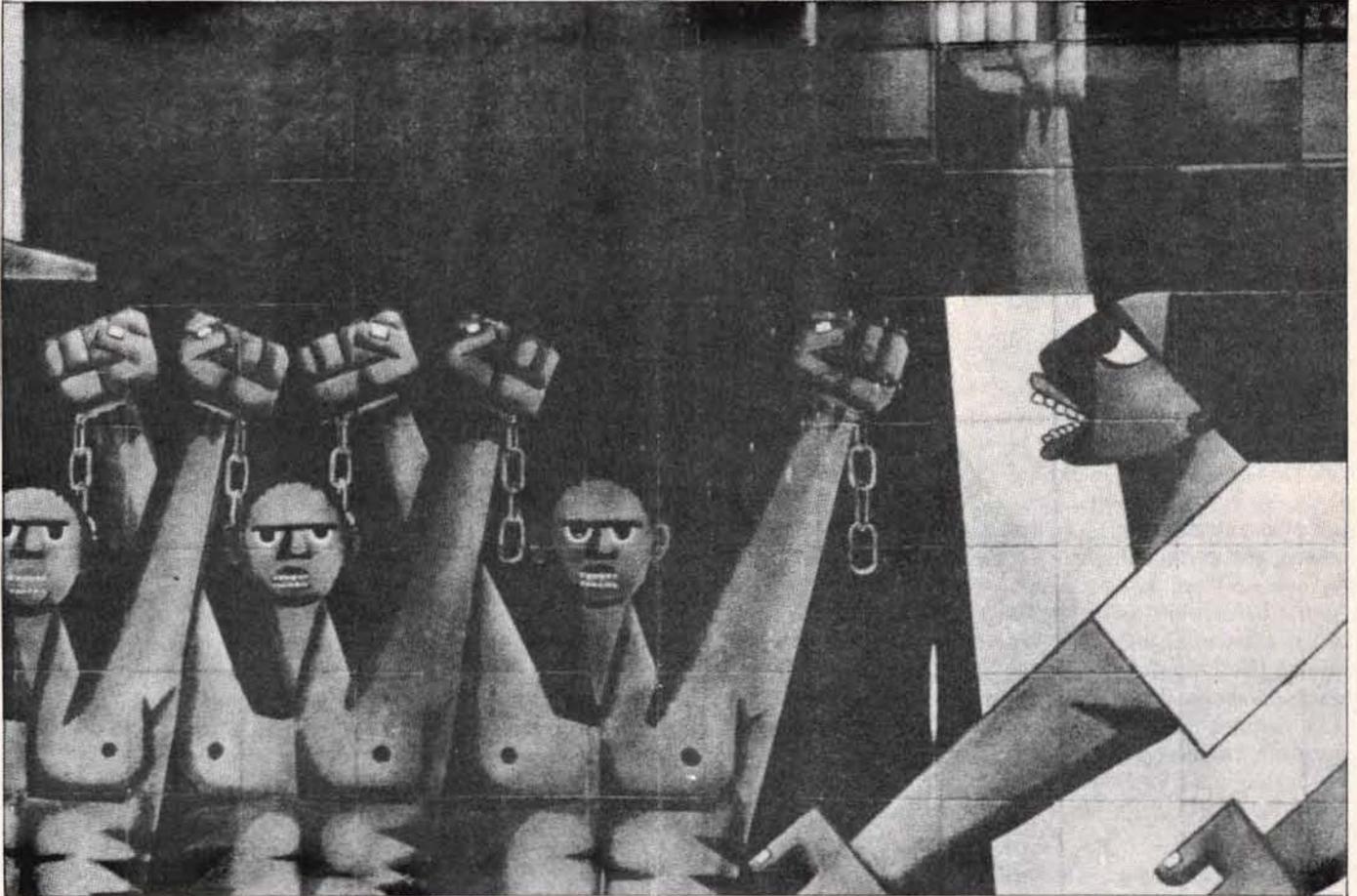
Militärische Bedrohung nicht durch Kuba

FRAGE: Wenn der Krieg sich international ausweitet, meinen Sie, daß Nicht-Afrikaner einschreiten könnten, zum Beispiel die Kubaner?

J. NYERERE: Kuba, Kuba, Kuba! Immer heißt die Frage Kuba, nicht die Militärmacht des Westens im Rücken Südafrikas. Kein afrikanisches Land oder ein Zusammenschluß afrikanischer Länder könnte eine militärische Bedrohung für Südafrika darstellen. Dennoch fahren Frankreich und andere fort, Südafrika mit Waffen auszustatten. Warum sind die Vereinigten Staaten so besorgt um dies winzige Kuba? Oder wird Kuba vorgeschoben, um Südafrika bewaffnen zu können? Ich sage Ihnen, mein Lieber, für den Fall, daß Südafrika seine Armee benutzt, um Rhodesien daran zu hindern frei zu werden, haben wir das Recht, um Unterstützung von überall zu bitten – und von viel größeren Mächten als Kuba. (. . .)

(Quelle: Time, New York, 14. 3. 1977)

LATEINAMERIKA: FASCHISMUS UND WIDERSTAND (3.TEIL)



Die Ketten zerbrechen. Darstellung eines Sklavenaufstand in Recife

Willi Israel

Arbeiter - und Volkswiderstand in Uruguay

Lateinamerika bietet in den letzten 25 Jahren das Bild eines erschütterten Kontinents; revolutionäre Bewegungen, Staatsstürche, militärische Aufstände, Streikbewegungen, Massenkaktionen der Studenten usw. charakterisierten die Situation. In den 60er Jahren, als in der ganzen kapitalistischen Welt jeder fünfte Arbeiter streikte, befand sich in Lateinamerika jeder zweite Arbeiter im Ausstand. Der Kampf richtete sich gegen die Ausbeutung durch die einheimischen Oligarchien und für die Erlangung der Unabhängigkeit vom US-Imperialismus. Lateinamerika wird vom Pentagon und dem Weißen Haus als innerer Kern seiner Weltstrategie betrachtet. Über 20 % der nordamerikanischen Investitionen werden in Lateinamerika gemacht; aus jedem investierten Dollar holen sich die Monopole zwischen drei bis fünf Dollar zurück (in

Europa sind es „nur“ ein bis zwei Dollar). Dazu kommt, daß die US-Imperialisten den südamerikanischen Kontinent als einen Teil ihrer Sicherheitszone betrachten. Diese mit einigen Strichen dargelegte Situation erklärt die Empfindlichkeit der amerikanischen Imperialisten gegenüber der Entwicklung der revolutionären Bewegung in Lateinamerika; sie erklärt die Politik der Interventionen – im Extremfall, oder wie durch die Etablierung auf Militärs gestützter faschistischer Regierungen in verschiedenen Ländern mit allen Mitteln der Sieg oder die Entwicklung der revolutionären, antiimperialistischen und demokratischen Volksbewegung verhindert wird.

In Uruguay wurde die faschistische Diktatur errichtet, um die demokratische und antiimperialistische Bewegung zu

zerschlagen. In Uruguay gab es, ähnlich wie in Chile, besonders günstige Bedingungen für eine breite fortschrittliche Massenbewegung: die langjährige Tradition einer vom Volke gepflegten Demokratie, die Pflege der Artiguistischen Traditionen¹ des Befreiungskampfes gegen die spanischen Unterdrücker und vor allem die tief im Volke und in der Arbeiterklasse verwurzelten Massenorganisationen. In jahrzehntelangen Bemühungen konnte unter Führung der Kommunistischen Partei Uruguays eine klassenbewußte Gewerkschaftsbewegung und später, im Februar 1971, die Frente Amplio (Breite Front), eine politische Einheitsbewegung, die sich in kurzer Zeit zu einer mächtigen politischen Kraft entwickelte, geschaffen werden.

Der Faschismus und die Diktatur „fielen nicht vom Himmel“, wie der Erste Sekretär des Zentralkomitees der KP Uruguays, Rodney Arismendi, vor kurzem sagte. Der Diktator Juan María Bordaberry erklärte des öftern, daß in Uruguay eine Situation herangereift war, die Maßnahmen notwendig machte, die den demokratischen Gesetzen widersprachen.

Die Zuflucht zu einem mörderischen und brutalen System

Der Staatsstreich wurde in Uruguay ohne Massenbasis vollzogen. Niemand außer der Oligarchie und den faschistischen Generalen unterstützte in Uruguay im Juni 1973 die Errichtung der Diktatur. Zweifelsohne war der von der Gewerkschaftszentrale CNT (Convencion Nacional de Trabajadores: Nationalkonvent der Werktätigen) erklärte Generalstreik gegen die Errichtung der Diktatur Ausdruck der Reife und Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse und breiter Volksmassen, die demokratischen Rechte und Freiheiten zu verteidigen. 15 Tage dauerte dieser ungleiche Kampf. Betriebe wurden besetzt und in vielen Fällen kam es zu Zusammenstößen mit den Militärs. Die Werktätigen mußten zu neuen Formen des Kampfes übergehen. Sie zogen sich, nicht ohne schwere Verluste zu erleiden, organisiert zurück. Am 9. Juli 1973 nahmen 150 000 Personen an einer Demonstration gegen die Diktatur teil. Polizei und Streitkräfte schossen in die Massen, viele Patrioten wurden verletzt, Hunderte, unter ihnen der Vorsitzende der Frente Amplio, General Liber Seregni, verhaftet.

Die Werktätigen und die Volksmassen widersetzten sich vom ersten Tage an der Diktatur und riefen alle patriotischen Kräfte zur Formierung einer breiten antifaschistischen und

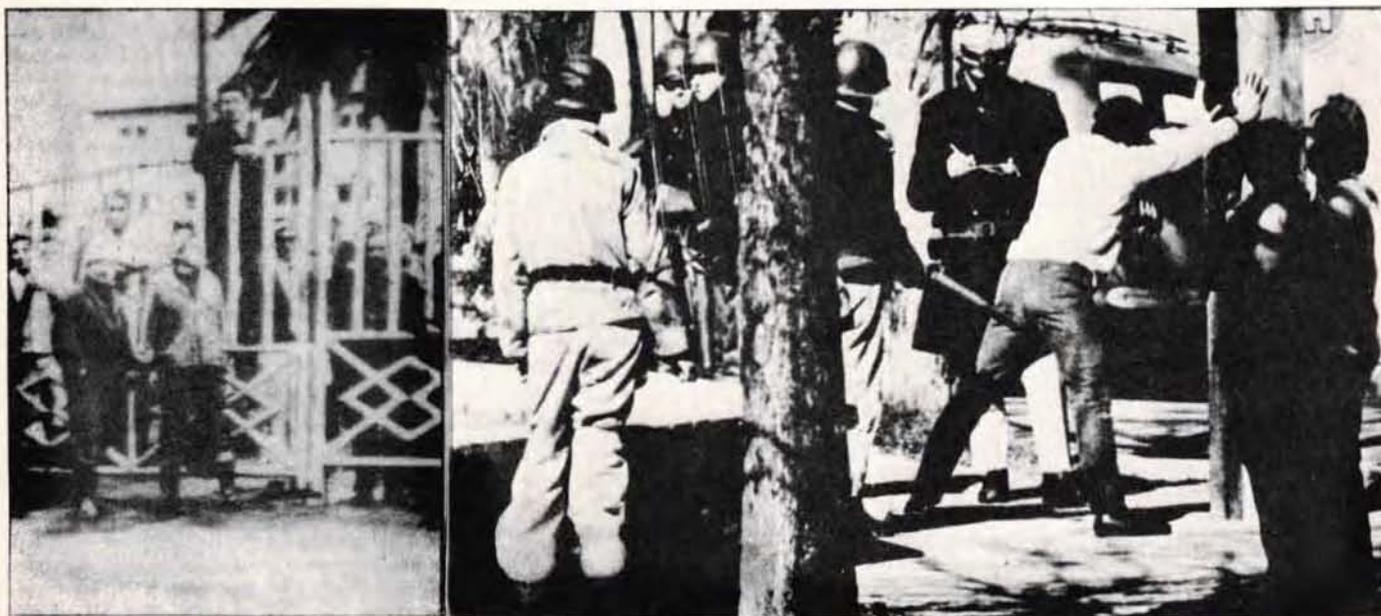
gegen die Diktatur gerichteten Einheitsfront auf. Auch die Frente Amplio wandte sich an die politischen Parteien – die Partido Nacional (National-Partei) und die Partido Colorado (Colorado Partei) – mit einem Aufruf, gemeinsam für den Sturz der Diktatur zu kämpfen.

„Das Leben zeigt, daß der revolutionäre Prozeß in Lateinamerika weitergeht trotz der bedeutenden Veränderung des Kräfteverhältnisses, die sich seit 1973 auf dem Kontinent vollzogen hat. Erstens existieren weiterhin und in verschärfter Form all jene Probleme, die durch die Krise der lateinamerikanischen Gesellschaft hervorgerufen wurden und die die breitesten Massen in Gegensatz zu Imperialismus und Faschismus bringen. Zweitens entwickeln sich der Weltprozeß und das gegenwärtige Kräfteverhältnis in der Welt und drittens herrscht die Krise der gesamten Herrschaftspolitik der Yankis auf dem lateinamerikanischen Kontinent. Die Zuflucht zum blutigen, mörderischen und brutalen Faschismus unter diesen Bedingungen ist ein Beweis für die Krise der nordamerikanischen Herrschaftspolitik, die gerade deshalb breite Schichten der Bevölkerung gegen sie aufbringt und vor allem deshalb den Abscheu der Welt hervorruft, weil sie den Widerstand unserer Völker nicht brechen konnten“, sagte Rodney Arismendi in seinem Vortrag am 1. März 1977 in Berlin.

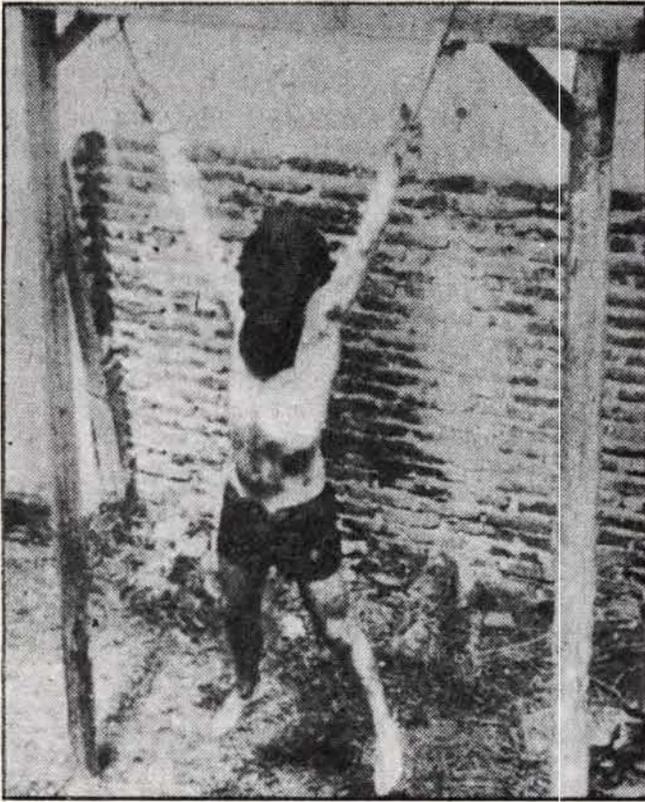
Der Kampf gegen die Diktatur geht weiter; er hat in Uruguay trotz des unerhört starken und brutalen Terrors niemals aufgehört; 6 000 politische Gefangene, Tausende werden Tag und Nacht gefoltert. Mit über den Kopf gezogenen Kapuzen müssen sie die ganzen in Vietnam, Irland, Algerien oder von den Nazis erfundenen Folterungen über sich ergehen lassen.

Unter diesen schwierigen Bedingungen erscheinen in Uruguay die illegalen Zeitungen der verbotenen Parteien, der illegalen Gewerkschaftszentrale CNT, der Studentenvereinigung, des Kommunistischen Jugendverbandes sowie die Veröffentlichungen der illegalen Gewerkschaften. Der Diktatur ist es in fast vier Jahren nicht gelungen, eine „gelbe“, ihr hörige Gewerkschaftsbewegung zu gründen. Selbst in den Fällen wie der Gewerkschaften der Bauarbeiter – SUNCA – oder der Metallarbeiter – UNTRMA –, deren leitende Funktionäre verhaftet und deren Gewerkschaftshäuser konfisziert und zu Polizeistationen gemacht wurden, ist es nicht gelungen, die Arbeiter zu gewinnen.

So errangen bei den Gewerkschaftswahlen, die von der Diktatur in der Genossenschaft der Transportarbeiter von Mon-



Arbeiterstreik 1973 gegen die Bordaberry-Diktatur; Militäreinsatz gegen Antifaschisten



Trotz brutalster Verfolgungen und Folterungen . . .

tevideo und der Angestellten der Rentenbank organisiert wurden, die Listen, die sich an der Linie der verbotenen CNT orientierten. Die Werkstätigen wählten Kollegen, die als klassenbewußte Arbeiter und als Kämpfer für die Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten bekannt sind. Die Arbeiterklasse hat gelernt, unter den komplizierten Bedingungen des faschistischen Terrors für ihre Forderungen zu kämpfen. So erkämpften die Arbeiter der Schlachthäuser eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung und den Verkauf von Schafsfleisch zu verbilligten Preisen.

In vielen Betrieben wächst der Widerstand gegen die Ausbeutung und den ständigen Verlust der Kaufkraft. In den ersten zwei Monaten dieses Jahres stiegen die Lebenshaltungskosten um 12,3 %; aber die Steigerung der Lebensmittelpreise ist in Wirklichkeit noch viel höher. In der Betriebszeitung der lederverarbeitenden Industrie „El Cuero Obrero“ wird die Ausbeutung in den Gerbereien und Schuhfabriken angeprangert. Die Arbeiter werden gezwungen, bis zu 20 Stunden zu arbeiten, um die Exportverpflichtungen der Fabriken zu erfüllen, später werden sie, wenn die Aufträge abnehmen, entlassen. Auch die schlechten hygienischen Bedingungen am Arbeitsplatz werden in den Betriebszeitungen angeprangert.

Die CNT hat vor einigen Monaten anlässlich der „Verabschiedung“ des Diktators Bordaberry und der Nominierung des Faschisten Aparicio Mendez zum Präsidenten ein Minimalprogramm für die Lösung der dringlichsten Probleme der Arbeiterklasse und der Bevölkerung des Landes vorgelegt: „Es kann nur reale und stabile Lösungen für die Republik geben, wenn das Artiguistische Kriterium der Beteiligung der Volksmassen bei der Durchführung des Minimalprogramms gesichert wird“. Dieses Programm beinhaltet u. a. folgende Punkte: Befriedigung der dringlichsten Probleme der Werkstätigen des Landes, sofortige Erhöhung der Löhne, Gehälter und Renten, Lösungen für die Probleme der kleinen und mittleren Bauern, Gewerbetreibenden und Kaufleute.

Die CNT fordert Maßnahmen für die Durchführung einer Agrarreform und die Abänderung der Bestimmungen, die unter Bordaberry den Banken und Gefrierhäusern enorme

Gewinne zuschanzten.

Die CNT fordert sofortige Einstellung der Repressalien, der Folter und des faschistischen Terrors gegen die Arbeiterklasse und die Bevölkerung. Auch die Versammlungsfreiheit und die Rechte der Gewerkschaften müssen wieder gewahrt werden. Die illegal kämpfende Gewerkschaftszentrale forderte in ihrem Aufruf die Amnestie für alle politischen Gefangenen und aller wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft verhafteten Personen. Das Minimalprogramm verlangt außerdem eine souveräne und unabhängige Außenpolitik Uruguays und ruft alle demokratischen und antifaschistischen Kräfte auf, sich zusammenschließen in einer Einheitsfront, deren vorrangigste Aufgabe es ist, die Diktatur zu stürzen und das Land wieder der Demokratie entgegenzuführen.

Auch der Studentenverband Uruguays, FEUU, der Ende 1973 verboten wurde, hat sich vor kurzem für die Bildung einer demokratischen Koalition, an der alle Diktaturgegner sowie alle patriotischen Strömungen innerhalb der Streitkräfte teilnehmen, ausgesprochen. Zentrale Aufgabe dieser Vereinigung der demokratischen Kräfte sei es, die Diktatur zu stürzen und eine provisorische Regierung aus Zivilpersonen und Militärs zu bilden. Gleichzeitig kämpfen die Studenten gegen die faschistischen Maßnahmen an den Fakultäten, fordern die Freilassung aller verhafteten Studenten und die Einstellung des faschistischen Terrors.

Symbol des Widerstandes

Die Tätigkeit der Frente Amplio wird trotz des Verbots der Parteien der Linken und der Suspendierung der nicht verbotenen Parteien fortgesetzt. Die Frente Amplio, deren Präsident General Liber Seregni zum zweiten Male verhaftet wurde und gegen den man drei Prozesse wegen Hochverrats angestrengt hat, wird von der Mehrheit der Uruguayer als Symbol des Widerstandes und der Hoffnung betrachtet. In der Frente Amplio vereinen sich Kommunisten, Sozialisten, Christdemokraten, Intellektuelle und demokratische, nationalistische Militärs sowie Bürger ohne parteiliche Bindung. Die Rolle der Frente Amplio, das heißt der Einheit



. . . ist der Arbeiterwiderstand ungebrochen

der antiimperialistischen, demokratischen und fortschrittlichen Kräfte Uruguays, ist heute nach fast vier Jahren Diktatur von großer Bedeutung und ihre Stärkung ist eines der wichtigsten Aufgaben der demokratischen Bewegung des Landes. Aber gleichzeitig und in untrennbarem Zusammenhang mit der Stärkung der Frente Amplio verfolgen die uruguayischen Demokraten, vor allem die Arbeiterklasse und die in der Illegalität kämpfende KP Uruguays, die Formierung der Einheit aller antifaschistischen Kräfte. „Jedweder Feind des Faschismus kann unser Verbündeter sein oder mit uns in einem Punkt übereinstimmen: den Faschismus zu stürzen mit allen Mitteln, durch die Aktion der Massen, durch eine Verbindung von Massenaktionen und dem Durchbrechen der militärischen Front, durch Aktionen der Bevölkerung auf höchster Ebene, unter Anwendung aller Mittel zum Sturz des Faschismus, sogar mit Waffen, falls es möglich ist“, erklärte Rodney Arismendi in dem bereits erwähnten Vortrag.

Die CNT und andere politische Kräfte, darunter die Kommunistische Partei Uruguays, haben ganz im Sinne dieser breiten antifaschistischen Allianz, die weit über den Rahmen der Antiimperialisten und politisch fortgeschrittenen Politiker und Bürger hinausreicht, ein Programm vorgelegt, dessen Hauptanliegen es ist, den Hauptfeind des uruguayischen Volkes zu besiegen: die faschistische Diktatur. Dieses Minimalprogramm hat drei Punkte: Sturz der Diktatur, Bildung einer provisorischen Regierung bestehend aus Zivilpersonen und Militärs und Durchführung einer unabhängigen Außenpolitik, Maßnahmen gegen die Krise und Garantien für die Freiheiten des Volkes.

Dieses Programm kann von allen patriotischen und antifaschistischen Bürgern akzeptiert werden, von all jenen, die gegen das Regime sind, aber noch nicht dagegen kämpfen. Es handelt sich in erster Linie um die breiten Massen der

beiden großen demokratischen bürgerlichen Parteien – der Colorado und der National-Partei – sowie die fortschrittlichen Teile der Kirche, die in Uruguay fast ausschließlich katholisch ist, und die nationalistischen und fortschrittlichen Kräfte in den Streitkräften.

Natürlich ist es eine komplizierte und langwierige Arbeit, all diese Kräfte von der Ablehnung der Diktatur bis zur Beteiligung am Kampf gegen das Regime zu bringen. Dies kann nur durch die Tätigkeit der fortgeschrittensten Kräfte, der kampferprobten Gewerkschaftsbewegung, ihrer Zentrale, CNT und der KP Uruguays geschehen.

Auf dem Wege der Formierung der antifaschistischen Front sind bereits einige Fortschritte erzielt worden; so hat der Chef der Mehrheitsfraktion der einflußreichen National-Partei, der ehemalige Senator Wilson Ferreira Aldunate, gemeinsam mit namhaften Vertretern der Frente Amplio im Dezember 1976 auf einem Meeting in Caracas (Venezuela) gesprochen. Vor kurzem hat Wilson Ferreira Aldunate alle uruguayischen Parteien und politischen Organisationen aufgerufen, sich zu vereinen und gemeinsam den Kampf für Freiheit und Demokratie zu führen. Der Politiker betonte, daß das Regime von keiner politischen Kraft unterstützt werde und daß immer mehr Militärs sich vom Fiasko der Diktatur überzeugen. Die einzige Lösung sei die Wiederherstellung der demokratischen Ordnung.

Auf dem Wege zur Formierung der antifaschistischen Front

Immer breitere politische Kräfte in Uruguay fragen sich, wie man einen Ausweg aus der Situation finden kann. Selbst solche, die bisher passiv waren, beginnen öffentlich aufzutreten. So fanden Ende Dezember 1976 Zusammenkünfte von Vertretern der Colorado- und National-Partei sowie einem Repräsentanten der Christdemokraten statt. Es wurde beschlossen, über Fragen des Überganges von der bestehenden Militärdiktatur zu einem demokratischen System weiter zu beraten. Die Teilnehmer an der Zusammenkunft unterstrichen, daß die Bevölkerung des Landes die schlimmsten politischen und ideologischen Verfolgungen erdulden müsse und die Grenze des Ertragbaren für das Volk überschritten worden sei. Die Teilnehmer an dem Treffen erklärten, daß die Uruguayer verwundert sehen, wie das Land immer ärmer wird und an Prestige verliert. Wir wissen, erklärten sie, daß es viele ehrliche Militärs gibt, die gegen das Regime sind, die, wenn die Stunde kommt, sich an die Seite des Volkes stellen werden.

Die Erkenntnis der Notwendigkeit der Wiederherstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten wird größer. Aber um eine wirkliche Lösung herbeizuführen, ist eine Verständigung, die Einheit der Patrioten, der politischen und sozialen, der zivilen und militärischen und der religiösen Kräfte notwendig. Das Minimalprogramm liegt vor; es ist klar und kann von allen Patrioten akzeptiert werden.

Eines der wichtigsten Probleme ist die Wiederherstellung der Rechte aller Parteien und der Gewerkschaften und die Freilassung aller politischen Gefangenen.

Noch müssen viele Schritte den bereits getanen folgen, damit die Einheit erstarkt und in der Lage ist, den Faschismus zu stürzen. Diese Einheit muß auch in den anderen vom Faschismus unterdrückten Ländern hergestellt werden. Diese Aufgabe werden die Völker Lateinamerikas mit der Hilfe und mit der solidarischen Unterstützung der Völker der Welt früher oder später verwirklichen.

Anmerkung:

- 1) Jose Artigas – Nationalheld Uruguays, der den Kampf gegen die spanische Kolonialherrschaft anführte.

CNT-Minimalprogramm

Die CNT hat im Juni 1976 folgendes Programm vorgelegt:

A. Lösungen für die dringendsten ökonomischen Probleme der Werktätigen und des Landes

- Sofortige Erhöhungen der Löhne und Renten, um die von der Inflation gesenkte Kaufkraft wiederherzustellen;
- Lösungen der sozialen Probleme, wie des Mietgesetzes, um die Ausweisung von Zehntausenden Familien mit geringem Einkommen zu unterbinden;
- Lösungen für die kleinen und mittleren Bauern, Viehzüchter, Industriellen und Kaufleute;
- Maßnahmen zur Durchführung der Agrarreform, einer Reform des Bankwesens und der fleischverarbeitenden Industrie, damit diese den Interessen des Landes und nicht denen der Banken dient;
- Maßnahmen, um eine Stundung der Auslandsschulden zu erreichen, damit das Land sich vom Internationalen Währungsfond und der Herrschaft der einheimischen Oligarchie befreien kann.

B. Wiederherstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten

- Sofortige Einstellung der Repressalien, der Folter und des faschistischen Terrors;
- freie Betätigung der gewerkschaftlichen Organisationen;
- Amnestie für alle politischen und wegen ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit inhaftierten Gefangenen.

C. Verteidigung und Nationale Souveränität

- Souveräne und unabhängige Außenpolitik;
- Verteidigung der Goldreserven des Landes;
- Nichteinmischung seitens ausländischer Stützpunkte in Uruguay.

Die CNT unterstreicht, daß der nationale Wohlstand, der Respekt der demokratischen Traditionen der Republik und die völlige Erreichung der Souveränität nur durch die Abänderung der eingeschlagenen Politik erreicht werden kann.

Die CNT ruft alle ehrlichen Patrioten auf, Zivilpersonen und Militärs, sich einzureihen in die Front der authentischen Artiguenisten, die für den nationalen Wiederaufbau kämpfen.

Erklärung der Unidad Popular

Ausweg der chilenischen Volksbewegung

Seit der Jahreswende 1976/77 hat die chilenische Volkseinheitsbewegung Unidad Popular ihren programmatischen Entschlüssen von Oaxtepec und Belgrad im September 1976 (im Wortlaut in AIB, Nr. 11—12/1976) zwei weitere wichtige Schritte zur Realisierung ihrer konstruktiven Bündnispolitik folgen lassen.

Im Dezember 1976 trat in Santiago de Chile zum ersten Mal seit dem Putsch von 1973 die Inlandsführung der Unidad Popular zu Beratungen zusammen, was an sich schon als ein schwerer Schlag gegen die faschistischen Machthaber Chiles zu werten ist. Unter Teilnahme von sieben Mitgliedsorganisationen, erstmals auch wieder der Unabhängigen Volksallianz (API), verabschiedeten die von der Pinochet-Junta totgesagten illegalen UP-Parteien eine auf die Frage der Einheitsfrontpolitik zugeschnittene und leicht gekürzte Erklärung. Sie enthält eine Fülle aufschlußreicher Informationen zu neuen Entwicklungen der chilenischen Widerstandsbewegung.

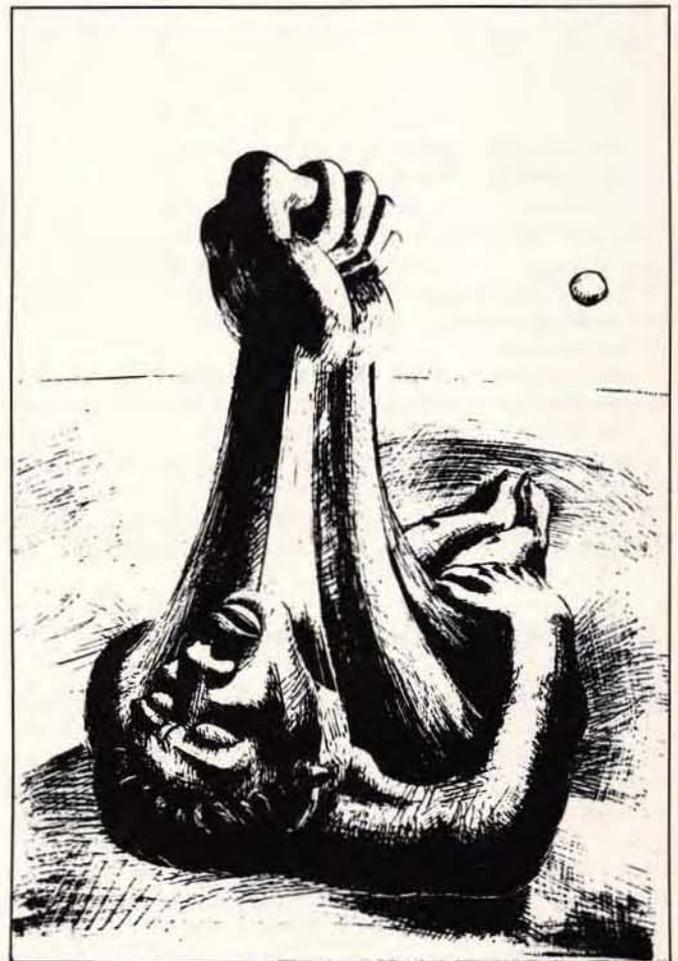
Das Grundanliegen der Schaffung einer breitestmöglichen antifaschistischen Einheitsfront gab auch der 5. Tagung der Politischen Führung der Unidad Popular zu Ende März d. J. in Stockholm das Gepräge. UP-Exekutivsekretär Clodomiro Almeyda hob hervor, daß die Strategie und Taktik der Unidad Popular im Innern Chiles und im Ausland völlig übereinstimme. Die gegenwärtige Situation in Chile kennzeichnet das nachstehende Dokument als Phase wichtiger politischer Veränderungen, was sich in einem Aufschwung des Widerstandes wie in dem Junta-Verbot auch gegen die bürgerlichen Parteien manifestiere. Die in Stockholm verabschiedete Politische Deklaration und die in ihr enthaltene 14-Punkte-Minimalplattform zum Sturz der Junta sind die aktuelle Antwort der Unidad Popular auf diese neue Lage.

(. . .) Die im Dezember 1976 in Santiago versammelte Politische Leitung der Unidad Popular wendet sich an alle demokratischen Chilenen und an die ganze Welt, um ihre Gedanken mitzuteilen und die Aufgaben zu präzisieren, die es gegenwärtig voranzutreiben gilt; sie bekräftigt ihre Rolle als Führungskraft in den Kämpfen des Volkes, um die Freiheit und eine neue Demokratie zu erkämpfen, in der das Volk selbst seine Zukunft bestimmt, wo die Streitkräfte im Dienste der großen nationalen Mehrheit stehen und der wirtschaftlichen Entwicklung und dem gesellschaftlichen Wandel verpflichtet sind.

Die UP als tragende Säule einer breiten Front

Heute ist die Existenz der Unidad Popular an sich schon ein bedeutendes politisches Ereignis und die beste Antwort des Volkes auf die verbrecherischen Taten der Diktatur; diese hat sie trotz aller Anstrengungen nicht zu zerstören vermocht und wird es auch niemals erreichen, da die Unidad Popular (UP) der politische und soziale Ausdruck des Volkes ist, das Ergebnis der fünfzigjährigen Geschichte der chilenischen Volksbewegung; sie ist unter den härtesten Bedingungen, trotz Unterdrückung und Terror, stärker und einiger als je zuvor und steht an der Spitze des chilenischen Widerstandes gegen die faschistische Militärjunta.

Dieses Dokument ist der beste Beweis für die Einheit, den Zusammenhalt und die Kampfbereitschaft der Unidad Popular, die unser kostbarstes Gut darstellt, das nicht uns allein gehört, sondern der ganzen Arbeiterklasse, den fortschrittlichen Intellektuellen und all denjenigen gesellschaftlichen Schichten und Gruppen, die eine gerechtere soziale Ordnung in unserem Lande errichten möchten. Die Rechtmäßigkeit der Unidad Popular beruht nicht auf dem Versuch, mechanisch Situationen wiederherzustellen, die Fehler und Schwächen aufwies; ebensowenig verstehen wir sie als alleinige und ausschließliche Alternative. Im Gegenteil, für uns ist sie die tragende Säule eines breiten Bündnisses, das alle antifaschistischen Kräfte vereinen muß. Es wird unsere Aufgabe sein, zu verhindern, daß dieses Bündnis je wieder in Fehler verfällt, die sich — wie das Sektierertum oder der Dogmatismus — als äußerst schädlich für das Wohl des Volkes



César (Chile): Der Kampf geht weiter

erwiesen. Ein Wiederaufleben dieser Praktiken würde ein für allemal die größte Erwartung des Volkes zunichtemachen, den Aufbau eines wirklich freien Chile mit sozialer Gerechtigkeit und frei von der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Wir werden, indem wir diese Schwierigkeiten überwinden, gleichzeitig die Tendenzen zu reformistischen und legalistischen Illusionen aufs schärfste bekämpfen, die

von Gruppen vertreten werden, die außerhalb der Unidad Popular stehen, da diese Gruppen eine Politik von Bündnissen unter Ausschluß einiger Kräfte betreiben und so nicht zur Entstehung einer breiten Front zum Sturz der Diktatur beitragen.

Die heute von uns unternommenen Schritte stehen am Anfang einer ausführlicheren Diskussion über die Krise der chilenischen Gesellschaft und haben vor allem zum Ziel, eine tiefgreifende Aussprache zu eröffnen, die mithilfe, ein gemeinsames Programm zu entwickeln. (. . .)

Ablehnung der Diktatur durch einstige Gegner der UP-Regierung

All die Unterdrückung, all das Elend und die Ungerechtigkeit haben bei der Mehrheit der Chilenen eine wachsende Ablehnung der Diktatur hervorgerufen. Der Widerstand wächst und breitet sich aus, Chile wird sich niemals dem Faschismus unterwerfen, das hat Salvador Allende klargestellt; dafür spricht das Blut der Märtyrer, es zeigt sich weiterhin täglich in einem nicht endenden Kampf. Der antifaschistische Widerstand des Volkes ist heute stärker und besser organisiert als gestern, er wird jeden Tag breiter und vielseitiger, er wächst und entwickelt sich an der Basis. Mit unwiderstehlicher Kraft bildet sich an den Arbeitsplätzen und in den Siedlungen der Widerstand der Massen, wo sich die Unidad Popular und andere demokratische Kräfte vereinen.

Das politische und soziale Bündnis, das den Sturz der Volksregierung unterstützte, hat sich aufgelöst. Viele derjenigen, die gestern entschieden mit der faschistischen Regierung sympathisierten, sind heute ihre offenen Gegner. Das gilt besonders für die Mittelschichten, die durch die Wirtschaftspolitik und die Unterdrückung der individuellen Freiheiten schwere Schläge erlitten.

Diese Auflösung der ehemaligen Basis der Regierung nimmt die verschiedensten Formen an. Eine davon ist die Bildung der „Gruppe der Zehn“, die heute unter dem Druck ihrer Basis und aufgrund der wiederholten gegen das Volk gerichteten Brutalität der Junta antifaschistische Positionen beziehen mußte.

Auch die Ablehnung der Christdemokratischen Partei (PDC) gegenüber dem Faschismus ist ein Beweis für die Verschlechterung der regierungsfreundlichen Positionen. Wir können nicht vergessen, welche wichtige Rolle christdemokratische Persönlichkeiten bei dem faschistischen Überfall spielten. Heute rufen dieselben Persönlichkeiten dazu auf, für eine baldige Wiederherstellung der Demokratie zu kämpfen.

Kritische Stimmen auch unter der Bourgeoisie

Unter den Intellektuellen ist die Unterstützung der Junta nicht größer als unter den Arbeitern. Das kommt sehr klar in der konsequenten Haltung vieler Juristen zum Ausdruck, die, wie Jaime Castillo, José Zalaquet, Eugenio Velasco und Hernan Montealegre, ihre persönliche Sicherheit aufs Spiel gesetzt haben, um die Menschenrechte zu verteidigen. Diese Tatsache ist besonders bedeutsam, wenn wir bedenken, daß diese hervorragenden Persönlichkeiten verschiedene politische und philosophische Standpunkte vertreten, wodurch der Pluralismus des Widerstandes gegen die Diktatur verdeutlicht wird.

Das Verhalten der Kirche während der Diktatur hat sich durch Konsequenz und Treue zum Volke ausgezeichnet. Die Versuche, sie zu spalten, sind fehlgeschlagen; die Angriffe haben sie nur noch in ihrer festen Haltung zur Verteidigung der Menschenwürde bekräftigt.

Schon hört man aus einigen Sektoren der Bourgeoisie ab-

weichende Stimmen. Der Rückzug aus dem Andenpakt ist von vielen Unternehmern stark kritisiert worden, ebenso die Steuerpolitik, die nur diejenigen belastet, die am meisten von der Wirtschaftspolitik betroffen sind. Die auf den Vorteil der Monopole gerichtete Leitung unserer Wirtschaft hat Schiffbruch erlitten. Die Lohnerhöhungen sind nutzlose Anstrengungen zur Aktivierung der geringen Produktion, da sie sofort durch Preissteigerungen aufgehoben werden.

Aber jetzt kann nur eine strukturelle Lösung die wirtschaftlichen Probleme nicht nur der Arbeiter, sondern auch der mittleren und kleinen Eigentümer und Produzenten beheben. Daher erklärt sich die Unbeliebtheit der faschistischen Politik, die Skepsis, mit der selbst die profiliertesten Vertreter der monopolistischen Clans die verschiedenen Maßnahmen betrachten.

Heute können wir zweifellos behaupten, daß die Junta von der Mehrheit der Chilenen abgelehnt wird. Sie sehen im Sturz der Junta die einzige Möglichkeit, diese ernste Situation der Einschränkungen und der Unterdrückung zu überwinden, in die uns eine Minderheit unserer Gesellschaft mit Hilfe des Militärs gebracht hat.

Die weltweite Verurteilung der unverhüllten Verbrechen Pinochets verhinderte sogar eine offenere und entschiedener Unterstützung seitens des US-Präsidenten Ford. Der Aufschwung des demokratischen Widerstandes, die fortschreitende Schwächung der Diktatur und das historische Schicksal der faschistischen Diktaturen in der ganzen Welt zwingen Carters neue Regierung, auf eine „Säuberung“ und einen „Fassadenwechsel“ der chilenischen faschistischen Diktatur zu drängen. Sein Ziel ist es, die imperialistische Herrschaft in Lateinamerika auf Dauer zu garantieren sowie die Völker und die Arbeiterklasse zu isolieren und jeder Initiative zu berauben. Die Nordamerikaner bekämpfen nicht den Faschismus in Chile. Sie wollen der Herrschaft des Imperialismus und des Großkapitals ein „demokratisches“ Mäntelchen umhängen und wollen die Einheit der Arbeiterklasse mit allen ihren demokratischen Meinungen und Strömungen verhindern. Diese Einheit ist die einzige Garantie zum Aufbau einer wirklich demokratischen Regierung in unserem Land.

Widersprüche in der Armee

Für die gegenwärtige negative Haltung Carters der Diktatur gegenüber war die Aktion der fortschrittlichen Gruppen und Persönlichkeiten der USA von Bedeutung: dabei spielte der von der DINA feige ermordete Genosse Orlando Letelier eine tapfere und wichtige Rolle.

Die Gesamtheit der Schwierigkeiten, vor denen die faschistischen Führer stehen, und der andauernde Kampf der Volksbewegung haben die Unterdrückung verstärkt. Aber es ist so sicher wie der Lauf der Geschichte, daß die Brutalität nicht für eine lange Zeit die einzige Stütze einer Regierung sein kann, vor allem angesichts einer mächtigen Widerstandsbewegung.

Das Verständnis dieser Situation und andere Schwierigkeiten verschärfen die Widersprüche innerhalb der Streitkräfte; diese Widersprüche können bedrohlich werden, da andere Alternativen der Macht entstehen, wie sie von den vereinten Kräften des Volkes gebildet werden können. Der grundlegende Faktor in dieser zunehmenden Verschärfung ist die Rolle der DINA bei der Leitung der wichtigsten Staatsangelegenheiten. Die Reduktion aller Institutionen auf bloße Anhängsel einer Geheimpolizei stört viele Offiziere sichtlich. Das in Zukunft mit Sicherheit erfolgende exemplarische Urteil hat einige Mörder und Folterer, wie Arellano Stark und andere gezwungen, von faschistischen Positionen zu schüchternen Meinungsverschiedenheiten mit dem Tyrannen überzugehen.

Die Entwicklung des antifaschistischen Kampfes wird die



* Primus seiner Klasse *. Fotomontage von R. Gärtner

Monopole und den Imperialismus dazu zwingen, neue Methoden anzuwenden, um den demokratischen Forderungen der Volksbewegung zu begegnen.

Initiative an der Gewerkschaftsfront

Wie auch in den vorhergehenden Jahren lassen sich 1976 neue Fortschritte der Arbeiter feststellen. Während in den Jahren 1974 und 1975 die bewußtesten und kämpferischsten Teile des Volkes neue Teiloffensiven hervorbrachten – die ersten Formen antifaschistischen Protestes und sogar die ersten Streiks –, hat sich dieses Jahr die Massenbewegung zu einer vorherrschenden sozialen Erscheinung im unterdrückten Chile gewandelt.

Der große Kampf, der zu diesem Ergebnis geführt hat, ist das Produkt der unbeugsamen Initiative der Massen und ihrer Führer. Er drückt sich aus in den Fortschritten, vor allem im organisatorischen und ideologischen Wiederaufbau der Gewerkschaftsbewegung und in der Suche nach neuen Formen der Organisation und des Kampfes an den anderen

Fronten.

Ohne Zweifel war der größte Erfolg dieses Jahres der Wiederaufbau der klassenbewußten, unabhängigen Gewerkschaften, und damit der völlige Mißerfolg der faschistischen Militärdiktatur, die eine gelbe offizielle Gewerkschaftsbewegung aufbauen wollte.

Die Situation nach dem Putsch, die gekennzeichnet war durch gewerkschaftliche Inaktivität, durch Desorganisation oder Auflösung der Gewerkschaften und Gewerkschaftsverbände, als ein Ergebnis der blutigen faschistischen Verfolgung, der Verhaftung und Ermordung ihrer Führer, konnte dieses Jahr überwunden werden; die Gewerkschaften und Gewerkschaftsverbände, die die große Mehrheit der chilenischen Arbeiter vereinigen, wurden reaktiviert. Trotzdem müssen wir begangene Fehler korrigieren, indem wir die Verbindungen zwischen den Leitungen in der Provinz und auf nationaler Ebene mit der Basis verstärken, und die Gewerkschaften, die das Rückgrat der Verbände darstellen, unterstützen, um so mit größerer Effektivität den Kampf der Massen voranzutreiben.

Andererseits hat die Initiative der Arbeiter neue Wege der Organisation und des Kampfes an anderen Fronten eröffnet. 1976 konnten wir einen ungeheuren Aufschwung der Jugendbewegung beobachten, die wichtige Masseninitiativen auf kulturellem, sportlichem und auf dem Gebiet der Solidarität entwickelt hat, die Tag für Tag immer größere Teile der Jugend erfassen.

Auch die Frauen unseres Landes haben wichtige Beiträge zum antifaschistischen Kampf geleistet.

Das kämpferische Bewußtsein der Massenbewegungen

Sie sind es, die sich auf dem Gebiet der Solidarität in den letzten drei Jahren besonders hervorgetan haben: man denke nur an die Volksspeisungen, die zu Tausenden entstanden, um zu versuchen, einen Teil unseres Volkes vor der Geißel des Hungers zu bewahren. Aber nicht nur dort findet man die Frau. In jedem Kampf für die Demokratie leistet die Frau ihren Beitrag. Deshalb unterscheidet die Unterdrückung auch nicht nach Alter oder Geschlecht. Zu Tausenden wurden sie festgenommen, gefoltert und ermordet. Beweis hierfür ist das meuchelmörderische Verbrechen an Marta Lidia Ugarte, der die Unidad Popular heute ihre bewegte Ehrerbietung darbringt.

Sowohl an der Gewerkschaftsfront als auch an der Front der Jugend und in den Arbeitersiedlungen hat sich mit der Entwicklung der Organisierung auch die antifaschistische Haltung verstärkt. Die Arbeiter wiederholten den Kampf, den sie gegen das reaktionäre Projekt eines neuen Arbeits- und Sozialrechts führten und setzten die verschiedensten Druckmittel ein, um ihre elementarsten Rechte zu verteidigen. Eben dieses kämpferische antifaschistische Bewußtsein der gewerkschaftlichen Bewegung, das seinen Ausdruck in den Beschlüssen und öffentlichen Protesterklärungen der Gewerkschaften und Gewerkschaftsverbände findet, hat es ermöglicht, daß eine Gruppe von Gewerkschaftsführern ihre Stimme erhob, um gegen den gewalttätigen Angriff auf ihre errungenen Rechte zu protestieren.

Die Organisierung und der Kampf der Massenbewegung sowie die wichtige Rolle, die die Unidad Popular dabei gespielt hat, haben die demokratische, volksverbundene, antifaschistische Orientierung dieses Kampfes geprägt. Jede einzelne Schlacht, jeder errungene Sieg, jede neu gewonnene Erfahrung, war ein Fluß, der sich in den antifaschistischen Strom ergoß, der als Ziel den Sturz der faschistischen Militärdiktatur sowie eine demokratische, volksverbundene und revolutionäre Lösung hat. Der zutiefst pluralistische Charakter der Bewegung wird sowohl durch ihre Orientierung als

auch durch die aktive Teilnahme aller demokratischen, politischen Sektoren und sozialen Schichten garantiert. Christen, Marxisten, Parteilose und Demokraten reichen sich in diesem Kampf die Hand.

Jeden Tag wachsen die Schwierigkeiten des Faschismus, seine Herrschaft aufrechtzuerhalten. Die enorme Opposition, die seine Politik in den verschiedensten Bereichen erweckt, ist jeden Tag spürbar. Das Scheitern des Regimes ist so augenfällig, daß sich sogar innerhalb des nordamerikanischen Imperialismus Kreise formieren, die nach einem Wechsel trachten. Dies ist ein Indiz für den abgewirtschafteten Zustand und den Verfall der Diktatur. Diese offensichtliche Krise des Faschismus hat dazu geführt, daß verschiedene Alternativen entwickelt wurden und noch werden, um das Regime zu ersetzen, die jedoch gegenüber dem Faschismus eine entgegenkommende Haltung einnehmen, mit dem Imperialismus verbündet sind und mit dem Widerstand des Volkes nichts zu tun haben. Das Scheitern eines Wechsels Ende 1975 hat gezeigt, daß antidemokratische Formeln, die für eine eingeschränkte Demokratie werben, die also an sich antidemokratisch sind und somit unannehmbar für alle und jede einzelne der Parteien der Unidad Popular, keine Zukunft haben. Es wird immer klarer, daß die faschistische Militärjunta nicht von selbst fallen wird, daß es notwendig sein wird, sie in einem stetigen und wachsenden Kampf ausnahmslos aller Antifaschisten, aller Demokraten, zu stürzen.

Die Stärkung der Unidad Popular und aller Demokraten ist der entscheidende Faktor auf dem Wege zu einer neuen Demokratie, die gegen jene Grundlagen zielen wird, die den Faschismus hervorbrachten und die sich nicht nur gegen seine aktuellen Erscheinungsformen richtet, um so den Weg zu ebnen für den Aufbau einer sozialistischen Demokratie.

Stärkung der Unidad Popular als historisches Gebot

In seinen täglichen Kämpfen erarbeitet unser Volk den Weg zu einer wahren Demokratie. Durch den ständigen Kampf für ihre Rechte, die nun mit Füßen getreten werden, durch die Solidarität bei der Verteidigung ihrer Organisationen, schaffen die Volksmassen Tag für Tag die Voraussetzungen für ihre Befreiung. Die Parteien der Unidad Popular (UP) leiten diesen Kampf. Die Existenz der UP und ihr konsequentes und kämpferisches Verhalten treiben in jeder Minute die antifaschistische Arbeit voran.

Das kann nicht anders sein; die UP ist das Produkt der Entwicklung der Volkskämpfe fast eines Jahrhunderts. Die UP ist das Ergebnis eines Einigungsprozesses, der in den Salpetergruben gleichzeitig begann mit den ersten Gewerkschaften und den beginnenden Kämpfen der Studenten zu Anfang des Jahrhunderts. Das Fundament der UP findet sich in den Herzen Chiles, in den Kämpfen von O'Higgins, der Brüder Carrera und Manuel Rodríguez, in Balmaceda, Recabarren, in der Volksfront (Konstituierung 1936 und von 1938-41 an der Regierung, d. Red.) und der Regierung Pedro Aguirre Cerda mit ihren wichtigen Errungenschaften, in der Bildung der CUT (1953 gegründete Einheitszentrale der Werktätigen Chiles, d. Red.) und in der FRAP (Front der Volksaktion, gebildet 1956 von der Sozialistischen und illegalen Kommunistischen Partei Chiles, d. Red.). Das Fundament der UP findet sich in allen antiimperialistischen Kämpfen unseres Volkes.

Der Aufbau der UP, die Erstellung eines gemeinsamen Programms (im Dezember 1969, d. Red.), das eine Gruppe von Parteien mit unterschiedlichen politischen, philosophischen und religiösen Anschauungen vereinte und das später zur Eroberung einer wirklich volksverbundenen, patriotischen und unabhängigen Regierung führte, war ein großartiger Sieg der Arbeiter unseres Landes. Der Wert dieser Errun-

genenschaft kann heute noch besser gewürdigt werden. Die UP ist die konsequenteste antifaschistische Kraft, sie ist die entschiedenste Verteidigerin der Interessen der Massen. Trotz der furchtbaren Unterdrückung, die entfaltet wurde, trotz der Ermordung von Tausenden ihrer Anhänger hat die UP nicht eine Minute nachgelassen, den Kampf für die Freiheit und die Demokratie anzuführen.

Jedes Sektierertum abstreifen

Deshalb ist die Stärkung der UP ein eindeutiger Beitrag zum Umsturz, den unser Volk erhofft. Gleichzeitig schaffen wir so eine wichtige Voraussetzung für die Einheit aller Demokraten dieses Landes. Alle Parteien, die diese Erklärung unterzeichnen, haben sich die Aufgabe gestellt, die politische Führung der UP zu stärken, ihre Organisation zu fördern und die bedauerlichen Fehler der Vergangenheit zu überwinden. Dies zu tun, ist unserer Ansicht nach eine Pflicht, weil große Teile der Chilenen, die auf unsere Führung vertrauen, in dieser bedeutenden Phase, die unsere Heimat durchlebt, nichts anderes von uns erwartet. Das Sektierertum, das so viel Schaden angerichtet hat, wird langsam aber deutlich überwunden angesichts der harten und blutigen Lehre, die uns erteilt wurde. Aber das genügt noch nicht. Es ist notwendig, diesen gemeinsamen, einheitlichen Willen in der Durchführung täglicher Kampfaktionen zu verwandeln. Die immer bessere Koordinierung unserer Aktionen auf allen Ebenen muß das Ergebnis einer dauernden, brüderlichen Diskussion sein, ohne Wortklaubereien oder Versuche, eine Politik der vollendeten Tatsachen durchzusetzen.



Es ist auch die Absicht der UP, zu einer Übereinkunft mit anderen Organisationen der Linken zu kommen. Zu diesem Zweck stellen wir als einzige Bedingung die gegenseitige Respektierung, die Beendigung abwegiger Praktiken, und die Verpflichtung, keine Aktionen zu entwickeln, die das Volk isolieren würden. Die UP will alle Kräfte vereinen gegen den heutigen Hauptfeind, die faschistische Militärjunta, deshalb kann sie keiner Gruppe, die die gleichen Interessen verfolgt, die Mitarbeit verweigern, besonders dann nicht, wenn diese wie wir den Aufbau einer nationalen Volksdemokratie mit der Perspektive eines sozialistischen Chile zum Ziele haben. Ebenso ist die gesamte UP der Meinung, daß man keine Art der Auseinandersetzung mit der Diktatur a priori ausschließen kann, sondern sie werden in die reale Entwicklung der Massenbewegung einbezogen werden. So ist die Lage: Die Verbrennen des Faschismus rechtfertigen, daß das Volk jeden Weg nutzt, um die urspierten Rechte zurückzuerlangen.

Die breiteste politische Front des Antifaschismus schaffen

Die UP ist der Meinung, daß der wichtigste Grund für das Weiterbestehen der Diktatur darin besteht, daß keine reale politische Alternative zum faschistischen Regime effektiv entwickelt wurde. Diese Alternative müßte die Bildung eines politischen Bündnisses mit völlig neuen Eigenschaften in unserem Land ermöglichen, das alle Chilenen vereinigt, die heute von der Politik der Brutalität und der Not betroffen sind, die die Diktatur in Chile hervorgerufen hat. Die Eingliederung in diese Volksfront ist eine Pflicht für alle wahren Demokraten unseres Landes; sich nicht einzugliedern, bedeutet zum Komplizen der Verbrechen der DINA und des Hungers, mit denen der Faschismus uns geißelt, zu werden.

Die Unidad Popular ruft die Christdemokratie zu der Bildung einer gemeinsamen Kampfplattform auf, mit dem Ziel der Schaffung einer politischen Front für den Sturz der Diktatur. Daher ruft die Unidad Popular alle antifaschistischen Chilenen auf, das breiteste soziale und politische Bündnis für den Sturz der Diktatur und für eine demokratische, volksverbundene und revolutionäre Lösung herzustellen.

Immer wieder können wir Chilenen beobachten, daß die Christdemokratie antifaschistische Haltungen einnimmt. Innerhalb der Gewerkschaften, auf dem Lande, in den Universitäten und den Arbeitersiedlungen setzen sich tausende von Christdemokraten voll für die Verteidigung ihrer mit Füßen getretenen Rechte ein. Es ist auch nicht selten zu beobachten, daß sich die Führer dieser Partei in konsequenter Weise für die Verteidigung der Menschenrechte einsetzen und an der Wirtschaftspolitik der Junta Kritik üben. Das braucht niemanden zu verwundern, denn unter der Diktatur hat die Unterdrückung die große Mehrheit der Chilenen betroffen, betrifft sie noch und wird sie weiter betreffen.

In Gestalt von Mord, Gefängnis und Exil haben viele Christdemokraten die kriminellen Aktivitäten der DINA am eigenen Leibe erfahren. Auch ist offensichtlich, daß die promonopolistische Politik des Faschismus und seiner Parteigänger den Christdemokraten Tag für Tag schadet. Aus diesen Gründen und wegen der ausdrücklichen, demokratischen Überzeugung der christdemokratischen Anhänger kann die Leitung dieser Partei die Unterzeichnung eines Abkommens nicht endlos hinauszögern, welches die gemeinsame Aktion von Christdemokratie und UP bedeutet zur Verteidigung einer Minimalplattform und für vereinte Anstrengungen, um die illegale und mörderische Regierung des Faschismus zu stürzen.

Es bedarf des aktiven Antifaschismus

Wer das Verhalten dieses Regimes kritisiert, das jede Freiheit verbietet, wer den Hunger, die Unwissenheit und den Terror verurteilt, denen uns die Junta ausliefert, hat die moralische Verpflichtung, von Worten zu Taten überzugehen; zu Taten, die die schnellste Beendigung dieser tragischen Situation möglich machen.

Die Kirche hat bereits ihre klare Konsequenz und Loyalität zu ihrem Volk bewiesen, eine Haltung, die von ganz Chile geschätzt und gewürdigt wird.

Die Leitung der Christdemokratie muß so bald wie möglich ihre Versuche aufgeben, einen anderen Weg als den der politischen Einheit des ganzen Volkes zu suchen. Die Vereinbarungen mit Offizieren, deren Hände mit Blut befleckt sind und die Kompromisse mit ausländischen Mächten werden die beängstigenden Probleme unseres Landes nicht lösen. Die Strategie der Spaltung der UP und des Ausschlusses von Parteien ist keine verantwortungsbewußte Haltung angesichts der schwierigen Situation, die durch die Diktatur entstanden

ist und die es erforderlich macht, alle Antifaschisten zu vereinen.

Wir fordern die Christdemokraten auf, gemeinsam mit uns zu kämpfen, um die Diktatur durch ein entschlossenes und kämpferisches Vorgehen der Massen zu stürzen. Wir fordern alle Chilenen auf, die aktivste Haltung einzunehmen, um die mörderische Diktatur so schnell wie möglich zu beenden.

Gemeinsame Ziele wider die Diktatur

Das bedeutet konkret, gemeinsam den täglichen Kampf für folgende Ziele zu entwickeln:

1. Beendigung des Ausnahmezustandes, Freilassung aller politischen Gefangenen, Amnestie für alle politisch Verfolgten und Ausgewiesenen. Auflösung der DINA, gerichtliche Untersuchung aller seit dem 11. September 1973 durch Pinochets Geheimpolizei begangenen Morde. Unterrichtung der Öffentlichkeit über das Schicksal der 2 500 Verschwundenen.
2. Wiederherstellung der öffentlichen Freiheiten: der Freiheit der Meinungsäußerung und Vereinigung.
3. Das Recht der Massen auf Organisierung: Abschaffung des Erlaßes 198, Wiederherstellung des Rechts auf freie Wahl der Gewerkschaftsführer, des Versammlungsrechts ohne vorherige Genehmigung, des Forderungsrechts und des Streikrechts.
4. Die Wiederherstellung eines menschenwürdigen Lebensstandards für die chilenischen Werktätigen. Steigerung der öffentlichen Ausgaben für soziale Programme, Arbeitslosenunterstützung, Beendigung der Aufrüstung.
5. Wiederherstellung der Autonomie der Universitäten, der Lehrfreiheit, sofortige Ausweisung aller Agenten der Diktatur aus den Erziehungszentren, Garantie auf freien Zugang zur Erziehung ohne politische oder wirtschaftliche Diskriminierung für die Jugend, kostenlose und unbeschränkte Einschreibung, Wiederaufnahme von ausgeschlossenen Schülern und Lehrern.

Indem wir ständig, an jeder Front, in allen Massenorganisationen, Druck ausüben, jeden Tag neue Siege erringen, den Faschismus der Minderheiten noch mehr isolieren und die demokratischen Strömungen innerhalb der Streitkräfte stärken, nähern wir uns dem Ende des Alptraums, der am 11. September 1973 begann.

Aber unser Ziel beschränkt sich nicht auf den Sturz der Diktatur. Die Unidad Popular weist einen Ausweg aus der Krise, in die uns der Faschismus gestürzt hat. Dieser Ausweg, den wir vorschlagen, zielt auf die Veränderung unserer Gesellschaft zugunsten der breiten Massen. Nach der Nacht des Faschismus ist es nicht möglich, in die Vergangenheit zurückzukehren; das Ausmaß der wirtschaftlichen Krise verlangt drastische Lösungen, und der dem demokratischen Zusammenleben der Chilenen zugefügte Schaden verlangt von uns die Bildung einer neuen Ordnung, die dem Faschismus endgültig den Weg versperrt und die Türen für eine sozialistische Demokratie öffnet.

Zum Schluß dieser Erklärung halten wir es für notwendig, noch einmal auf den kriminellen Charakter der faschistischen Diktatur zurückzukommen, eine Diktatur, die nichts anderes ist als eine Regierungsform des politischen Banditentums, ein System der Provokation und der Folter gegen die Volksbewegung, der Grausamkeit und des Barbarentums; der Faschismus ist die ureigenste Macht des Finanzkapitals, er ist die terroristische Abrechnung mit allen progressiven Kräften der Gesellschaft; in der Außenpolitik ist er Chauvinismus in seiner brutalsten Form, der den Haß auf andere Völker züchtet.

Der Faschismus arbeitet für die rückschrittlichsten imperialistischen Interessen, aber vor den Massen gibt er demago-

gisch vor, „die großen Interessen der Nation“ zu verteidigen. Seine Macht ist unsicher, denn sie basiert nur auf der Unterwerfung durch den skrupellosen Einsatz der Repression. So sterben die besten Söhne der Volksbewegung durch die kriminellen Aktionen der DINA, an versteckten Orten, wo man sie festhält, wie der Villa Grimaldi, der „Colonia Dignidad“ („Kolonie Würde“, d. Red.), auf Landgütern in Paine, in den Kellern des Panzerregiments Nr. 2, in den „Torres de la Reina“, in der Provinz Aysén und in allen Kasernen.

Brot, Arbeit und Freiheit!

Aber die zehntausende Tote, die mutigen Märtyrer des Volkes, sind nicht umsonst gestorben: den Platz eines jeden gefallenen Genossen nehmen hundert andere im Kampf gegen die Diktatur ein, ihr Beispiel verdoppelt die Verpflichtung des Volkes und seiner politischen Vertretung auf dem harten Weg zum Sturz der faschistischen Militärdiktatur. Wir wissen genau, daß die Zukunft uns gehört und wir bauen sie schon heute auf, indem wir den Weg gehen, den uns das konsequente Vermächtnis des Präsidenten Allende gezeigt hat. Mit tiefer Bewegung und Haß auf seine faschistischen Henker, senken wir unsere Fahnen vor seinem Andenken und dem von tausenden ermordeten Patrioten.

Wir fordern die Freiheit für Exequiel Ponce, Victor Diaz, Carlos Lorca, Mario Zamorano, Ricardo Lagos, Leopoldo Luna, Patricio Vergara und Roberto Sapiains sowie für alle anderen politischen Häftlinge. Und wir sagen ihnen: Genossen, wir werden jede Stunde unseres Lebens und den letzten Blutstropfen hingeben, um Euch und alle Arbeiter und das chilenische Volk diesem schändlichen Regime zu entreiben.

Die Einheit des Volkes zeigt uns den Weg zum Sieg.

Brot – Arbeit – Freiheit!

Der Widerstand wird siegen!

Es lebe der heroische Kampf unseres Volkes!

Sozialistische Partei Chiles MAPU – Arbeiter und Bauern

Kommunistische Partei Chiles MAPU

Radikale Partei Chiles Christliche Linke

Unabhängige Volksaktion

Santiago, Dezember 1976

(Quelle: La Unidad Popular al Pueblo de Chile. Declaración de la Unidad Popular emitida en el interior del país durante el mes de diciembre de 1976, Hrsg.: Juan Contreras, Frankfurt/M. 1977)

Unidad Popular

Erklärung von Stockholm

Das Politische Komitee der Unidad Popular im Ausland hat sich zu einer Zeit in Stockholm versammelt, da die Diktatur von einer neuen Krise erschüttert wird. Die Ereignisse, die am 11. März 1977 begannen (Verlängerung des Ausnahmezustandes, Verbot der letzten Parteien, d. Red.), zeigen erneut die innere Labilität des Regimes und bestätigen voll die Richtigkeit der politischen Linie, die von unseren Parteien auf dem Treffen im Dezember 1976 im inneren des Landes ausgearbeitet wurden.

Es hat sich als unmöglich erwiesen, den Kampf des Volkes durch Terror zu unterdrücken. Im Verlaufe des Jahres 1976 erreichte die Massenbewegung, vor allem in den Gewerkschaften, neue Dimensionen, drückte sich in verschiedensten Formen mit wachsender Betonung der Einheit aus. Der Junta ist es nicht gelungen, den demokratischen Geist der Jugend zu unterdrücken. 1976 hat die Jugendbewegung einen bedeutenden Aufschwung genommen. Die Kulturschaffenden haben ein neues Niveau im antifaschistischen Kampf erreicht.

PDC-Verbot offenbart Unfähigkeit der Diktatur

Das Anwachsen der offenen Aktivitäten der antifaschistischen Opposition im Inneren des Landes geht Hand in Hand mit dem Fortschritt in der Organisation und bei der Festigung der demokratischen Kräfte. Die Zusammenkunft unserer Parteien im Inneren des Landes im Dezember hat deutlich gemacht, daß die Diktatur ihr wichtigstes Ziel nicht erreicht hat: die Zerstörung der Volksbewegung. Zur gleichen Zeit hat sich die Opposition der Christdemokratischen Partei gegen die Diktatur verstärkt.

Die positive Haltung der katholischen Kirche bei der Verteidigung der Menschenrechte, für demokratische Freiheiten, gegen die faschistische Doktrin von der nationalen Sicherheit

zeigt, wie breit die Ablehnung der Diktatur Pinochets ist.

Das Verbot aller bisher suspendierten Parteien, eine Maßnahme, die sich vor allem gegen die Christdemokraten richtet, ist ein neuer Meilenstein bei der Verwirklichung der antidemokratischen Absichten des Faschismus. Die Tatsache, daß die Partei verboten wurde, als sie begann, ihre Mitglieder am Kampf um die Verschwundenen teilnehmen zu lassen, und sie sich so der Verteidigung der grundlegenden Menschenrechte anschloß, ist das offenste Eingeständnis für die Unfähigkeit der Diktatur, sich zu halten, ohne um jeden Preis alle demokratischen Manifestationen zu unterdrücken.

Die UP solidarisiert sich mit den Christdemokraten, die in die Illegalität gezwungen wurden. Sie würdigt deren Haltung als positiven Schritt auf dem Weg zur Schaffung der Einheit der antifaschistischen Kräfte.

Ziel einer antifaschistischen provisorischen Regierung

Unsere Überzeugung ist es, daß die einzige wahre Alternative im Interesse des Volkes gegenüber dem Faschismus die ist, die auf der umfassendsten Einheit beruht. Irgendeine andere sektiererische Alternative, die den Ausschluß antifaschistischer Kreise zum Inhalt hat oder diesen Ausschluß in größerem oder kleinerem Maße festlegt, ist eine halbe Lösung, die wichtige Probleme für das Volk ungelöst ließe. Sie wäre eine Lösung, die die Gefahr der Rückkehr zu verhaßten Zeiten in sich trüge und die eine schnelle Lösung der von der Diktatur hervorgerufenen tiefen Krise erschweren würde. Das, was das Volk will, ist nicht nur die Beseitigung der gegenwärtigen Erscheinungsformen des Faschismus, sondern die Ausrottung seiner Wurzeln.

Wir glauben an die Richtigkeit des Dialoges zwischen den demokratischen Kräften, um eine gemeinsame politische

Plattform zu suchen, die eine konkrete Volksalternative zur Diktatur darstellt.

Die Unidad Popular hat niemals ihr legitimes Streben verheimlicht, in Chile eine sozialistische Gesellschaftsordnung errichten zu wollen. Das ist das Ziel der großen Mehrheit der chilenischen Werktätigen. Wir wissen, daß die Christdemokraten ein historisch unterschiedliches Projekt zu unserem haben. Die Verwirklichung des einen oder des anderen setzt die Ausrottung des Faschismus voraus. Das ist es, was die Einheit unbedingt erfordert, und nur durch die Verwirklichung dieses Erfordernisses ist das Vertrauen der Massen zu gewinnen. Wir anerkennen den Aufruf der Christdemokraten, die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen.

Wir meinen, es ist im Interesse des Volkes, daß das Einvernehmen der demokratischen Kräfte, die dieser Kampf hervorbringt, zu einem gemeinsamen Abkommen über die Grundlagen des neuen demokratischen Regimes führen wird, das den Faschismus ablöst.

Wir sind der Meinung, daß man auch in der Behandlung der Frage der antifaschistischen provisorischen Regierung, die nach der Diktatur kommen wird, Fortschritte machen muß. Für Chile und sein Volk wäre es vorteilhaft, wenn diese Regierung Ausdruck all jener Kräfte ist, die am Sturz des Faschismus beteiligt waren und die zu den Meinungsströmungen gehören, die die Grundlage der chilenischen Demokratie bilden.

Wir betrachten die Beteiligung der patriotischen und demokratischen Militärs an der Lösung der gegenwärtigen Aufgabe der Zerschlagung der faschistischen Junta und an den zukünftigen Bemühungen – eine neue demokratische Ordnung aufzubauen, die nationale Unabhängigkeit zu sichern und ein fortgeschrittenes Regime zu schaffen – als unabdingbar.

Minimalplattform für ein fortgeschrittenes Regime

Es ist unerlässlich, konkrete Schritte einzuleiten, die eine Annäherung der demokratischen Kräfte untereinander ermöglichen und günstige Bedingungen für ihre Verständigung zu schaffen. Wir schlagen, geleitet von diesem Geist, allen Antifaschisten zur Erwägung vor, unsere Anstrengungen zu vereinen, um die Junta zu stürzen und für Chile eine Demokratie zu erobern, die die folgenden Minimalziele sichert:

1. Freiheit für alle politischen Gefangenen, Verschwundenen, Amnestie für alle, die von dem faschistischen Regime verurteilt wurden;
2. Aufhebung des Ausnahmezustands, der Ausgangssperre und der Notstandsverfügungen, die gegen die öffentlichen Freiheiten gerichtet sind;
3. Auflösung der DINA;
4. Aburteilung aller faschistischen Verbrecher durch Gerichte;
5. Rückkehr aller Emigranten bei Garantien für Leben und Freiheit;
6. Wiederherstellung der Rechte aller politischen Parteien, die zum Sturz der Junta beitragen;
7. Wiederherstellung aller gewerkschaftlichen Rechte;
8. volle Garantie für Presse-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit für alle demokratischen Organisationen und Gruppen;
9. Sicherung von Gerichten, die sich in keiner Form während des Terrors, den das Land in diesen Jahren kennengelernt hat, kompromittiert haben und die die legitimen Rechte aller Personen garantieren;
10. Demokratisierung der Streitkräfte auf der Grundlage der Ausrottung des Faschismus und der Wiederaufnahme aller Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten, die unter der Junta ausgestoßen wurden;

11. Aufhebung aller Verfügungen der Junta, die Entschädigungen für Enteignungen vorsehen, und jener Verordnungen, die den Bauern das durch die Bodenreform über-eignete Land wieder raubten;
12. Wiederherstellung der Universitätsautonomie und Beseitigung des faschistischen Einflusses in allen Bildungseinrichtungen, Vertreibung der Agenten der Junta aus diesen Einrichtungen;
13. gerechten Anteil aller Chilenen an der Schaffung und an der Verteilung des Nationaleinkommens, der den Werktätigen und Mittelschichten ein würdiges Lebensniveau sichert;
14. Rückgabe der vollen Souveränität an das Volk und seines Rechtes, über das Schicksal des Landes zu entscheiden.

Gespaltene Basis der Tyrannei

Die Einigung über diese grundlegenden Punkte kann und muß eine unmittelbare Angelegenheit aller antifaschistischen Kräfte sein. Diese Minimalplattform erlaubt, die Aktionseinheit aller, die sich der Diktatur widersetzen, ohne Verzögerung anzuregen. Sie ist eine klare Grundlage für den täglichen Kampf, in den sich das ganze Volk einschalten soll.

Die Sache des chilenischen Volkes war vom Tag des Putsches an ein starker, gemeinsamer Nenner einer gewaltigen weltweiten Solidaritätsbewegung. So wie der Kampf unseres Volkes ein grundlegender Faktor für die innere Isolierung der Junta war, so hat die internationale Zurückweisung entscheidend zur äußeren Isolierung beigetragen. Beide Elemente sind Teil eines einheitlichen Prozesses, der die Basis der Tyrannei unabänderlich gespalten hat. Es ist die Stunde gekommen, die patriotischen Banner der Einheit für die Befreiung des Landes noch weiter zu entfalten.

(Quelle: ADN, Berlin, 28. 3. 1977)



Plakat des Antimperialistischen Solidaritätskomitees

Ivan Ljubetic

Christdemokratie und antifaschistische Opposition in Chile

Die faschistische Diktatur in Chile hält sich nicht nur durch den Terror an der Macht, sondern auch aufgrund der noch nicht vollzogenen Einheit aller antifaschistischen Kräfte. Daher besteht heute für das chilenische Volk die zentrale und dringendste Aufgabe darin, eine strukturierte Einheit der breiten Kreise, die im Widerstand zur Junta stehen, zu erreichen. Auf politischer Ebene bedeutet dies eine Übereinkunft zwischen der Unidad Popular (UP) und der Christdemokratischen Partei (PDC).

In dem Dokument, das die Parteien der Unidad Popular im Dezember 1976 in Chile herausbrachten (Wortlaut in diesem Heft), ruft sie die Christdemokratische Partei dazu auf, sich mit ihr zu vereinigen, um die Diktatur zu stürzen und eine neue Demokratie aufzubauen.

Ist dieses wichtige Abkommen möglich?

Entstehung und Mehrklassencharakter der Christdemokratie

Die „Partido Conservador“ (Konservative Partei), die politische Vertretung der Großgrundbesitzer und Bankiers, entstand 1857. Um 1935 bildete sich in ihr eine Gruppe junger Leute heraus, die sich an sozialchristlichem Gedankengut orientierte. Zu ihr gehörten Bernardo Leighton, Eduardo Frei, Radomiro Tomic, Rafael Agustín Gumucio. 1938 weigerten sie sich, den Präsidentschaftskandidaten der Rechten zu unterstützen und traten aus der Konservativen Partei aus, um die „Falange Nacional“ zu gründen. Wenig später trat ihr die „Partido Corporativo Popular“ bei, die 1932 gegründet worden war und dem Konzept der sozialen Enzykliken der Päpste Leo XIII. und Pius XI. folgte.

Bis 1955 hatte die „Falange Nacional“ nur geringes politisches Gewicht und stellte im Parlament nicht mehr als drei oder vier von 147 Abgeordneten. In jenem Jahr bildete sie mit einer Gruppe Dissidenten aus der „Partido Social Cristiano“ die „Federación Socialcristiana“, die im Juni 1957 zur „Partido Demócrata Cristiano“ (Christdemokratische Partei, PDC), wurde. 1958 trat ihr noch die „Partido Nacional Popular“ bei, 1961 eine große Gruppe der „Partido Agrario Laborista“ und 1964 die „Partido Democrático Nacional“. Durch diese Vielfalt der Gruppierungen wurde der Mehrklassencharakter der Partei bestimmt. Neben einem bedeutenden Kontingent an Arbeitern und besonders Landarbeitern und Kleinbauern, umfaßt sie auch wichtige Teile der Mittelschichten, vornehmlich Techniker, Akademiker und Studenten. Aber auch einflußreiche Kreise der chilenischen Bourgeoisie, insbesondere Bauunternehmer, gehören zu ihren Mitgliedern. Die unterschiedlichen Klasseninteressen innerhalb der Partei hatten zur Folge, daß sich schon sehr bald ein fortschrittlicher und ein reaktionärer Flügel herausbildeten, zwischen denen die Mehrheit hin und her schwankt und so den wechselnden politischen Kurs der Partei mitbestimmt.

Ab 1960 nahm die PDC einen raschen Aufschwung, nicht zuletzt, weil sie dargestellt als die Möglichkeit eines sozialreformistischen „dritten Weges“ zwischen Kapitalismus und

Kommunismus besonders auf das Kleinbürgertum wie auf die wenig politisierten Schichten der Werktätigen und der Landbevölkerung große Anziehungskraft ausübte. Als Alternative zur Verhinderung einer Revolution nach kubanischem Muster wurde sie auch von der Kirche und den proimperialistischen Kräften unterstützt.

Die Regierung von Eduardo Frei

1964 gewann der christdemokratische Kandidat Eduardo Frei die Präsidentschaftswahlen mit absoluter Mehrheit. Sein Wahlkampf war unter den Losungen „Wandlungen in Freiheit“ und „Revolution ohne Schafott“ geführt worden. Seine Regierung widerspiegelte die innerhalb seiner Partei bestehenden widersprüchlichen Tendenzen. Es wurden fortschrittliche Maßnahmen durchgeführt, wie die Organisierung der Stadtbevölkerung in Nachbarschaftsvereinen, die gewerkschaftliche Organisierung der Landarbeiter und die Agrarreform, die jedoch vom reaktionären Teil der Partei gebremst wurde und so keine grundlegende Änderung der Besitzverhältnisse auf dem Land bewirken konnte. Gleichzeitig wurden jedoch Maßnahmen getroffen, die gegen die Interessen des chilenischen Volkes gerichtet waren. Dazu gehört die Bildung gemischter staatlich-privater Gesellschaften mit den Kupfer- und Salpeterkonzernen. Gegen Ende seiner Amtszeit wurde der Regierungskurs Frei immer reaktionärer, und er



Rechter PDC-Führer Frei

ließ sogar bei mehreren Gelegenheiten auf Arbeiter, Bauern und Studenten schießen. Trotz der Bemühungen des fortschrittlichen Flügels der Partei führte die Regierung Frei keinerlei Revolution durch.

Der schon lange schwelende innerparteiliche Konflikt mündete im Juni 1969 in einen offenen Bruch, als die Strategie für die nächsten Präsidentschaftswahlen festgelegt wurde. Die Mehrheit der Parteiführer widersetzte sich einer Zusammenarbeit mit den Volksparteien, worauf eine Gruppe linkschristlicher Funktionäre die Partei verließ und die „Bewegung der Einheitlichen Volksaktion“ (MAPU) gründete. Präsidentschaftskandidat der PDC wurde Radomiro Tomic, der ein Regierungsprogramm vertrat, das in wichtigen Aspekten mit dem der UP übereinstimmte. Nach dem Sieg von Salvador Allende am 4. September 1970 gehörte Tomic zu den ersten, die ihm zu seinem Erfolg gratulierten.

Die Christdemokratie und die Volksregierung

Begünstigt durch eine angemessene Bündnispolitik der UP, gelang es dem fortschrittlichen Flügel der PDC, sich gegen die mit Putschplänen sympathisierende reaktionäre Gruppe um Frei durchzusetzen, und die Partei beschloß, beim Plenarkongreß am 24. Oktober 1970 für Allende zu stimmen¹. So übernahm dieser das Amt des Präsidenten der Republik mit den Stimmen der UP und der PDC.

Während der Volksregierung bemühte sich der fortschrittliche Flügel der PDC ständig um eine Verständigung mit der UP, während die reaktionären Parteischichten eine blinde Opposition befürworteten, die zuletzt zur Verschwörung mit rechts-extremen Kreisen führte. In den ersten sechs Monaten von Allendes Regierungszeit übte die PDC konstruktive Opposition und unterstützte einige Regierungsmaßnahmen wie beispielsweise die Nationalisierung des Kupfers. Doch nach und nach führten die Machenschaften der CIA, der ITT und anderer imperialistischer Organisationen zum Erfolg und in der PDC setzt sich immer stärker die reaktionäre Gruppe um Frei durch. Dazu trugen auch linksextremistische Haltungen von Teilen der Unidad Popular bei.

Im Juli 1971 kam es zum ersten Mal zu einer offenen Zusammenarbeit zwischen der PDC und der extrem rechten Nationalpartei, als sie zu den Parlamentsnachwahlen einen gemeinsamen Kandidaten aufstellten. Dieser Verrat an den fortschrittlichen Prinzipien der Partei bewirkte die zweite Spaltung der Christdemokratie. Eine Gruppe von Parteifunktionären und -mitgliedern trat aus und gründete die Christliche Linke (IC). Doch auch nach dieser erneuten Spaltung blieb die Arbeiter- und Landarbeiterbasis der Partei unverändert.

Das wurde bei den Wahlen zur nationalen Leitung der Zentralgewerkschaft CUT im Mai 1972 deutlich, bei denen die PDC 27 % der Stimmen erreichte (die UP 70 %)². Andererseits haben diese Spaltungen den fortschrittlichen Flügel der Partei geschwächt, so daß der reaktionäre Sektor seinen Einfluß immer weiter ausbauen konnte und ab Mai 1973 deutlich die gesamte Partei kontrollierte. Diese sprach sich in ihrer Mehrheit offen für den Militärputsch aus, in der Annahme, daß die Militärs die angeblich von der UP bedrohte Demokratie retten würden und nach einer nicht länger als sechs Monate dauernden Übergangsperiode die Regierungsgewalt wieder Frei übergeben würden. Die fortschrittlichen Kräfte innerhalb der PDC versuchten dagegen bis zuletzt, einen Staatsstreich zu verhindern. Diesbezüglich erklärte B. Leighton in einer am 11. September 1974 in Amsterdam gehaltenen Rede: „Ich kann persönlich darüber Zeugnis ablegen, daß über konkrete Abkommen (zwischen der UP und der PDC, d. Verf.) verhandelt wurde, als der Staatsstreich geschah“³.

Nur eine kleine Minderheit von 16 fortschrittlichen Parteifunktionären der PDC verurteilte den Putsch vom 11. Sep-



Linker PDC-Führer Leighton, 1975 Opfer eines DINA-Attentats

tember 1973. Zwei Tage nachdem dieser stattgefunden hatte, gaben sie eine Erklärung ab, in der er hieß: „Wir verurteilen entschieden den Sturz des verfassungsmäßigen Präsidenten, Herrn Salvador Allende . . . Wir verneigen uns respektvoll vor dem Opfer seines Lebens, das er in Verteidigung der verfassungsmäßigen Ordnung brachte“⁴. Frei behauptete dagegen in einem Interview mit der spanischen Zeitschrift ABC, das diese am 11. 10. 1973 veröffentlichte, daß Chile „heute keinen anderen rettenden Ausweg als die Regierung der Militärs hat“⁵.

Ironischerweise verabschiedete die Junta am gleichen Tag die Gesetzesverordnung Nr. 78, mit der alle Parteien, die in der Opposition zur Regierung Allendes gestanden hatten – darunter auch die PDC – gezwungen wurden, ihre Tätigkeit einzustellen⁶.

Führende Kreise der PDC waren jedoch auch danach weiterhin überzeugt, daß diese Maßnahme nur vorübergehend gelten würde und befürworteten eine Zusammenarbeit mit der Diktatur. Ein christdemokratischer Minister, vier Staatssekretäre und mindestens 20 wichtige Berater waren bis Ende 1974 für die Junta tätig.

Die PDC unterstützt die Junta

Auch christdemokratische Gewerkschaftsfunktionäre kollaborierten mit der Junta und traten im Ausland als deren Verteidiger auf. Eduardo Ríos, Vorsitzender des Gewerkschaftsverbandes der Hafener- und Seearbeiter Chiles, reiste im November 1973 nach London, um die Internationale Transportgewerkschaft davon abzubringen, einen Warenboykott gegen die Junta durchzuführen. Im Januar 1974 spielte er die gleiche Rolle vor drei „freien“ Weltgewerkschaftszentralen. Im Juni des gleichen Jahres nahm er mit drei weiteren christdemokratischen Gewerkschaftsfunktionären an der Jahreskonferenz der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) teil, wo sie eine deutliche Abfuhr erlitten. Bernardo Leighton, Führer des linken Flügels der PDC, schrieb über dieses Auftreten seiner Parteigenossen vor der ILO: „Für mich war es, wie man sich leicht vorstellen kann, sehr bitter, dieses Schauspiel zu sehen, und es machte mir deutlich, daß es notwendig war, die Anstrengungen zu verstärken, die wie ich auch viele andere Christdemokraten in Chile und im Ausland unternehmen, um den Geist der Christdemokratie zu retten, die sich niemals dazu hergeben kann, den Interessen einer Diktatur zu dienen“⁷.

Trotz der kollaborationsbereiten Haltung der Mehrheit der PDC wurde der Sender der Partei, Radio Balmaceda, ab Juni 1974 einer strengen Zensur unterworfen. Im September 1974 wurde der christdemokratische Abgeordnete Claudio Huepe verhaftet. Daraufhin beschloß der Jugendverband der Partei, nicht an den Feierlichkeiten zum Jahrestag des Putsches teilzunehmen. Am 7. Oktober 1974 verbot die Junta Bernardo Leighton, der im Februar Chile verlassen hatte, ins Land zurückzukehren. Trotzdem gaben am 13. November 1974 Abgeordnete der PDC eine öffentliche Erklärung ab, in der sie sich mit der Junta, die von der XXIX. Vollversammlung der UNO wegen der Verletzung der Menschenrechte verurteilt worden war, solidarisierten.

Übergang der PDC zu einer kritischen Haltung

Am 26. November 1974 wurde der fortschrittliche Christdemokrat Renán Fuentealba, ehemaliger Vorsitzender seiner Partei, verhaftet und innerhalb weniger Stunden außer Landes gebracht. Der Grund hierfür waren einige kritische Bemerkungen über die Lage der Menschenrechte in Chile, die Fuentealba bei einem Interview mit France Presse geäußert hatte. Nach Meinung der Junta waren diese Erklärungen „eine Herausforderung für die Machthaber und mit der Absicht geschehen, den inneren Frieden zu stören, wodurch das internationale Ansehen Chiles in Gefahr gebracht wird“⁸.

Die Ausweisung Fuentealbas bewirkte eine erste Kritik der PDC an der Diktatur. Am 29. November 1974 publizierten 69 Parteifunktionäre und Abgeordnete eine öffentliche Erklärung, in der es hieß: „Es verletzt unsere Würde, daß einer Person sogar das Recht genommen wird, in ihrer eigenen Heimat zu leben, ohne ihr eine einzige Möglichkeit zu geben, sich zu verteidigen“⁹. Zu dieser erstmals kritischen Haltung trug auch die Wirtschaftspolitik der Junta bei, unter der schon lange nicht mehr nur die Arbeiter zu leiden hatten, sondern in immer größerem Ausmaß auch die Mittelschichten und die nichtmonopolistische Bourgeoisie. Konkret auf dieses Problem bezog sich E. Frei in einem Interview, das die Zeitschrift *Ercilla* am 28. 5. 1975 veröffentlichte und in dem er „die Anwendung eines falschen wirtschaftlichen Modells“ durch die Faschisten verantwortlich machte für die schwere Krise, in der sich das Land befand¹⁰. Zwei Tage später tat das Juntamitglied General Leigh seine Analysen als „typisch für einen demagogischen Politiker“ ab¹¹, während Pinochet warnte: „Diejenigen Kreise, die sich nicht der politischen Enthaltbarkeit, die wir verordneten, fügen wollen, müssen wissen, daß wir entschlossen sind, ihren Machenschaften zu begegnen und sie zu vereiteln“¹².

Um ihren Worten Nachdruck zu verleihen, setzten die Faschisten die Zeitschrift *Ercilla*, die dem rechten Flügel der PDC nahe stand, verstärkt unter Druck und weiteten die politische Verfolgung auf die gesamte Partei aus.

Ende Juni 1975 fand in Colonia Tovar, Venezuela, ein Seminar statt, an dem neben Mitgliedern der UP auch die fortschrittlichen Christdemokraten B. Leighton und R. Fuentealba teilnahmen. Als wichtigste Ergebnisse beschloß man, „die Möglichkeiten der Bildung einer Breiten Front zu untersuchen, die das Ziel hat, die Diktatur in Chile zu stürzen“ und „eine Machialternative auf sozialistischer, demokratischer und pluralistischer Grundlage“ zu schaffen¹³.

Damit war ein wichtiger Schritt zur Annäherung von PDC und UP getan. Nach der Möglichkeit einer antifaschistischen Einheit befragt, erklärte Leighton: „Ich persönlich halte sie für möglich und mehr als das noch, für notwendig. Ich glaube jedoch nicht, daß es eine leichte Sache ist und meine, daß man auf die Zeit vertrauen muß“¹⁴.

Das Seminar und die dort gefaßten Beschlüsse waren ganz und gar nicht im Sinne der rechten Kreise der PDC, die immer noch an eine Verständigung mit der Diktatur glaubten. Juan

de Dios Carmona behauptete in einem offenen Brief, daß „dieses Treffen und seine Beschlüsse den chilenischen Prozeß zu einer wahren demokratischen Erneuerung behindern und verzögern“ und forderte den Ausschluß der beiden daran beteiligten Politiker aus der Partei¹⁵. Auch der Vorsitzende der PDC, Patricio Aylwin, lehnte die Ergebnisse von Colonia Tovar ab und sprach sich in einem Brief an R. Fuentealba für die Möglichkeit aus, „zu einer Verständigung zwischen gewissen politischen und sozialen Kräften und den Streitkräften zu kommen, Verständigung die die Marxisten ausschließen würde“¹⁶. Doch das wiederum wurde vom Innenminister der Junta entschieden zurückgewiesen, der erklärte, daß es „keinerlei Anhaltspunkte dafür gibt, um anzunehmen, daß es jetzt oder in der Zukunft zu einer Verständigung zwischen den politischen Kräften und den Streitkräften kommen kann“¹⁷.

Entgegen der antimarxistischen Haltung der Parteileitung war es an der Basis schon lange zu einer Zusammenarbeit von Mitgliedern der Unidad Popular, Christdemokraten und Parteilosen bei konkreten Aktionen gekommen, beispielsweise zur Organisierung von Streiks, um sich gemeinsam gegen den fortschreitenden Verelendungsprozeß zu verteidigen.

Für die Junta bestand die größte Gefahr darin, daß sich auch in der Parteileitung jene Kräfte durchsetzen könnten, die bereit waren, eine breite antifaschistische Front mit der UP einzugehen. Das versuchten sie durch die Beseitigung der möglichen Schlüsselfiguren zu verhindern. Am 6. Oktober 1975 wurde in Rom ein Attentat gegen B. Leighton unternommen, der schwer verletzt wurde, doch mit dem Leben davonkam. In den gleichen Tagen setzte der US-amerikanische FBI Rado miro Tomic und Gabriel Valdés, die sich in den USA befanden, darüber in Kenntnis, daß auch gegen sie Attentate geplant würden, und daß die Brüder Melgoza, bekannte chilenische Faschisten, mit diesem Auftrag eingereist seien.

Freis Formel vom „dritten Weg“

Im Dezember 1975 veröffentlichte Frei unter dem Titel „Das Mandat der Geschichte und die Forderungen der Zukunft“ eine Broschüre, in der er die Junta hart kritisierte und als Lösung die Bildung einer Regierung der „demokratischen“ Kräfte vorschlug, unter Ausschluß der Marxisten. Die Junta verbot den Umlauf der Broschüre, erlaubte dann jedoch eine begrenzte Auflage.

Die von Frei vorgeschlagene Formel entsprach den Wünschen des US-amerikanischen State Departement (Außenministerium), dem das immer schlechtere Image der Pinochet-Diktatur Schwierigkeiten bereitete. Daher wurde sie sofort von der *New York Times* und anderen Nachrichtenblättern aufgenommen und verbreitet. Dagegen standen das Pentagon (Verteidigungsministerium) und andere erzreaktionäre imperialistische Schichten weiterhin hinter der Junta.

Von der UP und anderen demokratischen Kreisen wurde der „dritte Weg“ entschieden abgelehnt. Auch innerhalb der PDC meldeten sich Gegenstimmen. Tomic erklärte, daß „dieses Schema nicht nur eine Illusion sondern Wahnsinn“ sei und unterstrich seine feste Überzeugung, daß es in Chile keinen Ausweg aus der Krise ohne Beteiligung der Marxisten gebe¹⁸.

Die Richtigkeit dieser Anschauung fand im Januar 1976 ihre Bestätigung, als innerhalb der Streitkräfte mehrere der Christdemokratie nahestehende Offiziere einen Putschversuch unternahmen. Die Putschpläne wurden vorzeitig von der DINA aufgedeckt und die daran beteiligten Offiziere, u. a. General Sergio Arellano Stark, ohne viel Aufsehens in den Ruhestand versetzt, da den Streitkräften nichts daran liegen konnte, ihre internen Risse an die Öffentlichkeit zu bringen. So scheiterte der Versuch eines Auswegs hinter dem Rücken des Volkes.

Die Folgen waren eine verstärkte Repression gegen die PDC. In den ersten Monaten 1976 fanden mehrere Aktionen gegen

diese Partei statt: im Ferienhaus von P. Aylwin wurde eine Bombe gelegt, Hunderte christdemokratische Dozenten und Angestellte wurden aus den Universitäten entlassen, die Nr. 2121 der Zeitschrift *Ercilla* wurde eingezogen, Radio Balmaceda für 6 Tage geschlossen und ihr Leiter an einen unwirtlichen Ort in den nördlichen Anden verbannt.

Die PDC in offener Opposition zur Diktatur

Die wirtschaftliche Krise, die verstärkte Verletzung der Menschenrechte und die internationale Isolierung der Junta zwangen die PDC dazu, in offene Opposition zur Junta zu treten. Außerdem hatten auch die rechten Christdemokraten inzwischen einsehen müssen, daß Pinochet die feste Absicht hegte, für immer an der Macht zu bleiben und daß die einzige von den Faschisten geduldete Form der Zusammenarbeit die der völligen Unterwerfung ist. Weder das eine noch das andere konnten sie hinnehmen. Die immer noch mit der Diktatur kollaborierenden Mitglieder wurden aus der Partei ausgeschlossen, darunter am 3. 6. 1976 der ehemalige Verteidigungsminister Freis, Juan de Dios Carmona, wegen seiner Beteiligung am Staatsrat Pinochets, dem Frei bereits am 2. 1. 1976 seine Unterstützung verweigert hatte.

Gleichfalls im Juni 1976 verfaßten vier Rechtsanwälte der PDC und einer der bürgerlichen „Partido de Izquierda Radical“ (Partei der Radikalen Linken – PIR) ein Dokument mit Beweisen über die Verletzung der Menschenrechte in Chile, das sie den Delegierten der in Santiago zusammengetretenen Versammlung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) überreichten (Wortlaut in AIB, Nr. 7–8/1976). Am 6. August 1976 wurden zwei der Verfasser des Dokuments, Jaime Castillo (PDC) und Eugenio Velasco (PIR) verhaftet und außer Landes gewiesen.

Im Dezember 1976 erschütterten zwei Ereignisse das Land: ein Finanzskandal, bewirkt durch den Konkurs mehrerer Finanzgesellschaften, in den auch hohe Regierungsmitglieder wie der persönliche Berater von Pinochet, Jaime Guzmán, verwickelt waren und der Fall von 13 Personen, die in diesem



Widerstand mit Bibelsprüchen: „Herr, gib all den Armen Deines Volkes zu essen!“

Monat von der DINA verhaftet wurden und darauf verschwanden¹⁹. Die PDC nahm dazu eine kritische Haltung ein und prangerte die Ungerechtigkeit und Korruption des Regimes an. Um ihre Stimme zum Schweigen zu bringen, wurde die gesamte Redaktion der Zeitschrift *Ercilla* am 18. Januar 1977 entlassen und zehn Tage später der Radiosender Balmaceda für unbefristete Zeit geschlossen. Die Angriffe der Junta auf die PDC wurden auch im Februar 1977 fortgesetzt, worauf Frei am 21. Februar mit einer Erklärung antwortete, in der er unterstrich: „Niemand hat das Rad der Geschichte festgenagelt und eines Tages werden die Handlungen jener, die solchen Machtmißbrauch betreiben, vom chilenischen Volk gerichtet werden.“²⁰

Das Verbot der PDC

Die Antwort der Junta war die einzig mögliche für eine Diktatur, die ihre Basis schwinden sieht, jedoch nicht bereit ist, die Macht aufzugeben: Ausweitung der Repression. Am 12. März d. J. verabschiedete sie die Gesetzesverordnung Nr. 1697, die alle Parteien verbot, denen am 11. Oktober 1973 verordnet worden war, ihre Tätigkeit „vorübergehend“ einzustellen und den Erlaß 107, der verfügte, daß jede neue Publikation, ganz gleich ob es eine Zeitung, eine Zeitschrift oder ein Buch sei, zuvor polizeilich genehmigt werden müsse.

Dieser Schlag war in erster Linie gegen die PDC gerichtet, die nun auch hinnehmen muß, daß ihre gesamten Güter, die man auf etwa 9 Mio US-Dollar schätzt, enteignet werden. Durch die jüngsten Maßnahmen der Junta wird die PDC, will sie nicht aufhören als Partei zu existieren, gezwungen, in den Untergrund zu gehen. Diese völlig neue Lage, für die sie im Gegensatz zu den Volksparteien keinerlei Erfahrung besitzt, wird ihr zweifellos große Schwierigkeiten bereiten. Für die PDC ist die Einheit mit der UP jetzt nicht nur der einzige Weg, um die Junta zu stürzen, sondern sie stellt heute ihre einzige Überlebenschance dar. Wenn diese Einheit vollzogen wird, wird der Kampf des chilenischen Volkes gegen den Faschismus einen qualitativen Schritt getan haben. Es wird damit der Anfang vom Ende der Diktatur beginnen.

Die Entwicklung in Chile zeigt, daß der Faschismus stets mit antikommunistischen Parolen sowie der Verfolgung der Kommunistischen und anderer Volksparteien beginnt, dann jedoch die Repression auf alle Parteien ausdehnt, und zwar auch auf jene, die ihm mit an die Macht verhalfen – eine Lehre, die nicht vergessen werden sollte.

Anmerkungen:

- 1) Die chilenische Verfassung bestimmt, daß falls keiner der Präsidentschaftskandidaten die absolute Mehrheit erreichen sollte (Allende erhielt 36,3 % der Stimmen) der Plenarkongreß zwischen den ersten beiden Kandidaten mit relativer Mehrheit wählen muß.
- 2) Zur Geschichte der chilenischen Gewerkschaftsbewegung siehe AIB, Nr. 7–8/1976
- 3) *Chile-America*, Rom, Nr. 16–18/März-Mai 1976, S. 56
- 4) *Chile-America*, Nr. 10–11/September-Oktober 1975, S. 166
- 5) *Ercilla*, Santiago, Nr. 1994/17. 10. 1973, S. 14
- 6) Die Parteien der UP waren am 8. 10. 1973 durch die Gesetzesverordnung Nr. 77 verboten worden.
- 7) *Chile-America*, Nr. 3/November 1974, S. 16
- 8) *Chile Democrático*, Rom, Nr. 35/Januar-Februar 1975, S. 22
- 9) Ebenda
- 10) *La Tercera*, Santiago, 31. 5. 1975, S. 2
- 11) Ebenda
- 12) *El Mercurio*, Internationale Ausgabe, Santiago, 2. 6. 1975, S. 3
- 13) *Ercilla* Nr. 2086/23. 7. 1975, S. 9
- 14) *Chile-America* Nr. 16–18/März-Mai 1976, S. 63
- 15) *Ercilla* Nr. 2086/23. 7. 1975, S. 10
- 16) *El Mercurio*, Internationale Ausgabe, 22. 9. 1975, S. 3
- 17) a. a. O., S. 8
- 18) *Boletín Informativo*, Havanna, Nr. 86/8. 3. 1976, S. 25
- 19) Vgl. AIB, Nr. 3/1977
- 20) *La Tercera*, 22. 2. 1977, S. 2

Kirche in Brasilien

Jahrhundertlang war die Kirche auf dem „katholischen Kontinent“ Lateinamerika — etwa 90 % der Bevölkerung sind katholisch getauft — eine feste Stütze oligarchischer und imperialistischer Vorherrschaft. Doch im Zuge der 60er Jahre brachte das Anwachsen sozialer Auseinandersetzungen und revolutionärer Volksbewegungen auch zusehends radikaldemokratische kirchliche Strömungen hervor, repräsentiert durch Persönlichkeiten wie Camillo Torres (1966 ermordeter kolumbianischer Priester, der sich dem Guerillakampf anschloß) oder den brasilianischen Erzbischof Helder Camara, durch Arbeiterpriester und linkschristliche Gruppierungen. Ungeachtet der Tatsache, daß die Mehrheit des lateinamerikanischen Klerus auf gemäßigt reformistischen Positionen verblieb, kristallisierte sich in den 70er Jahren mit dem Übergang der Kirchen Paraguays, Chiles und Brasiliens in eine offene antifaschistische Opposition eine neue Erscheinung heraus.

Zwar hatte die Kirchenleitung Brasiliens schon in den 60er Jahren wiederholt jene Priester und Bischöfe unterstützt, welche terroristische Aktivitäten der herrschenden Militärdiktaturen öffentlich anklagten oder die wie Erzbischof Helder Camara der offiziellen Zensur anheim fielen. Mit dem im Oktober 1976 von der Nationalen Bischofskonferenz verfaßten „Hirtenbrief an das Volk Gottes“ bezog das höchste Organ der Kirche Brasiliens nun erstmals dezidiert gegen die bestehenden Machtverhältnisse, für die Ausgebeuteten, Unterdrückten und Verfolgten Partei. Eine volle Bestätigung und politische Konkretisierung erfuhr diese Oppositionshaltung sodann auf ihrer jüngsten Vollversammlung im Februar d. J. in Indaiatuba, wo die brasilianischen Bischöfe ein Dokument mit dem Titel „Christliche Forderungen an die politische Ordnung“ mit überwältigender Mehrheit verabschiedeten (siehe Auszüge).

Zu den konkreten Anlässen für die Abfassung dieser Erklärungen zählte die Entführung von Adriano Hipolito, Bischof von Nova Iguacu (im Bundesstaat Rio de Janeiro), am 22. September 1976 durch ein bewaffnetes Kommando der Terrororganisation Antikommunistische Allianz. Als „kommunistischer Verbrecher“ beschimpft, wurde der Bischof damals schwer mißhandelt und mit roter Farbe beschmiert auf die Straße geworfen. Das nachstehende Interview stellt Adriano Hipolito als aufrechten Verfechter sozialer Veränderungen und antidiktatorischen Widerstandes vor.

Interview mit Bischof Adriano Hipolito Den Mächtigen standhalten



FRAGE: Dom Adriano, die europäische Presse hat ausführlich über den Gewaltakt, dessen Opfer Sie im September vorigen Jahres in Ihrer Diözese wurden, berichtet. Was können Sie über die Motive der Gruppe sagen, die Sie entführt hat?

ADRIANO HIPOLITO: Hauptsächlich war dies ein Protest gegen die Arbeit der Bewußtseinsbildung des Volkes, die wir in unserer Diözese betreiben. Die Gruppe, die sich während der Entführung klar zu erkennen gab, stellte sich als Antikommunistische Allianz Brasiliens vor. Sie sah in meiner Aktivität Zeichen kommunistischer Ideologie. Ich weise dies entschieden zurück, wie überhaupt jegliche derartige ideologische Übereinstimmung in meinen Aussagen oder in Artikeln unseres Wochenblattes „A Folha“.

Dies alles stört meinen geistigen Frieden nicht. Es ist die Folge meiner Entscheidung, ich habe es vorausgesehen. Bis dahin hatte ich noch nie direkte Drohungen erhalten. Ich rechne jedoch mit weiteren, auch schwereren Drohungen, werde aber Vorsichtsmaßnahmen ergreifen, indem ich mich nicht unnötig der Gefahr aussetze. Zum Beispiel werde ich immer wieder andere Wege nehmen, um von der Kathedrale zurückzukehren. Dies ist eine Art der Verteidigung, die ich anwenden kann. Polizeischutz lehne ich ab, ebenso wie Verteidigung durch die Waffe.

FRAGE: Wie sehen Sie die Entwicklung der Kirche im Nordosten, im Amazonasgebiet und in der Baixada Fluminense?

ADRIANO HIPOLITO: Es waren offensichtlich die Probleme dieser Regionen, die die Kirche zu einem intensiven Überdenken ihrer Rolle und zur Abfassung eines neuen Hir-

tenbriefes veranlaßten. Der Hirtenbrief ist eine Aktion der Kirche zur Befreiung der Menschen im Sinne des Evangeliums. Er ist grundsätzlich auf die menschlichen Probleme ausgerichtet. Der Fehler war früher der, daß diese Problematik in den Rahmen einer recht fatalistischen Einstellung gezwängt wurde, der „Vorsehung“ — in Anführungszeichen — und wenn es zur „Vorsehung“ gehört, daß es immer Arme und Reiche geben soll, so wird es nie eine Möglichkeit zur Änderung geben. Der ganze sakramentale Reichtum der Kirche ist mehr oder minder zum Formalismus verurteilt, ist nur Tradition, äußerlich, rituell und führt zu keiner Veränderung der persönlichen Struktur des Individuums, seiner psychischen Struktur — und am allerwenigsten der sozialen Struktur.

Wahrscheinlich brachte diese soziale Struktur die ganze Dynamik des Kommunismus, des Marxismus, zu einer verstärkten Wirkung. Wir sehen in ihm eine tiefe Besorgnis um den Menschen, trotz der bestehenden Unstimmigkeiten, denn es ist unleugbar, daß fundamentale Differenzen zwischen der marxistischen Ideologie und dem Christentum bestehen.

FRAGE: Wie hat sich Ihre Diözese, Nova Iguacu, in den letzten Jahren entwickelt?

ADRIANO HIPOLITO: Ich würde sagen, die Diözese hat sich gemäß den sozialen Verhältnissen des Volkes entwickelt: Zunächst versucht man den Leuten etwas Selbstbewußtsein zu geben. Sie sollen versuchen, einen Sinn im Leben allgemein und auch in ihrem eigenen Leben zu erkennen, sollen über ihre Rechte und ihre Verantwortlichkeiten Bescheid wissen und lernen, den miserablen sozialen Verhältnissen mit Würde und mit Energie entgegenzutreten. (. . .)

FRAGE: Der Präsident der Deutsch-Brasilianischen Gesellschaft in Bonn, Hermann M. Görgen, sagte, daß der Hirtenbrief der Repräsentativ-Kommission der Nationalen Brasilianischen Bischofskonferenz nicht der Meinung der brasilianischen Bischöfe entspräche.

ADRIANO HIPOLITO: Die Kommission besteht aus 30 Bischöfen, die von den 230 Brasilianischen Bischöfen gewählt wurden. Neben dieser zentralen Kommission, die von allen gewählt wird, gibt es die Repräsentanten der jeweiligen pastoralen Regionen, die von den Bischöfen dieser Regionen gewählt werden. Die Kommission ist deswegen wirklich qualifiziert, das Episkopat zu vertreten, und die Worte von Herrn

Görgen verlieren jeden Sinn.

FRAGE: Könnte die Entscheidung der Kirche, sich gegen die Mächtigen zu stellen, um ihre Mission zu verteidigen, nicht neue Konflikte auslösen?

ADRIANO HIPOLITO: Dies ist ganz offensichtlich und unvermeidbar. Entweder man paßt sich an und geht den Konflikten aus dem Wege, oder man akzeptiert die Mission der Kirche und versucht, dem Zusammenstoß standzuhalten. Die Gruppe an der Macht will das Privileg diese auszuüben behalten und noch vergrößern.

(Quelle: Brasilien-Rundschau, Nr. 4/April 1977)

Brasilianische Bischofskonferenzen Hirtenbrief an das brasilianische Volk

In der jüngsten Zeit geschahen Dinge von so schwerwiegender Bedeutung, daß sie die Kirche und das brasilianische Volk zutiefst erschütterten. Wir beziehen uns in diesem Zusammenhang vor allem auf den Mord an den Geistlichen Pater Rudolfo Lunkenbein und Pater Jao Bosco Penido Burnier, sowie auf die Entführung des Bischofs Adriano Hipolito aus der Diözese Novo Iguaça im Staate Rio de Janeiro. (. . .)

Neben diesen Ereignissen, die einen großen Widerhall gefunden haben, müssen wir noch einmal darauf verweisen, daß in den vergangenen Jahren aus politischen Motiven Verhaftungen vorgenommen wurden; zumeist kam es dabei zu Entführungen, schlechter Behandlung, Folter, Verschwindenlassen von Personen und Mord. (. . .)

Gewalt erzeugt Gewalt. Und die Gewaltanwendung gegen politische Gefangene wurde unter Militärs und Polizeibeamten zu einem allgemein verbreiteten Mittel. Die jüngsten Vorfälle scheinen zweierlei zu beweisen: zum einen die Deformation der brasilianischen Polizeieinheiten und zum anderen die bedeutende Rolle von Terrororganisationen auf dem lateinamerikanischen Kontinent. (. . .)

Angesichts der genannten Tatsachen stellt sich die Frage: Wer ist verantwortlich für die Welle der Perversion, die alarmierende Ausmaße angenommen hat? Was steht hinter all den Verbrechen in unserem Land, die in ihrer Grausamkeit nahezu perfektioniert scheinen? Die bössartige und abscheuliche Verleumdung – sei es anonym oder in aller Öffentlichkeit – von Bischöfen, Priestern und Laien, die als Aufrührer, Agitatoren und Kommunisten bezeichnet werden, wenn sie sich für die Armen, die Gedemütigten, die Gefangenen und die Opfer von Folterungen einsetzen – dies hat das Klima und die Praxis von Gewaltanwendung und Will-

kür noch verstärkt. (. . .)

Die geltende brasilianische Verfassung behauptet, daß „alle Gewalt vom Volke ausgeht und in seinem Namen ausgeübt wird“. Jedoch gibt es auch die gegenteilige Feststellung, der zufolge „der Staat“ seinen Bürgern und dem Volke insgesamt „Freiheit und Menschenrechte gewährt“. Dieser Satz darf uns nicht überraschen, wenn wir uns die Idee vergegenwärtigen, welche die Lehre von der „Nationalen Sicherheit“ inspiriert. Diese hat die brasilianische Regierung seit 1964 ihrem Handeln zugrundegelegt. So entstand ein zunehmend zentralisiertes System, das im gleichen Verhältnis immer weniger mit der Mitbestimmung der Bevölkerung rechnen konnte. (. . .)

Lateinamerikanische Gewaltregimes, die sich auf diese Ideologie (der „Nationalen Sicherheit“) gründen, erklären – im Namen des Kampfes gegen den Kommunismus und um der wirtschaftlichen Entwicklung willen – allen den „antisubversiven Krieg“, die mit der autoritären Organisation der Gesellschaft nicht übereinstimmen.

Das Training für einen solchen „antisubversiven Krieg“ in Lateinamerika gegen den Kommunismus führt nicht nur zu einer wachsenden Verrohung der Beteiligten, sondern erzeugt auch eine neue Art von Fanatismus und eine Atmosphäre von Gewalttätigkeit und Angst. Gedanken- und Pressefreiheit werden geopfert, die Garantie persönlicher Unversehrtheit ist aufgehoben. (. . .)

(Quelle: Hirtenbrief an das Volk Gottes, Nationale Bischofskonferenz von Brasilien. Sitzung der Vertreterkommission, Rio de Janeiro, 19.–25. 10. 1976, hrsg. von: Amnesty International. Brasilien Koordinierungsgruppe 21, Köln 1976)

Christliche Forderung an eine politische Ordnung

Die Marginalisierung hat die Tendenz, sich in dem Maße zu verschärfen, wie die großen Entscheidungen im Sinne der Interessen bestimmter Klassen oder Gruppen getroffen werden und nicht im Sinne der Interessen des ganzen Volkes. . . . Marginalisiert werden heißt draußen, heißt abseits gehalten werden, heißt einen ungerechten Lohn bekommen; heißt, daß einem die Bildung, die medizinische Versorgung, der Kredit genommen werden; heißt in schmutzigen Barracken hausen; heißt durch ungerechte Agrarstrukturen des Landes beraubt werden; heißt Hunger leiden. Marginalisiert werden heißt vor allem, sich aus dieser Lage nicht befreien können. . . . Marginalisiert werden, heißt über keine wirksame Interessenvertretung zu verfügen, um die eigenen Bedürfnisse und Wünsche zu den Entscheidungszentren gelangen zu lassen. . . .

Die politische Mitwirkung ist eine der vornehmsten Formen des Engagements im Dienste der Mitmenschen und des Gemeinwohls. Das Fehlen politischer Bildung hingegen und die Entpolitisierung eines Volkes und vor allem der Jugend. . . . würde die Entäußerung der Freiheit eines Volkes in die Hände der Technokratie eines Systems vorbereiten und schließlich verankern. . . . Von der Mitwirkung darf niemand ausgeschlossen werden, sie kann nicht bestimmten Gruppen uneingeschränkt offenstehen und anderen verschlossen sein, wie zum Beispiel den Studenten, Intellektuellen, Künstlern, Arbeitern, Kleinbauern und Anführern von

Volksbewegungen. . . .

Die Sicherheit als Gut einer Nation ist unvereinbar mit einer permanenten Unsicherheit des Volkes. Diese äußert sich in willkürlichen Unterdrückungsmaßnahmen, ohne Möglichkeiten der Verteidigung, in Zwangsinternierungen, im unerklärlichen Verschwinden von Personen, in entwürdigenden Prozessen und Ermittlungsmethoden, in Gewaltakten terroristischer Untergrundorganisationen, deren Tapferkeit leichtes Spiel hat, in einer häufigen und fast vollständigen Straflosigkeit dieser Gewaltakte. . . .

Die Erfahrung lehrt, daß die wirtschaftliche Entwicklung nicht notwendig soziale Entwicklung bedeutet. Wirtschaftliches Wachstum um jeden Preis führt zu Einkommenskonzentration in einem eng begrenzten Raum und bei wenigen Bevölkerungsschichten. . . . Ein Volk entwickelt sich, wenn es in Freiheit und politischer Mitwirkung wächst, wenn seine Rechte respektiert werden oder wenn es zumindest über die grundlegendsten Mittel der Verteidigung verfügt wie die im habeas corpus enthaltenen; . . . wenn sein Recht auf Information und Austausch der Gedanken nicht von willkürlichen Zensurpraktiken eingeschränkt wird; wenn es in Freiheit diejenigen wählen darf, denen es die Ausübung der Macht übertragen will. . . .

(Quelle: Chile-Nachrichten, Westberlin, Nr. 47/24. 3. 1977, S. 46/47)

Helga Merkelbach/Barbara Pflug „Krieg dem Kommunismus“ auf guatemaltekisch



Seit im Jahre 1954 die progressive Regierung Arbenz gestürzt wurde, gehört Guatemala zu den Ländern Lateinamerikas, die einem fortgesetzten Prozeß der Faschisierung ausgesetzt sind.

Im Verlauf eines 1944 einsetzenden revolutionären Prozesses unter nationalbürgerlicher Hegemonie hatte die Regierung Arbenz eine konsequente Agrarreform eingeleitet, die in ihren Auswirkungen immer stärker die Grundfesten der neokolonialen Beherrschung des Landes durch den US-Imperialismus, die United Fruit Company (UFC) und die mit ihr kooperierenden einheimischen Großgrundbesitzer (sie konzentrieren 70 % des Grundbesitzes in ihren Händen, während sich 80 % der Bevölkerung in 10 % der Anbaufläche teilen), zu erschüttern drohte. In einer für die damalige US-Außenpolitik des „Roll Back“ beispielhaften Aktion griffen die führenden Kreise der USA im Bündnis mit der einheimischen Reaktion in den demokratischen Prozeß des Landes ein und etablierten unter Einsatz eines von der CIA ausgebildeten und der UFC finanzierten Söldnerheeres ein Regierung unter dem US-Günstling Armas, der fortan Stabilität und politische Friedhofsruhe im Sinne seiner Auftraggeber zu garantieren suchte. Armas und die ihm folgenden Regierungen (Fuentes 1958–1963; Azurdia 1963–1966; Montenegro 1966–1970; Arana 1970–1974; Laugerud ab 1974) errichteten unter der Flagge eines hysterischen Antikommunismus ein Herrschaftssystem, auf dessen Konto bis heute über 20 000 ermordete und verschleppte Patrioten gehen¹.

Dieses Herrschaftssystem ist dadurch gekennzeichnet, daß es stets unter der direkten und/oder indirekten Kontrolle einer extrem US-hörigen Militärführung stand. Sie fungierte als das Hauptinstrument der Herrschaft der internationalen, insbesondere der US-Konzerne, die über eine monopolartige

Stellung in der Wirtschaft verfügen, und der mit diesen liierten einheimischen Oligarchie. Als zusätzliches Instrument der Herrschaftsabsicherung schufen die Militärs ein System von Scheinwahlen, das ihnen die „Wahl“ des jeweils gewünschten Präsidentschaftskandidaten garantierte. Die Analphabeten, deren Quote mit 72 % die höchste in ganz Lateinamerika ist², bleiben de facto von den Wahlgängen ausgeschlossen. Überdies muß in Guatemala die Stimmabgabe offen und unter Aufsicht von Militärs erfolgen.

Angesichts eines zusehends erstarkenden Volkswiderstandes überzogen die herrschenden Kreise Guatemala mit einem Netz von privaten faschistischen Organisationen, die als Instrument der Einschüchterung und des Klassenterrors von der Staatsmacht unbehelligt operieren.

Nach Arbenz' erzwungenem Rücktritt übernahm eine Militärjunta die Macht im Lande. In einer Wahlfarce, bei der es nur einen einzigen Kandidaten gab, wurde Armas mit 90 % aller Stimmen zum Präsidenten gewählt. Gemäß seinem Auftrag machte er umgehend die Agrarreformgesetzgebung rückgängig. Das an Kleinbauern und Landarbeiter vergebene Land mußte wieder an die UFC zurückgegeben werden. Die von den demokratischen Kräften 1945 durchgesetzte Verfassung wurde außer Kraft gesetzt.

Mit besonderer Härte ging das Armas-Regime gegen die Organisationen der Arbeiter- und Bauernbewegung vor. Der Allgemeine Gewerkschaftsbund Guatemalas (CGTG) und die Nationale Bauernvereinigung (CNCG) sowie die marxistisch-leninistische Guatemaltekische Partei der Arbeit (PGT), die sich 1949 gegründet hatte, wurden verboten und grausam verfolgt. Die Nationaldemokratische Bewegung (MDN), später in Bewegung der Nationalen Befreiung (MLN) umbenannt, ein Sammelbecken profaschistischer Armasanhänger, das die Interessen der Großgrundbesitzer und der US-freundlichen Großbourgeoisie vertrat und sich auf den reaktionären Klerus und die Armeeführung stützte, wurde mit einer kurzen Unterbrechung von 1966–1970 zur führenden Staatspartei.

Militär: Hauptgarant der Konzerninteressen

Am 26. 7. 1957 wurde Armas von seiner eigenen Leibwache ermordet. Im Oktober desselben Jahres übernahm wiederum eine Militärjunta die Macht, bis im Jahre 1958 mit General Ydigoras Fuentes ein geeigneter Präsidentschaftskandidat zur Verfügung stand. Fuentes, der vor seiner Wahl ein Garantieabkommen für die schon getätigten und zukünftigen Investitionen der US-Monopole zusicherte, wurde, nachdem er bei den Wahlen nicht die absolute Mehrheit gefunden hatte, in einer Stichwahl vom Kongreß bestimmt. Als geeigneter Interessenvertreter der USA bot er sich auch dadurch an, daß er US-Militärstützpunkte auf guatemaltekischem Gebiet zuließ. So errichtete die CIA in der Nordprovinz des Landes El Peten ein Trainingslager, das später als Ausgangsbasis für die Schweinebucht-Invasion gegen die kubanische Revolution diente. Zusätzlich kamen etwa 1 000

Beamte des Pentagon nach Guatemala³. Stolz vermerkt der General dazu in seinen Memoiren: „My War With Communism“ (Mein Krieg mit dem Kommunismus): „Ich arbeitete mit Anti-Castro-Gruppen zusammen, um 2 000 Kubaner zu trainieren und setzte sie gegen die sowjetische Bastion in der Karibik in Marsch.“⁴

Innenpolitisch zeichnete sich seine Regierungszeit dadurch aus, daß er die bis dahin staatlichen Plantagen zu lächerlich niedrigen Preisen in private Hände verschleuderte und mit ihnen die darauf lebenden Landarbeiter. Ausschließlich Kreise der Großgrundbesitzer, des Auslandskapitals und der Großbourgeoisie kamen in den Genuß dieses Ausverkaufs. Als 1959 Abgesandte von 40 Bauern Fuentes bat, ihnen Land auf Kreditbasis zu verkaufen, lehnte der General brüsk ab. Stattdessen verkaufte er das Land an nach dem 2. Weltkrieg enteignete deutsche Nazis und an Politiker aus der Zeit der Diktatur des Generals Ubico (1931–1944)⁵.

Massenvertreibungen von Bauern

Der Konzentrationsprozeß und der Ausverkauf der nationalen Reichtümer wurden mit Brachialgewalt vorangetrieben. Auf der Grundlage eines Dekretes aus dem Jahre 1958 wurden Hunderte von Bauernfamilien von den Ländereien der UFC vertrieben. Die Löhne der teilweise noch in Naturalien (Getreide) bezahlten Tagelöhner wurden heruntergedrückt.

Dies alles führte zu zunehmender Opposition innerhalb der Bevölkerung, die sich auch in der Armee äußerte. Im Mai und November 1960 kam es zu einer Meuterei von national gesinnten Offizieren gegen die Regierung, die allerdings erfolglos blieb. Im selben Jahr formierte sich unter dem Eindruck der siegreichen Revolution in Kuba eine zusehends erstarkende Guerilla-Bewegung. Am 3. November wurden die Bewaffneten Revolutionären Streitkräfte (FAR) geschaffen, die zunächst die Aufgabe hatten, die Bauern vor Übergriffen der Großgrundbesitzer zu schützen. Kurze Zeit später entstand die radikaldemokratische Bewegung des 13. November (MR-13), die aus der Meuterei der Militärs hervorging. Im Jahre 1962 forderte eine Massenbewegung in den Städten den Rücktritt des Präsidenten.

Auf die erstarkende Volksbewegung reagierten die herrschenden Kreise mit der Verschärfung der Repression. Den massenhaft erhobenen Forderungen nach seinem Rücktritt

begegnete Fuentes mit einer Verhaftungswelle und Massakern unter der Bevölkerung. In seinen Memoiren kehrte der General offen seine „Verdienste“ hervor: „Ich schlug einen beginnenden Bürgerkrieg im März, April und Mai 1962 nieder. Im November 1962 warf ich mein Maschinengewehr über die Schulter und schlug eine Rebellion der Luftwaffe nieder.“⁶

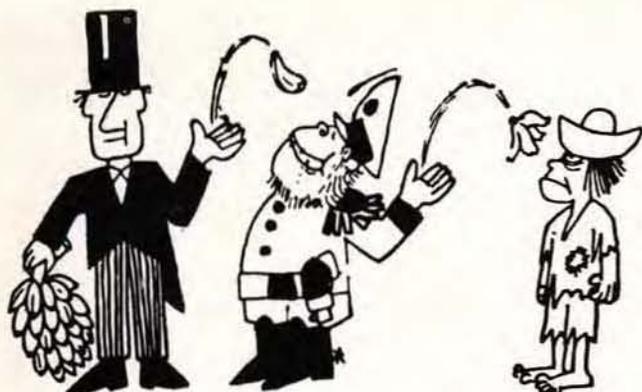
Als im Jahre 1963 Präsidentschaftswahlen vor der Tür standen, griff das Militär noch offener in das politische Leben ein. Es schloß den Arbenz-Vorgänger Arevalo (1945–1951) von der Kandidatur aus und nahm die Einreise des bis dahin im Exil lebenden Ex-Präsidenten als Rechtfertigung für einen Militärputsch. Eine aus Zivilisten und Militärs bestehende Junta, an deren Spitze Oberst Peralta Azurdia, der Landwirtschaftsminister von Fuentes, stand, löste unverzüglich den Kongreß auf und setzte selbst die von Armas 1956 erlassene Verfassung außer Kraft.

Bis 1966 regierte die Militärjunta unter Azurdia. In ihrer Amtszeit erreichte der Volkswiderstand und besonders die Guerillatätigkeit im Nordosten des Landes ein solches Ausmaß, daß sich das Militär gezwungen sah, wieder zu schein-demokratischen Verhältnissen Zuflucht zu nehmen. Es ließ „Wahlen“ veranstalten. Von drei zur Wahl zugelassenen Präsidentschaftskandidaten erhielt Méndez Montenegro die höchste Stimmenzahl. Montenegro war Kandidat der bürgerlich-liberalen Revolutionären Partei (PR), die zwar Mitglied in der Koalition von Arbenz war, aber nach ihrer Wiedezulassung 1957 schrittweise ihre fortschrittlichen Positionen aufgegeben hat. Die Militärs ließen Montenegro erst dann sein Amt antreten, als er die folgenden Bedingungen erfüllt hatte: der „Kommunismus“ wurde für „ungesetzlich“ erklärt; auch die Zusammenarbeit mit „kommunistischen Gruppen“ wurde unter Strafe gestellt; sämtliche Militärs der Regierungsperiode 1944–1954 wurden von ihren Ämtern entfernt.

Während die Militärs ihrer Herrschaft wieder eine „demokratische“ Fassade gaben, eröffneten sie gleichzeitig eine Offensive gegen die erstarkende Guerillabewegung. Unter Leitung von General Arana, der später gerade wegen der hier erworbenen „Verdienste“ Präsident wurde, und mit massiver Unterstützung der USA, die die guatemalteckische Armee sowohl mit 5 Mio Dollar jährlich als auch durch die Ausbildung von Anti-Guerilla-Truppen unterstützten, wurden ganze Dörfer unter dem Vorwand, sie unterstützten die Guerillas dem Erdboden gleichgemacht. Von 1967–1969 wurden



Ermordeter Revolutionär in Guatemala-City;
Guerilla-Gruppe



mehr als 10 000 Bauern getötet⁷.

Überdies errichteten die herrschenden Kreise gerade in dieser „liberalen“ Periode ihr Netz privater Terrororganisationen, deren aktivste und brutalste die 1966 gegründete MANO (Bewegung der Nationalistischen Organisation) ist. Diese faschistischen Terrorgruppen operierten offiziell getrennt von den Staatsorganen, geben so der Regierung die Möglichkeit, sich von deren Verbrechen zu distanzieren, funktionieren damit aber nur umso besser als Unterdrückungsinstrument der herrschenden Klasse gegen die Volksbewegung. Allein zwischen 1966 und 1970 ermordeten die MANO und andere private Banden über 6 000 Menschen, ohne daß der Staatsapparat ernsthaft eingriff.

Diese Entwicklung setzte sich auch in der Regierungszeit Aranas fort, der vom Volk „Schlächter von Zacapa“ (Provinz, in der unter seiner Leitung die meisten Bauern ermordet wurden) genannt wird. Als Sachwalter der Interessen der 1970 in United Brands Company umbenannten UFC erhielt der General bei Amtsantritt rund 2 Mio Dollar zum Ausbau und zur Modernisierung der Polizei und des 12 000 Mann umfassenden Heeres. Die amerikanische Agentur für Internationale Entwicklung (AID) ließ kurz nach Aranas Machtantritt verlauten, es gelte „die Regierung zu stärken, um der Bedrohung durch eine ernstzunehmende aufrührerische kommunistische Bewegung gewachsen zu sein,“ und schoß unverzüglich 447 000 Dollar für die Modernisierung des guatemalteken Polizeiapparates zu. In der Periode Arana fielen dem staatlichen und privat organisierten faschistischen Terror über 5 000 Patrioten zum Opfer⁸.

Todesschwadron: halboffizieller Arm des Terrorregimes

Seit den Jahren 1973/74 erfuhr die politische Entwicklung Guatemalas eine neue Zuspitzung. Einmal nahm die Volksbewegung, deren Massencharakter sich immer stärker ausprägte, einen deutlichen Aufschwung. Zum anderen wurde der faschistische Terror weiter eskaliert und vor allem der Terrorapparat effektiviert. Der nationale Ausverkauf an das ausländische Großkapital erreichte einen neuen Höhepunkt.

Der Kandidat der offiziellen Staatspartei MLN für die Wahlen 1974 und Verteidigungsminister unter Arana, General Kjell Eugenio Laugerud Garcia, konnte gegenüber dem Kandidaten des offiziell zugelassenen Oppositionsbündnisses nur noch durch Wahlfälschung, Abgeordnetenkauf und massiven Druck des Militärs an die Macht gelangen. Der in den USA ausgebildete General, der 1974 den Generalsekretär der PGT, Huberto Alvarado Polanco, ermorden ließ, gab den privaten Terrorbanden weiterhin freie Hand bei ihren Mordzügen gegen die demokratische Bewegung. Diese formierten sich 1974 als Todesschwadron zu einer einzigen Organisation, die enge Beziehungen zu Laugeruds Vizepräsidenten Mario Sandoval Alarcon unterhält.

Im Jahre 1975 peitschte Laugerud ein Gesetz durch den Kongreß, das für ausländische und einheimische Kapitalanlagen

eine Steuerfreiheit von 100 % für 5 Jahre, eine Steuerfreiheit von 50 % für weitere 5 Jahre und eine steuerfreie Einfuhr von Rohstoffen für die verarbeitende Industrie vorsieht⁹. Derartig paradiesische Zustände gibt es für das Auslandskapital nur noch im quasi-kolonialen Puerto Rico. Das ausländische Kapital bemüht sich in Anbetracht dieser Situation seinerseits um noch größere Zugeständnisse. So versuchte der US-Konzern General Tire & Rubber Co. für seine Tochtergesellschaft in Guatemala eine Regelung durchzusetzen, nach der für eine gewisse Periode überhaupt keine anderen Konzerne mit gleichartigem Produktionsprofil zugelassen werden sollten¹⁰.

Wachsende Einheit und Breite des antifaschistischen Volkswiderstandes

Angesichts des wachsenden Terrors, angesichts von 15 000 verschleppten und seither „verschwundenen“ Patrioten und angesichts der Verschleuderung nationaler Reichtümer hat der Volkswiderstand an Breite und Einheit gewonnen. Schon im Jahre 1973 gab es erstmals seit 1954 wieder landesweite Streikaktionen, in die die Lehrer, die Bank- und Verwaltungsangestellten, die Arbeiter der Elektrizitätsgesellschaft, der Druckindustrie, der öffentlichen Verkehrsmittel und andere Gruppen einbezogen waren. Im Jahre 1974 streikten die Eisenbahner. Am 1. Mai 1974 fand erstmals wieder seit 1954 eine Demonstration in der Hauptstadt Guatemala-City statt, an der sich über 50 000 Menschen beteiligten. Um die gewerkschaftlichen Kämpfe stärker zu vereinheitlichen, ist ein Nationaler Gewerkschaftlicher Konsultativrat geschaffen worden¹¹.

Gegen die politische Unterdrückung und die beschleunigte Faschisierung des Landes haben sich unterschiedliche politische Kräfte (Gewerkschafter, Christen, Repräsentanten bürgerlicher Parteien, Kommunisten, Studenten- und Intellektuellenorganisationen) zu einer Front gegen die Gewalt zusammengeschlossen. Dieses Bündnis antifaschistischer Kräfte hat sich zum Ziel gesetzt, die paramilitärischen Banden zu beseitigen, die Voraussetzungen für eine demokratische Entwicklung zu schaffen und für die Wahrnehmung demokratischer Rechte einzutreten. Ein bedeutsames Zeichen für den Vereinheitlichungsprozeß der demokratischen Opposition ist es auch, daß die Guatemaltekeische Partei der Arbeit und die bedeutendste Guerillaorganisation FAR anläßlich eines Treffens am 1. Mai 1974 gemeinsam feststellten, „daß es wichtiger ist, die Gemeinsamkeit zwischen den revolutionären Kräften zu betonen und nicht das Trennende.“¹² Beide Organisationen stimmen darin überein, daß sich unter den gegenwärtigen Bedingungen die Revolution gewaltsam entwickeln und unter Führung der Arbeiterklasse im festen Bündnis mit den Bauern der Diktatur ein Ende bereiten wird.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. zur Entwicklung bis 1954: D. Boris/E. Boris/ L. Stein/W. Ehrhardt, Guatemala. Zur ökonomischen und politischen Entwicklung, in: Marburger Blätter, Nr. 3/1970
- 2) T. und M. Melville, Guatemala – Another Vietnam?, Harmondsworth 1971, S. 304
- 3) Vgl. Horizont, Berlin, Nr. 18/1975
- 4) Zit. nach Melville, a. a. O., S. 143
- 5) Vgl. ebenda, S. 155
- 6) Zit. nach ebenda, S. 143
- 7) Vgl. Horizont, Nr. 16/1973
- 8) Vgl. ebenda
- 9) Vgl. Latin America Economic Report, London, 14. 11. 1975
- 10) Vgl. E. Czaya, Internationale Konzerne und Entwicklungsländer, IPW-Forschungshäfte, Berlin, Nr. 4/1975, S. 76
- 11) Vgl. dazu: M. Rodriguez, Ein Vierteljahrhundert schwerer Prüfungen, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Prag, Nr. 9/1974, S. 1186–1191
- 12) Zit. nach J. Roque, Zentralamerika 1976, in: 3. Welt Magazin, Nr. 2/1977

Seit nunmehr über fünf Jahren währt in Bolivien die militärfaschistische Diktatur General Hugo Banzers. Angesichts der traditionellen Kurzlebigkeit von Regierungen des Landes ist dies eine lange Zeit, ist doch während der über 150 Jahre staatlicher Unabhängigkeit nahezu 190mal das amtierende Regime durch Putsche oder Palastrevolutionen gestürzt worden. Doch kündeten wiederholte, allerdings erfolglose Putschversuche und Volksaufstände der letzten Jahre von der Vertiefung der ökonomisch-sozialen Krise, in die das Banzer-Regime das lateinamerikanische Binnenland geführt hat.

Trotz seiner ertragreichen Bodenschätze und ungeachtet ihrer Schlüsselrolle als Exportware für die nationale Wirtschaft zählt Bolivien heute zu den rückständigsten und ärmsten Ländern Lateinamerikas: 75 % der Einwohner verfügen über ein Jahresprokopfeinkommen von 60 Dollar und die durchschnittliche Lebenserwartung des Bolivianers liegt bei 46 Jahren, die der Bergarbeiter aufgrund der katastrophalen Arbeitsbedingungen sogar noch niedriger. Noch 1975 zählten 55 % der Bevölkerung zu den Analphabeten. Der Anteil der Industrie am Nationaleinkommen erreicht nicht einmal 15 %.

Die Ursachen für die extreme Rückständigkeit aber sind vornehmlich in dem Roll Back der sozialen Errungenschaften zu suchen, die in der Revolutionsperiode der 50er Jahre erkämpft worden waren. Nach einer kurzen reformerischen Zwischenperiode unter Torrez (1970–71) erfuhr dieses gegenrevolutionäre Roll Back mit der militärfaschistischen Herrschaft Banzers eine neuerliche Zuspitzung. Seine ganze Tragweite veranschaulicht ein kursorischer geschichtlicher Rückblick auf die Entwicklung, die Bolivien seit der Revolution von 1952 genommen hat.

Die Revolution von 1952

Der Ausbruch der Revolution von 1952 erfolgte als Ausdruck des seit langen Jahren angestauten Unmuts innerhalb der Bevölkerung, für die sich seit der Erringung der Unabhängigkeit im Jahre 1825 kaum etwas geändert hatte. Die ökonomische und politische Macht lag in den Händen der in- und ausländischen Minen- und Großgrundbesitzer. So verfügten Ende der 40er Jahre etwa 8 % der landwirtschaftlichen Betriebe über 95 % der Gesamtfläche, während etwa 60 % der Landbesitzer nur 0,41 % der Gesamtfläche bewirtschafteten². Der wirtschaftliche Gewinn der großen Zinnminen floß in die Hände dreier Konzerne, Patiño, Aramayo und Hochschild, während die Masse des Volkes in tiefstem Elend dahingevegetierte, den Indios und den Analphabeten nicht einmal die Bürgerrechte zuerkannt wurden.

Die angesichts dieser Bedingungen angestiegene Unzufriedenheit fand 1951 in dem Wahlsieg Victor Paz Estenssoros ihren Ausdruck. Er war Kandidat der 1942 gegründeten Nationalrevolutionären Bewegung (MNR), einer zunächst mittelständischen reformistischen Bewegung, der sich in den folgenden Jahren auch sozialistische und nationalistische Kräfte angeschlossen hatten.

Paz Estenssoro gelang trotz des Wahlsieges die Regierungsübernahme nur mit Hilfe eines bewaffneten Aufstands, der von den Minenarbeitern gemeinsam mit Teilen der Armee, Bauern und Studenten getragen wurde. „Die nationalistische Revolution“ – so D. Boris – „die von ihren Trägern zunächst als Putsch einer Minderheit konzipiert und ausgelöst worden

war, transformierte sich in eine gewaltsame Volks-Revolution.“³

Im Zuge dieses bewaffneten Aufstands kam es zu tiefgehenden Veränderungen in der politischen und ökonomischen Struktur des Landes:

- durch die Agrarreform wurde die Leibeigenschaft abgeschafft und das Land der noch feudalistisch bewirtschafteten Latifundien unter die Bauern verteilt (bis 1967: 8 Mio ha)
- Enteignung der drei „Zinnbarone“; die Leitung der Zinnminen wurde der staatlichen Bergbaugesellschaft COMIBOL (Corporacion Minera de Bolivia) übertragen
- Ersetzung der traditionellen Armee durch Arbeiter- und Bauernmilizen
- Gewährung der Bürgerrechte an Indios und Analphabeten
- Gründung der Bolivianischen Arbeiterzentrale (COB), die sich zur größten Gewerkschaftsvereinigung entwickelte.

Die Durchführung dieser revolutionären Maßnahmen war in erster Linie durch den Druck der bewaffneten Arbeiter und Bauern zustande gekommen. Jedoch die neugebildete Regierung – eine Koalition von Vertretern des MNR unter Leitung Paz Estenssoros mit Vertretern der Minen- und Landarbeitergewerkschaften – zeichnete sich quasi seit Regierungsantritt durch eine widersprüchliche und uneinheitliche Haltung aus.



Putsch-General Banzer

Denn obgleich sich die Machtposition von Paz Estenssoro, der selbst dem nationalistisch-reformistischen Flügel des MNR zuzurechnen ist, nur auf die Basis der Arbeiter und Bauern stützen konnte, war seine Regierungspolitik von Anfang an doch vorrangig auf die industrielle Entwicklung des Landes und damit auf die Stärkung der nationalen Bourgeoisie ausgerichtet.

War es das primäre Ziel der Wirtschaftspolitik Paz Estenssoros, durch stärkeres Eingreifen des Staates in die Wirtschaft, die Monoproduktion und die damit verbundene wirtschaftliche Abhängigkeit des Landes vom Zinnexport aufzuheben, so ließ sich am Ende der ersten (1951–1956) und in noch stärkerem Maße der zweiten Regierungsperiode (1960–1964) von Paz Estenssoros feststellen, daß die ökonomische Abhängigkeit Boliviens vom Ausland noch mehr gewachsen war. Zwar gelang es in den 50er Jahren durch eine verstärkte Investitionstätigkeit im Erdölsektor, in der verarbeitenden Industrie und in der Landwirtschaft, diese zuvor wenig geförderten Bereiche weiter auszubauen, ein Ansteigen des Wirtschaftswachstums war jedoch kaum zu verzeichnen – zumal im Zuge einer tiefen Krise des Zinnexportgeschäfts die Hauptinvestitionsquellen versiegt.

Armeeinsätze gegen die Arbeiter- und Bauernbewegung

Letzten Endes brachte die Verstaatlichung der Zinnminen den enteigneten Besitzern kaum wirtschaftliche Verluste, denn sie erhielten seitens der Regierung äußerst hohe Entschädigungssummen, die noch einen zusätzlichen Gewinn darstellten: Der Ertrag der Zinnminen war in den vergangenen Jahren in erheblichem Maße zurückgegangen. Darüber hinaus konnten sie weiterhin ihren Einfluß auf die Zinnproduktion geltend machen, da Bolivien keine eigene Verhüttungsindustrie besaß (das erste Hüttenwerk wurde 1970 gebaut) und sich die ausländische Verhüttungsindustrie zu einem großen Teil in ihren Händen befand.

Auch die Agrarreform erfuhr nur eine inkonsequente Umsetzung: Die landwirtschaftlichen Flächen waren aufgesplittert in zahlreiche Minifundien, die auf der Basis der Subsistenzwirtschaft existierten; daneben bestanden große kapitalistische Plantagen, während landwirtschaftliche Kooperativen kaum entstanden waren. Eine Integration der Indios in den Wirtschaftsprozeß war auf diese Weise nicht durchführbar.

Angesichts dieser Situation war eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion kaum zu erwarten und ist auch bis heute nur in geringem Maße erreicht worden – Bolivien ist immer noch gezwungen, landwirtschaftliche Produkte vor allem Fleisch und Getreide zu importieren.

Hatte die Revolution von 1952 die traditionelle herrschende Oligarchie, die Vertreter der Bourgeoisie, Großgrundbesitzer und Mineigentümer, entmachtet, so bildete sich nun vor dem Hintergrund der Erdöl- und verarbeitenden Industrie, sowie in den Führungskreisen der verstaatlichten Wirtschaftssektoren eine neue Bourgeoisie heraus, die sowohl in scharfem Widerspruch zur traditionellen einheimischen Oligarchie als auch zu dem an Stärke zunehmenden Proletariat stand.

Die im Zuge der nachrevolutionären Entwicklung einsetzende Kapitalflucht und die immer stärkere Abnahme privater Investitionen sowie die ansteigende Inflationsrate führten schon bald zu einer Wirtschaftskrise. Paz Estenssoro wie auch seine Nachfolger versuchten sie mit ausländischer Unterstützung, in erster Linie der USA, zu lösen; so z. B. durch ein neues Erdölgesetz, in dem das seit 1937 bestehende Staatsmonopol auf Erdöl aufgegeben wurde.

So wich die MNR-Führung zunehmend vor dem starken politisch-ökonomischen Druck vor allem der USA aber auch der inneren Reaktion zurück. Dadurch geriet sie in Konflikte



Gestürzter General Torrez

mit den Gewerkschaften, Bauernverbänden und Studenten, die unter der Inflation und verschlechternden Lebensverhältnissen am empfindlichsten zu leiden hatten und sich durch massive, teilweise bewaffnete Streikaktionen verteidigten. Als Gegengewicht zu den Milizen baute die MNR die Armee wieder auf, die nun auch gegen Streikbewegungen eingesetzt wurde.

1964 wurde die abgewirtschaftete Regierung dann von Heereschef Ovando und Luftwaffenchef Barrientos gestürzt. Unter Barrientos setzte eine Verfolgung der demokratischen Kräfte ein. So wurden 1965, um den Widerstand der gegen die brutale Unterdrückung streikenden Bergarbeiter zu brechen, der Belagerungszustand verhängt und die Armee eingesetzt; über 1 500 Bergarbeiter und Bauer wurden ermordet.

1967 kämpften gegen reguläre bolivianische Truppen Partisaneneinheiten unter der Führung von Che Guevara, der gefangengenommen und ermordet wurde. Im gleichen Jahr wurden bei Besetzungen von Arbeitersiedlungen 21 Arbeiter getötet und 70 verletzt.

Als Barrientos im Frühjahr 1969 tödlich verunglückte, wechselten Militärs in dichter Reihenfolge jeweils durch Umstürze ihre Machtpositionen an der Spitze des Staates. Charakteristisch war eine Politik des Schwankens zwischen den demokratischen fortschrittlichen Interessen des Volkes und der Auslieferung des Landes an die ausländischen Kreditgeber und Importeure, speziell die USA und Brasilien.

Torrez

Im Herbst 1970 verhalfen gewaltige Kampfkationen General Juan José Torrez an die Macht. Seine Regierung unterschied sich von den vorangegangenen durch ein stärkeres Anknüpfen an den Zielen der Revolution von 1952.

Für Torrez stellte die ökonomische und politische Unabhängigkeit Boliviens das entscheidende Ziel seiner politischen Konzeption dar. Er sah sie als Grundlage für eine Verbesserung der Lebensbedingungen des Volkes an, die er mit Hilfe der Arbeiter, Bauern, Studenten und der fortschrittlichen Kräfte des Militärs – die sich bei seinem Regierungsantritt eindeutig auf seine Seite gestellt und damit die Spaltung des Militärs dokumentiert hatten – umsetzen wollte. So plante er u. a. die Nationalisierung aller Grundindustrien, die Errichtung eines staatlich kontrollierten Finanzsystems, eine gerechte Verteilung des Nationaleinkommens zugunsten des Volkes. Etwa ein Drittel aller staatlichen Ausgaben soll-

ten für das bis zu diesem Zeitpunkt nahezu völlig vernachlässigte Bildungswesen ausgegeben werden.

Seine Politik war auf die Interessen des bolivianischen Volkes ausgerichtet; unmittelbar nach Regierungsantritt wurden die Löhne der Bergarbeiter erhöht sowie die gewerkschaftlichen Aktivitäten unterstützt. Diese Orientierung stieß frühzeitig auf den Widerstand in- und ausländischer reaktionärer Kreise, deren Interesse in der Rückeroberung der 1952 verlorenen Positionen bestand.

Tragende Kräfte der Konterrevolution waren die um General Banzer gescharten und mit den Auslandskonzernen liierten Vertreter der Oligarchie, die sich in der Bolivianischen Sozialistischen Falange (FSB)⁴ zusammenschlossen, Vertreter der Nationalrevolutionären Bewegung (MNR) sowie rechte Militärs.

Andererseits lag es im erklärten Interesse der kapitalistischen Kreise Brasiliens und Argentiniens, ihren Einfluß auf den gesamten Südosten des Landes und die Gebiete um Santa Cruz, die über immens hohe wirtschaftliche Ressourcen verfügen, zu verstärken.

Um diese Ziele durchzusetzen, initiierte man einen Wirtschaftskrieg gegen Torrez, wie er in noch weitergehender Weise bald darauf auch gegen die Regierung der Unidad Popular in Chile geführt werden sollte. Maßnahmen der Regierung Torrez wie die Verstaatlichung der Zinkmine Matilde wurden mit einem Abnahme-Boycott durch die früheren Minenbesitzer, die auch den internationalen Zinkmarkt beherrschen, beantwortet. Mit der Verweigerung von Krediten, der Ausweitung der Kapital- und Devisenflucht, dem gezielten Einsatz von Berufsprovokateuren bis hin zu mehrfachen Putschversuchen versuchte man ein politisches Klima zu schaffen, das die Regierung Torrez zum Nachgeben zwingen sollte.

Schließlich war der Sturz der progressiven Regierung Torrez für die reaktionären Kräfte im In- und Ausland auch insofern zu einer dringenden Notwendigkeit geworden, als sich mit Chile, Peru und Bolivien ein gewichtiger antiimperialistischer Staatenblock in Südamerika herauszuschälen begann. Zwischen Chile und Peru stellte Bolivien jedoch die anfälligste Stelle dar: Zum einen, da sich die Regierung Torrez nur zu einer halbherzigen Zusammenarbeit mit den bolivianischen Linkskräften entschließen konnte, die wie-



Banzer's Ordnungstruppe, die "Sozialistische Falange", bei einem Marsch durch La Paz mit Hitlergruß

derum in sich zersplittert blieben und sich mit 15 Parteien ohne einheitliche Führung gegen anwachsende reaktionäre Angriffe nicht effektiv zur Wehr setzen konnten. Zum anderen strebte Torrez mit dem reaktionären Gegenlager nach einem politischen Ausgleich. Deshalb war Boliviens progressives Regime im Dreieck zwischen Peru und Chile die schwächste Stelle und wurde so zugleich zu einem strategischen Ausgangspunkt für den Putsch in Chile.

Auch der durch den Rechtsputsch gegen Torrez von 1971 an die Macht gelangte Präsident General Hugo Banzer-Suarez beruft sich in seiner Regierungspolitik wie seine Vorgänger auf die politischen Ziele der Revolution von 1952. Die politische und ökonomische Entwicklung im Bolivien der vergangenen Jahre hat demgegenüber jedoch deutlich gemacht, daß sich hinter der Banzerschen Doktrin von „Ordnung, Ruhe und Arbeit“ in noch stärkerem Maße als je zuvor nationaler Ausverkauf, Ausbeutung und Unterdrückung verbergen.

Bereits unmittelbar nach dem Putsch von 1971, der einer der blutigsten in der Geschichte Boliviens war, hatte das Banzer-Regime die Gewerkschaften aufgelöst und verboten, zahlreiche Arbeiterführer ermordet oder des Landes verwiesen. 1974 erfolgte dann im Zuge einer Regierungsumbildung die nahezu völlige Ausschaltung der politischen Parteien.

Banzer – General des Auslandskapitals

Etwa 700 000 Bolivianer leben heute außerhalb ihres Landes, Hunderte befinden sich immer noch in Gefängnissen und Lagern. Dabei scheut sich das Regime nicht, oppositionelle Kräfte ins Exil nach Chile auszuweisen, wo sie der Verfolgung und Unterdrückung durch die faschistische Pinochet-Junta ausgeliefert sind¹⁰. Andere politische Gegner läßt Banzer durch Attentate aus dem Weg räumen, so den bolivianischen Botschafter in Paris¹¹ oder den ehemaligen bolivianischen Präsidenten Torrez in seinem argentinischen Exil.

Um den Blick von den innenpolitischen Schwierigkeiten abzulenken, versucht Banzer in den letzten Jahren verstärkt, außenpolitische Fragestellungen zur Anheizung chauvinistischer Stimmungen aufzugreifen, so z. B. das Problem des im Salpeterkrieg gegen Chile verlorengegangenen Zugangs zum Meer, der in einer alljährlich stattfindenden „Woche des Meeres“ zurückgefordert wird.

Trotz des Ausbaus seines Repressionsapparats, an dem der Nazi-Deutsche Klaus Altmann alias Barbie in nicht geringem Maße beteiligt war, ist es Banzer bis auf den heutigen Tag nicht gelungen, den immer wieder aufbrechenden Widerstand des bolivianischen Volkes zu brechen. In den fast sechs Jahren seiner Existenz hat das Regime kaum an Stabilität hinzugewonnen. Deutliche Belege dafür sind der Aufstand der Landarbeiter von Cochabamba zu Beginn des Jahres 1974 oder der erfolgreiche Streik Zehntausender bolivianischer Bergarbeiter für die Wiedereinstellung von ca. 800 Arbeitern der größten Schuhfabrik des Landes im Januar 1976; schließlich der in der Mitte des vergangenen Jahres durchgeführte Streik der Minenarbeiter für eine Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen, der sich, unterstützt durch Boykottaktionen der Studenten an über der Hälfte der bolivianischen Universitäten, zu einem mehrwöchigen Generalstreik ausweitete.

Dagegen versucht Banzer – so die Frankfurter Allgemeine Zeitung – „mit allen uns gesetzlich und – notfalls – auch außerhalb des Gesetzes zur Verfügung stehenden Mitteln“¹² vorzugehen.

So ist die Politik des Banzer-Regimes zum einen dadurch gekennzeichnet, daß es das Land nahezu völlig den ausländischen Kapitalinteressen ausliefert, um das wirtschaftliche Wachstum vorwärtszutreiben. Zum anderen ist Banzer be-



Demonstrierende Zinn-Arbeiter

strebt, sämtliche Organisationen des Volkes zu zerschlagen. Eine der ersten wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung Banzer war die Abwertung des bolivianischen Peso um 66 % im Oktober 1972. Das im Zuge der Abwertung verstärkte Ansteigen der Inflation stellte sich für die in- und ausländischen Unternehmer insofern als positiver Faktor dar, als sie durch Preismanipulationen ihren Gewinn zusätzlich erhöhen konnten, während sich die Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung zusehends verschlechterten. Da die Exportpreise der Rohstoffe auf dem Weltmarkt in erster Linie von den USA und den übrigen kapitalistischen Ländern bestimmt werden, ließ sich dort ein weitaus geringerer Preisanstieg verzeichnen, als bei den von Bolivien zu importierenden Industriegütern. Deren Preise waren durch die Abwertung noch zusätzlich angestiegen und die Regierung griff in zunehmendem Maße auf ausländische Kredite zurück. Diese stetig anwachsende Abhängigkeit des Landes vom ausländischen Markt ging im Innern Boliviens einher mit zusätzlichen Steuererhöhungen für die breiten Massen, erheblichen Preisanstiegen auf Import- aber auch Inlandsprodukte, sowie mit einem zeitweiligen Einfrieren der Löhne.

Seit dem Regierungsantritt Banzers hat sich die Auslandsverschuldung des Landes nahezu vervierfacht und hat im Jahre 1976 die 2 Mrd Dollar Grenze erreicht⁵. Besonders begünstigt vom „Ausverkauf“ des Landes ist der Nachbarstaat Brasilien, dem Bolivien nicht nur in hohem Maße verschuldet ist, sondern das auch darüber hinaus versucht, durch sogenannte Grenzverschiebungen wirtschaftlich relevante Gebiete Boliviens zu annektieren. So drängt Brasilien z. B. auf eine Angliederung von Nordwestbolivien an den brasilianischen Bundesstaat Mato Grosso. Dazu hat sich das brasilianische Geisel-Regime⁶ mit der profaschistischen FSB verbündet, die eine Autonomie dieser Region fordert und deren Führer der bolivianische Außenminister Gutierrez ist. Unterstützt wird diese Politik von den sogenannten Deutschbolivianern, von denen 12 Familien ca. 60 % der bolivianischen Wirtschaft beherrschen und die bereits maßgeblich am Sturz der Regierung Torrez beteiligt waren⁷.

Wichtigster Handelspartner und größte Gläubigernation Boliviens sind ohne Zweifel die USA, doch haben in den vergangenen Jahren auch bundesrepublikanische Wirtschaftskreise ein steigendes Interesse an Bolivien gezeigt. So plant z. B. die Klöckner AG die Errichtung einer Zinkverwertungsanlage⁸; die bolivianischen Importe aus der BRD stie-

gen im Vergleich zu 1974 im Jahre 1975 um 38,7 %, während die Exporte nach Bolivien im selben Zeitraum einen Anstieg von 6,4 % verzeichnen konnten⁹. Ein deutliches Zeichen für die einseitig auf den Export und die ausländischen Kapitalinteressen ausgerichtete Politik Banzers ist die Tatsache, daß auch heute noch etwa 10 % der Gesamtbevölkerung im Bergbausektor (gegenüber Chile 4 %) arbeiten und in der Landwirtschaft (nahezu 60 % gegenüber nur 26 % in Chile) der überwiegende Teil der Bevölkerung immer noch seinen Lebensunterhalt verdient.

Sozialer Niedergang und perfektionierte Repression

Die Mehrheit der Bevölkerung muß ihr Leben unter katastrophalen Lebensbedingungen fristen. So erhöhten sich z. B. nach der letzten Geldabwertung 1976 die Lebenshaltungskosten um weitere 153 %, während die Löhne von über zwei Dritteln der Bevölkerung nur um etwa 100 % angehoben wurden. Im Laufe der Regierungszeit Banzers haben diese Verhältnisse immer wieder zu starken Protesten geführt, die seitens der Regierung mit einer Perfektionierung der Unterdrückungspolitik gegen alle oppositionellen Gruppen durch den militärfaschistischen Machtapparat beantwortet werden. Die Instabilität des Banzer-Regimes zeigt sich aber auch an den immer wieder stattfindenden Regierungsumbesetzungen (zuletzt 1976), die deutlicher Ausdruck dafür sind, daß selbst in den Kreisen der nationalen Bourgeoisie und des Kleinbürgertums die Kritik an der Regierungspolitik immer heftiger wird.

Bereits 1974 schieden die Vertreter des MNR aus der Regierung aus und unterstützten die gegen das Regime gerichteten antidiktatorischen Bewegungen. Die in Argentinien im Exil lebenden Expräsidenten Siles und Torrez, sowie der ehemalige Vizepräsident und Vorsitzender des illegalen Gewerkschaftsdachverbandes COB, Juan Lechin, verkündeten die Bildung einer gegen die Regierung Banzer gerichteten Linksfront, die von der Sozialistischen und Kommunistischen Partei wie auch von dem in Madrid lebenden Expräsidenten Ovando unterstützt wird. Auch seitens der Kirche ist in den letzten Jahren immer wieder gegen die Praktiken der Diktatur protestiert worden.

Einzig politische Kraft, auf die sich Banzer derzeit noch stützen kann, ist die Armee, die aber aufgrund ihrer Spaltung ebenfalls zu schwach ist, um auf die Dauer die Ruhe zu gewährleisten, die von Banzer so häufig gefordert wird. Doch auch den oppositionellen Kräften konnte es bis heute nicht gelingen, eine handlungsfähige Einheitsfront gegen das militärfaschistische Regime aufzubauen. Diese Opposition zu einem einheitlichen Kampf gegen die Diktatur zu führen, stellt sich zur Zeit als eine der wichtigsten Aufgaben der demokratischen Kräfte in Bolivien.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Neue Zürcher Zeitung, Fernausgabe, 1./2. 10. 1976 und Handelsblatt, 30. 12. 1976
- 2) D. Nohlen/F. Nuscheler (Hrsg.), Handbuch der Dritten Welt, Bd. 3, Hamburg 1976, S. 58
- 3) D. Boris, Zur Lage in Bolivien, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 1/1971, S. 56
- 4) Profaschistische Bewegung, die sich vorwiegend aus bolivianischen Armeemitgliedern und Angehörigen der Oberschicht rekrutiert und nach dem Vorbild der spanischen Falange organisiert ist.
- 5) Prensa Latina, Havanna, 26. 3. 1977
- 6) Siehe Beiträge in AIB, Nr. 4/1977
- 7) Vgl. AIB, Nr. 1/1973
- 8) Handelsblatt, 15. 9. 1976
- 9) Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Bolivien. Wirtschaftsdaten (MI-AS/153), Köln, August 1976, S. 17
- 10) Vgl. Neues Deutschland, Berlin, 30. 12. 1976
- 11) Berliner Extra Dienst, 13. 7. 1976
- 12) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2. 2. 1974

Wolfram Brönner/Ulrich Rupp

Paraguay - ein „abhängiger Faschismus“

Von den im Süden Lateinamerikas etablierten militärfaschistischen Diktaturen kann das paraguayische Stroessner-Regime auf die mit Abstand längste Amtsperiode zurückblicken. Mit den am 6. Februar d. J. veranstalteten sogenannten Wahlen zu einer verfassunggebenden Versammlung, für die allein die staatstragende Nationalrepublikanische Partei (Colorado-Partei genannt) kandidierte, wurde die Herrschaft des seit 1954 regierenden Generals Alfredo Stroessner auf Lebenszeit festgeschrieben.

Um dieser Wahlfarce einen Anschein von Legalität zu verleihen und die internationale Anklage gegen die Menschenrechtsverletzungen in Paraguay zu entkräften, hatte man unmittelbar zuvor mit Antonio Maidana, Julio Rojas und Alfredo Alcorta die drei prominentesten Langzeitgefangenen ganz Lateinamerikas nach 19jähriger Haft aus den Verließen des 3. Polizeikommissariats von Asuncion entlassen, sie allerdings unter Hausarrest und Polizeikontrolle gestellt. Ungeachtet dieses Manövers wie auch der Zwangsmaßnahmen und militärischen Überwachung des Wahlvorganges demonstrierte am 6. Februar rund ein Drittel der insgesamt 900 000 Wahlberechtigten (bei 2,8 Mio Einwohnern) mit Stimmenthaltung oder der Abgabe leerer Stimmzettel ihre Ablehnung der Stroessner-Herrschaft¹.

Die Allmacht des Präsidenten Stroessner

Als Oberbefehlshaber der paraguayischen Armee hatte Alfredo Stroessner 1954 internen Fraktionskämpfen der regierenden Colorado-Partei mit einem Putsch der Armee gegen Präsident Frederico Chavez ein Ende gesetzt. Stroessner ging gestützt auf den Militär- und Polizeiapparat daran, in einem achtjährigen Terrorfeldzug nicht nur gegen die Oppositionsparteien sondern zugleich gegen die nichtkonformen Teile der Colorado-Partei und der einheimischen Bourgeoisie seine Alleinherrschaft zu errichten. Von 1958 bis 1973 im Fünfjahresturnus zum Präsidenten gewählt, ist Stroessner Staatsoberhaupt, Regierungschef und Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Ferner ernennt er eigenmächtig die Minister, den ihm beigeordneten „beratenden“ Staatsrat und den Obersten Gerichtshof. Das dem Modell des faschistischen Italien nachempfundene, 1963 installierte Parlament, in dem die stärkste, d. h. die staatstragende Colorado-Partei ohnehin unabhängig von ihrem Stimmenanteil zwei Drittel der Mandate erhält, unterliegt dem Vetorecht des Präsidenten und kann von ihm nach eigenem Ermessen aufgelöst werden.

Selbst Ehrenvorsitzender der nach 1954 rigide gesäuberten Colorado-Partei bestellte Alfredo Stroessner einen General, derzeit Juan Chavez, zum Vorsitzenden und organisierte den Partei- und Staatsapparat nach militärischem Vorbild um. Überdies sind alle Staatsangestellten einschließlich Ärzten und Lehrern verpflichtet, in die Colorado-Partei einzutreten. Um Offizier oder Beamter werden zu können, muß man ebenfalls Mitglied der Staatspartei sein. Die Kommandohöhen von Partei und Staat besetzt eine Allianz von Militärs, Handelsbourgeoisie, Ländoligarchie und Vertretern des Auslandskapitals. Dieses herrschende Bündnis findet sich in dem von Stroessner bestellten Staatsrat wieder, der sich aus Kabinettsmitgliedern, dem Erzbischof und dem Rektor der Universität von Asuncion, dem Präsidenten der Zentralbank und



Wahlpropaganda Stroessners: „Kandidat des Friedens und Fortschritts“

führenden Geschäftsleuten zusammensetzt².

Hauptinstrument der Machtausübung Stroessners ist ein auf 50 000 Mann bezifferter Militär- und Polizeiapparat (Armeestärke 20 000), der allein über ein Drittel des Staatsbudgets verschlingt. Ebenso wie die Colorado-Partei der vollen Kontrolle Stroessners unterworfen, werden aus diesen Organen des militärfaschistischen Staatsapparates sogenannte „antissubversive Brigaden“ gebildet, um Strafexpeditionen, Verschleppungen, Folterungen und Morde auszuführen.

Die gegen jedes demokratische Aufbegehren gerichtete Repression basiert auf den 1955 verfügten Gesetzesverordnungen zur „Verteidigung der Demokratie“ und zur „Verteidigung der politischen und sozialen Ordnung“ sowie dem 1970 erlassenen „Gesetz zur Verteidigung des öffentlichen Friedens und der Freiheit der Person“. Freie Hand schafft der alle 90 Tage verlängerte und seit 1954 ununterbrochen währende Ausnahmezustand, der willkürliche Verhaftungen – so ein Bericht von Amnesty International – mit Artikel 79 der Verfassung zur Norm erhebt: „Jeder Bürger kann auf Anordnung des Präsidenten verhaftet und auf unbestimmte Zeit ohne Anklage und Urteil gefangen gehalten werden.“³ Der Oberste Gerichtshof aber betrachtet sich im Fall von Verhaftungen aus politischem Anlaß für nicht zuständig. Ein weitgefächertes Netz von Agenten und Denunzianten beliefert die Regierungsstellen mit „Informationen“. Die von der Colorado-Partei monopolisierten Massenmedien rechtfertigen Massenverhaftungen und Gewaltakte der Staatsorgane mit dem stereotypen Hinweis, bei den Betroffenen handele es sich um „Kommunisten“ – und seien sie kirchliche Repräsentanten.

Ein fanatischer Antikommunismus gab von Anbeginn das ideologische Gerüst der Stroessner-Herrschaft ab. Im Unterschied zu seinen politischen Zwillingen Pinochet oder Geisel versuchte Stroessner keine nationale faschistische Ideologie wie die brasilianische Doktrin der „Nationalen Sicherheit“ zu konzipieren. Ein plumper Antikommunismus diente dazu, die Regierungspolitik in ihrer Gesamtheit als



1969 verbotene kritische Zeitschrift der Paraguayschen Bischofskonferenz, *Comunidad*

auch bei jeder Einzelmaßnahme zu rechtfertigen. Beispielsweise wurden Massenverhaftungen Mitte 1976 von Stroessner, der sich selbst als „glühenden Hitlerverehrer und Pinochetfreund“ rühmt, mit erfundenen „terroristisch-subversiven Komplotten“ und damit begründet, „Kommunisten“ seien in Paraguay allgegenwärtig. „Wir sind von ihnen umlagert“, so der Fraktionsvorsitzende der Colorado-Partei, Gonzales Alsina. „Wenn unsere Kinder nach Buenos Aires gehen, kommen sie bolschewisiert zurück . . . Genauso gibt es Kommunisten in der Kirche.“ Über Demokratie, so Alsina weiter, könne man erst ab einem jährlichen Prokopfeinkommen von 750 Dollar reden, das heute in Paraguay nicht einmal die Hälfte beträgt.

Kein Wunder, daß sich Paraguay als würdig erwies, Ende März d. J. in Asuncion den 3. Kongreß der Antikommunistischen Konföderation Lateinamerikas unter Vorsitz Alfredo Stroessners und unter Teilnahme des chilenischen Junta-Generals Leigh wie zahlreicher faschistischer Regimes und Organisationen einschließlich exilkubanischer Terrorgruppen zu veranstalten. Ziel dieses wie der vorausgegangenen Treffen vom Januar und Juli 1976 (in Nikaragua und Miami) ist die Institutionalisierung einer kontinentalen Antikommunistischen Allianz und eines faschistischen Staatenblocks in Südamerika⁴.

Freie Bahn für das Pentagon und die US-Konzerne

Jener militante Antikommunismus verband in der Mc-Carthy-Ära der 50er Jahre das Stroessner-Regime von Anbeginn mit den Interessen des US-Imperialismus. Stroessners Unterordnung geht dabei über die Ausbildung der paraguayischen Offiziere in US-Militärschulen der Panamakanalzone oder der Beteiligung paraguayischer Armeeeinheiten an US-Invasionen wie 1965 gegen die Dominikanische Republik hinaus.

Im Rahmen eines Militärhilfeabkommens wurde Washington ermächtigt, auf paraguayischem Boden Militärbasen zu unterhalten und im Falle einer „kommunistischen Bedrohung“ in Paraguay einzumarschieren. Auf ökonomischem Gebiet eröffnete Stroessners bedingungslose Gefolgschaft dem US-Kapital freie Bahn für die Eroberung der wirtschaftlichen Schlüsselpositionen.

Paraguay gehörte nach der Unabhängigkeit 1811 zu den ökonomisch höchstentwickelten Ländern Lateinamerikas, dessen protektionistische Wirtschaftspolitik die dynamische Entwicklung einer staatlichen Industrie und eines florierenden Binnenmarktes förderte. Nach dem von Londoner Großbankiers finanzierten Raubkrieg Argentiniens, Brasiliens und Uruguays (1864–70), in dem die nationale Wirtschaft Paraguays völlig zerstört wurde, beherrschte britisches Kapital die Szene, bevor in den 30er Jahren der um die Interessen der Ölkonzerne gefochtene paraguayisch-bolivianische Chaco-Krieg (1932–35) die Vorherrschaft des US-Kapitals einleitete.

Der unter Stroessner verfügte freie Gewinntransfer (bei 20 % Besteuerung), die Garantie politischer Stabilität und eines niedrigen Lohnniveaus waren trotz des Fehlens attraktiver Bodenschätze wie eines aufnahmefähigen Binnenmarktes oder eines direkten Zugangs zum Meer ausreichende Investitionsanreize. Die Vorherrschaft der vornehmlich US-amerikanischen Auslandskonzerne findet ihren Ausdruck in dem Besitz von 90 % des Bankkapitals, von 80 % des Industrie-sektors und Außenhandelsgeschäfts, von 30 % des nationalen Territoriums und 20 % des Viehbestandes Paraguays. Eine dünne Oberschicht von 5 % der Bevölkerung verfügt über einen 50 %-Anteil am Nationaleinkommen, wohingegen sich 80 % in ganze 30 % des Einkommens teilen müssen. Nicht weniger frappierend ist in diesem rückständigen Agrarland (siehe Daten) die Besitzkonzentration auf dem Lande: 86,6 % des kultivierbaren Bodens sind in Händen der Großgrundbesitzeroligarchie und Auslandskonzerne und mehr als zwei Drittel des Viehbestandes konzentrieren sich im Besitz von 1 % der Produzenten, während sich neben einer wachsenden Zahl von lohnabhängigen Landarbeitern auch die rund 150 000 Klein- und Pachtbauern (unter 5 ha) meist zusätzlich bei den Gutsbesitzern verdingen müssen⁵.

Der herrschende Clan der Militär-Handelsbourgeoisie

Aus der spezifischen Situation Paraguays als reinem Exporteur von Agrarerzeugnissen (rund 95 % des Exportvolumens) und als Zwischenstation der beiden größten Märkte des Kontinents Brasiliens und Argentinien zog schließlich eine überdimensionale große Handelsbourgeoisie Nutzen.

Ein Anteil des Handels- und Dienstleistungssektors von 49 % am Nationaleinkommen Paraguays spiegelt dies ebenso wider wie ein gigantischer Schmuggel, der mit jährlich 1 bis 1,5 Mrd Dollar drei- bis viermal so hoch liegt wie das reguläre Handelsvolumen des Landes. Etwa 2 000 bis 3 000 Familien erreichen bei ihren Schmuggelgeschäften einen Jahresumsatz von durchschnittlich 500 000 Dollar, die vorzugsweise Kaffee, Rinder, Autos, Zigaretten, Alkohol und Drogen wie Kokain (aus Bolivien) und Heroin (aus Nahost) umfassen. „Zofffrei“ importierte Waren wie Kleidung und Nahrungsmitteln führten zum Ruin der ohnehin schwachen, aber auf diese Bereiche kaprizierten nationalen Bourgeoisie (Industrieanteil am Nationaleinkommen 14–16 %).

Mit seinem Machtantritt verdrängte Stroessner systematisch die traditionelle Oligarchie des Handels- und Transportsektors, indem er nach dem Leitspruch „Schmuggel ist der Preis des Friedens“ den führenden Militärs von Heer, Luftwaffe und Marine samt ihren Familien diese Pfründe zuschob. Stroessners Familienclan, voran seine Söhne Alfredo und Gustavo, besitzen Großkaufhäuser, Ladenketten und zahl-

reiche Fabriken zum Vertrieb und zur Umetikettierung brasilianischer Schmuggelwaren. Der zweitmächtigste Mann und Haupttrivale des Diktators, Panzergeneral Andres Rodriguez, den Stroessner soeben mit seiner Tochter verheiratete, gilt gemeinsam mit Geheimdienstchef Coronel Pastor als Kopf des Drogenhandels für die USA. Admiral Hugo Gonzales hat die Waffengeschäfte unter seiner Regie⁶.

Militärkarrieren wurden so gleichbedeutend mit dem Aufstieg in die herrschende Klasse der Handelsbourgeoisie, deren zivile Angehörige meist Mittelsmänner internationaler Konzerne sind.

Das Abbild eines parasitären „abhängigen Faschismus“

Völlig auf ihre parasitären Bedürfnisse und die der Haupt-handelspartner Brasilien, Argentinien, USA und BRD zugeschnitten sind auch die vom Stroessner-Regime als Zeichen des „sozialen Fortschritts“ gepriesenen Infrastrukturprojekte, wie Straßen, Brücken oder der von Brasilien dominierte gemeinsame Bau des Wasserkraftwerkes von Itaipu (Kosten ca. 4 Mrd Dollar). Sie werden weder mit einer eigenständigen Industrialisierung und einem nennenswerten Produktionswachstum noch mit einer Erweiterung des Binnenmarktes bzw. der Steigerung der Konsumfähigkeit der breiten Massen verknüpft. Wohl aber gehen sie einher mit einer beispiellosen Verschleuderung des nationalen Bodens (zum qm-Preis von 0,7 bis 1,2 Pfennig) an westliche Grundstücksspekulanten oder aller Bodenschätze Westparaguays für ein halbes Jahrhundert an die US-„Anschütz“-Corporation. Konsequenz ist eine Auslandsverschuldung von 1976 rund 450 Mio Dollar (gegenüber 1973 noch 202 Mio Dollar), deren Zinstilgung 1980 voraussichtlich einen Anteil am Exportwert von 50 % gegenüber 14 % im Jahre 1960 erreichen wird.

Die sozialen Folgen sind verheerend: Nahezu zwei Drittel der Bevölkerung Paraguays leben mit einem jährlichen Prokopfeinkommen von 40 bis 85 Dollar unter der Armutsgrenze, sind unterernährt und haben eine Lebenserwartung von nur 28 Jahren. Zu einer Dauerarbeitslosigkeit von einem Drittel der Erwerbsfähigen kommen rund 1 Mio Auswanderer, die vorwiegend nach Argentinien gehen, hinzu. Wäh-



Arbeitslose Landarbeiter



rend die Löhne seit 1974 eingefroren sind, stiegen die Inflationsraten und damit die Lebenshaltungskosten von jährlich 14 % (1973) auf nunmehr 32 %⁷.

Diese Zahlen zeichnen ein Abbild extremer Abhängigkeit vom Fremdkapital, einer antinationalen, parasitären Herrschaftsausübung, kurzum: eines zutiefst „abhängigen Faschismus“⁸.

Aufschwung des Arbeiter- und Bauernwiderstandes

Gerade die Auswirkungen der faschistischen Wirtschafts- und Sozialpolitik mobilisierten seit 1973/74 breitesten Volkswiderstand.

Seit Mitte 1973 nahm die Zahl größerer Streiks von Transport-, Industrie- und Landarbeitern spürbar zu, bezog eine Vielzahl von Gewerkschaftsführern unabhängige Positionen gegenüber der korrupten Führung der Gewerkschaftszentrale Konföderation der Werktätigen Paraguays (CTP), die 1958 nach der Durchführung eines Generalstreiks unter Staatskontrolle gestellt und deren Organisatoren, die Führer der Kommunistischen Partei (PCP) Alfredo Alcorta, Antonio Maidana und Julio Rojas verhaftet und ohne Gerichtsurteil bis 1977 eingekerkert worden waren. Die PCP wie die fortschrittlichen Gewerkschaftsverbände Konföderation der Arbeiter Paraguays (COB) und Unabhängige Gewerkschaftsbewegung Paraguays (MSIP) agieren in tiefster Illegalität.

Weiter kam es in den 70er Jahren zu einer Radikalisierung der armen Bauernschaft, die sich mit kirchlicher Unterstützung zunehmend in genossenschaftlich orientierten Agrarligen formierte, welche zur Besetzung von unbebauten Ländereien schritten, angemessene Preise für ihre Produkte fordern und durch Selbstorganisation den wucherischen Zwischenhandel auszuschalten suchen. Die Diktatur antwortete mit „Strafexpeditionen“, durch die – wie im Februar 1975 in Jejui geschehen – die Agrargemeinschaften von Militär- und Polizeikommandos zerstört, geplündert, ihre Mitglieder getötet, verschleppt und gefoltert wurden. Im April 1976 wurden zwei Führer von Bauernverbänden im Beisein ihrer Familien enthaupet⁹.

In der seit den 50er Jahren größten Repressionswelle wurden in den vergangenen zwei Jahren 1500 Oppositionelle inhaftiert und verschleppt (damit liegt die Zahl der politischen Gefangenen über 2 000), darunter der PCP-Sekretär Miguel Angel Soler, Repräsentanten der Studentenbewegung und selbst der seit 1969/70 zu einer oppositionellen Haltung



Antonio Maidana, 1958 als Organisator des Generalstreiks verhaftet und 1977 freigekämpft

übergegangenen katholischen Kirche (u. a. Boykott des Staatsrates durch den Erzbischof von Asuncion). Eine Kommandoaktion im April 1975 gegen die protestantische Misión de Amistad rechtfertigte Verteidigungsminister General Samaniego mit der angeblich völligen Unterwanderung „von der 5. Kolonne des internationalen Kommunismus“.

Bruch mit dem Versöhnertum der quasilegalen Opposition

Sosehr die Hauptstoßrichtung dieser Repressionswelle auf die Vernichtung der Bauernbewegung, der unabhängigen Arbeiter- und Studentenbewegung und der PCP zielt, sowenig macht sie einen Bogen um die 1963 bzw. 1966 zur Errichtung einer „demokratischen Fassade“ zugelassenen Oppositionsparteien. In einem Loyalitätspakt hatte 1963 Stroessner den Führern der bürgerlichen Liberalen Partei 20 der 60 Parlamentssitze (40 stehen den Colorados zu) zugebilligt. Ihr Führer Carlos Levi Rufinelli wurde nach eigenen Aussagen 19mal inhaftiert und siebenmal gefoltert. Genauso erging es der aus einer Abspaltung entstandenen Radikal-Liberalen Partei und Hauptkraft der legalen Opposition, der 1966 zugelassenen sozialdemokratisch orientierten Febrerista-Partei und der kleinbürgerlichen Christlich-Demokratischen Partei, welche nicht zu den Wahlen zugelassen wurde und härtesten Verfolgungen ausgesetzt ist.

Mit dem Aufschwung der Volkskämpfe erstarkten in den jüngsten Jahren die antidiktatorischen, für einen Bruch mit der versöhnlerischen Politik plädierenden Kräfte der Febrerista- und Christlich-Demokratischen wie auch der Radikal-Liberalen, deren Vorsitzender Domingo Laino in- und außerhalb des Parlaments die Freilassung der politischen Gefangenen forderte sowie die Regierungspolitik des nationalen Ausverkaufs an Brasilien und die USA anklagte.

Während indessen die quasilegalen Oppositionsparteien noch immer auf die Taktik des passiven Wahlboykotts (zuletzt mit einem 30 %-Anteil) oder des Hoffens auf einen „rettenden“ Putsch patriotischer Offiziere bauen, hat die Kommunistische Partei die unmittelbare Bildung einer natio-

nen Front der Diktaturgegner vorgeschlagen, welche die Radikal-Liberalen, die Febreristas, die Christlichen Demokraten und Kommunisten bis hin zu oppositionellen Kräften innerhalb der Colorados und des Militärs umfassen sollte. Erste positive Kontakte fanden 1976 zwischen Vertretern der PCP und der Christlich-Demokratischen Partei statt. Erste gemeinsame Aktionen der oppositionellen Bewegung gegen Teuerung, Schmuggel und für die politischen Gefangenen haben zu der durch internationalen Druck erzwungenen Freilassung der insgesamt 40 Eingekerkerten im Februar d. J. beigetragen¹⁰.

Anmerkungen:

- 1) ADN, Berlin, 10. 2. 1977 und Granma, Havanna, 27. 2. 1977
- 2) Vgl. INFO der AGG (Arbeitsgemeinschaft katholischer Studenten- und Hochschulgemeinden), Paraguay – Land ohne Menschenrechte, Bonn, Sondernummer 4/30. 6. 1976, S. 4-7; K. Schäffler, Paraguay, in: D. Nohlen/F. Nuscheler (Hrsg.), Handbuch der Dritten Welt, Bd. 3, Hamburg 1976, S. 371-384; Latin American Roundup (LAR), Paris, Nr. 266/26. 1. 1973, Nr. 268/2. 2. 1973 und Nr. 272/16. 2. 1973
- 3) Zit. nach INFO der AGG, a. a. O., S. 5/6
- 4) Le Monde, Paris, 1./2. 2. 1977; Neues Deutschland, Berlin, 21./22. 8. 1976 und Prensa Latina, Havanna, 29. 3. 1977
- 5) E. Galeano, Die offenen Adern Lateinamerikas, Wuppertal 1973, S. 215-222; D. Nohlen/F. Nuscheler, Handbuch der Dritten Welt, a. a. O.; H. D. Ceuppens, Paraguay año 2000, Asuncion 1971; Afrique Asie, Paris, Nr. 98/15. 12. 1975
- 6) LAR, Nr. 281/23. 3. 1973; Le Monde, a. a. O.; Süddeutsche Zeitung (SZ), 8. 2. und 25. 3. 1977
- 7) Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Paraguay. Wirtschaftliche Entwicklung 1975, Köln, August 1976; Prensa Latina, 29. 3. 1977; H. D. Ceuppens, a. a. O.; Granma, 29. 8. 1976; D. Nohlen/F. Nuscheler, a. a. O., S. 381-384; SZ, 8. 2. 1977
- 8) Zur allgemeinen Charakterisierung des „abhängigen Faschismus“ siehe Beiträge von A. Briones/O. Caputo und Rodney Arismendi in AIB, Nr. 3/1977
- 9) INFO der AGG, a. a. O.; LAR, Nr. 266/26. 1. 1973 und Nr. 268/2. 2. 1973; Frankfurter Rundschau, 26. 3. und 7. 12. 1976
- 10) Junge Kirche, Nr. 8-9/1976; Le Monde, 1./2. 2. 1977; Probleme des Friedens und des Sozialismus, Prag, Nr. 12/1975, S. 1607-1612; Granma, 27. 3. 1977



Programm der FRELIMO-Partei



FRELIMO-Vorsitzender S. Machel auf dem 3. Kongreß

Über den sogenannten „Kongreß des Sieges“ wie der 3. Kongreß der Befreiungsfront von Moçambique (FRELIMO) vom Februar 1977 in Maputo genannt wurde, berichteten wir bereits eingehend in der letzten AIB-Ausgabe.

Zu den herausragenden Ergebnissen dieses Kongresses zählte die Diskussion und Verabschiedung eines Programms, das die Leitlinien der zur Avantgardepartei der Arbeiter und Bauern umgebildeten FRELIMO absteckt. Wir dokumentieren dieses Partei-Programm, das ohne Zweifel zu den fortgeschrittensten Zeugnissen revolutionärer politischer Programmatik in Afrika zählt, in vollem Wortlaut.

Einleitung

Fünfzehn Jahre sind seit der Gründung der FRELIMO vergangen – fünfzehn Jahre voller Kampf, Opfer und Blut. Die Geschichte unserer Organisation ist so eng mit der Geschichte unseres Volkes verbunden, daß es gleichbedeutend ist, von der FRELIMO und vom Kampf des moçambiquanischen Volkes zu sprechen.

Mit der **Gründung der FRELIMO am 25. Juni 1962** und ihrem 1. Kongreß im September desselben Jahres verfügte das moçambiquanische Volk zum ersten Mal in seiner Geschichte über eine Avantgardeorganisation für den vereinten Kampf gegen den portugiesischen Kolonialismus und den Imperialismus. So begann die Schlußphase des jahrhundertelangen Widerstandes unseres Volkes gegen die Fremdherrschaft.

Nur zwei Jahre benötigte die FRELIMO, um die Voraussetzungen für den Beginn des allgemeinen bewaffneten Aufstands am 25. September 1964 zu schaffen. Darin kam die mit der Gründung der FRELIMO geschaffene Einheit aller antiimperialistischen und antikolonialen Kräfte voll zum Tragen.

Mit der Entwicklung des bewaffneten nationalen Befreiungskampfes vertiefte sich der volksverbundene Inhalt unserer

politischen Linie, festigte sich unsere Einheit und gewannen unsere Ziele an Klarheit. Der Feind, der den zunehmenden bewaffneten Volkskampf unter Führung der FRELIMO nicht eindämmen konnte, sah sich zum Rückzug gezwungen. In den Zonen unseres Landes, aus denen die Kolonialisten vertrieben worden waren, begann unser Volk mit dem Aufbau der neuen Gesellschaft. So entstanden die befreiten Gebiete, in denen die FRELIMO den Massen den neuen, fortschrittlichen Kurs wies.

Der **2. Kongreß der FRELIMO**, der **im Juli 1968** in einer besonders komplizierten Kampfsituation stattfand, gab entscheidende Orientierungen für unseren Erfolg und die Verwirklichung der Ziele der nationaldemokratischen Revolution.

Der 2. Kongreß schuf Bedingungen für die richtige Lösung der antagonistischen Widersprüche zwischen den Verteidigern der Interessen der werktätigen Massen und jenen, die den portugiesischen Kolonialismus nur beseitigen wollten, um ihn als Ausbeuterkraft zu ersetzen.

Dieser Kongreß war ein mächtiger Hebel für den siegreichen Vormarsch der Volksmassen. Unter Führung der FRELIMO begannen sie in den befreiten Gebieten, alle Formen der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abzuschaffen und so den bewaffneten Kampf in einen revolutionären Volkskrieg umzuwandeln. Diese Wandlung des Kampfes ermöglichte es den revolutionären Kräften, die fest in den Volksmassen verwurzelt waren, einen eindeutigen Sieg über den portugiesischen Kolonialismus zu erringen und der Jahrhundertwährenden politischen Fremdherrschaft über unser Vaterland ein Ende zu setzen.

Die zentralen Ziele des 1. und 2. FRELIMO-Kongresses wurden vollständig verwirklicht: Unter Führung der FRELIMO hat das moçambiquanische Volk den portugiesischen Kolonialismus voll und ganz besiegt. Unser Vaterland hat die politische Unabhängigkeit errungen, die Strukturen der Unterdrückung und des Feudalismus wurden zerschlagen und die demokratischen Freiheiten auf das ganze Land ausgedehnt.

Als Ergebnis des heroischen Kampfes des moçambiquanischen Volkes unter Führung der FRELIMO entstand die Volksrepublik Moçambique, der erste demokratische, souveräne und unabhängige Staat unseres werktätigen Volkes.

Der **25. Juni 1975**, der Tag der **Proklamation der Volksrepublik Moçambique**, wurde zum Tag des Triumphes der Kämpfer der FRELIMO und des gesamten moçambiquanischen Volkes.

Der Sieg im nationalen Befreiungskampf unter Führung der FRELIMO ist in erster Linie das Ergebnis einer richtigen und klaren politischen Linie, der Existenz einer konsequenten kollektiven Führung, der Anwendung demokratischer Arbeitsmethoden und der volksverbundenen politischen Orientierung der FRELIMO. Das führte zu einer soliden und wirksamen Einheit, die sich auf das gemeinsame Engagement bei der Verteidigung der Volksinteressen gründet. Entscheidend haben zu diesem Sieg auch der Mut und die Entschlossenheit der Kämpfer und des ganzen Volkes beigetragen. Die internationale Solidarität und die enge Zusammenarbeit mit den antikolonialistischen afrikanischen Ländern

und mit unseren natürlichen Verbündeten, den sozialistischen Ländern, sowie mit den antikolonialistischen und antiimperialistischen Organisationen auch der kapitalistischen Welt haben einen wichtigen Anteil an diesem Erfolg.

Die moçambiquanische Revolution ist Bestandteil der revolutionären Weltbewegung. Der Sieg unseres Volkes war ein bedeutender Beitrag zur völligen Befreiung Afrikas und zum Kampf der Völker für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt, gegen Kolonialismus, Rassismus, Neokolonialismus und Imperialismus.

Die neue Lage und die FRELIMO – die Avantgardepartei

Mit der Bildung der Volksrepublik Moçambique wurden die wesentlichen Ziele der nationaldemokratischen Revolution verwirklicht: die politische Unabhängigkeit zu erringen und damit die Fremdherrschaft über unser Vaterland zu beenden, die Strukturen feudaler und kolonialfaschistischer Unterdrückung zu zerschlagen und die demokratischen Freiheiten auf das ganze Land auszudehnen. Auf der inneren wie auf der äußeren Ebene bestehen alle Voraussetzungen, um zur nächsten Etappe der moçambiquanischen Revolution, zur **Etappe der volksdemokratischen Revolution**, überzugehen.

Im Inneren sind die Arbeiterklasse und die Bauernschaft, die heute die politische Macht in unserem Land ausüben, entschlossen, mit dem Erbe der Abhängigkeit und des Elends zu brechen. Sie sind davon überzeugt, daß die wahre Befreiung der Massen erst beginnt, und wollen den Kampf für die ständige Hebung ihres Lebensniveaus, für die wachsende Befriedigung ihrer materiellen und geistigen Bedürfnisse fortsetzen. Die Werktätigen haben seit langem verstanden, daß dieses Ringen untrennbar mit dem Kampf gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, gegen Kapitalismus und Imperialismus verbunden ist.

Im Weltmaßstab leben wir in der historischen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Der Imperialismus, das höchste Stadium des Kapitalismus, befindet sich in der Niedergangsphase und ist an allen Fronten zum Rückzug gezwungen, obwohl er noch über mächtige Kräfte verfügt.

In den sozialistischen Ländern wurde das System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen bereits beseitigt. Hier erbauen die werktätigen Massen unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Parteien die neue Gesellschaft. Diese freien Gebiete unseres Planeten bilden das große strategische Hinterland unseres Kampfes. Das Vorschreiten der sozialistischen Länder in der Innen- und Außenpolitik und ihre konsequenten Friedensbemühungen hindern den Imperialismus heute daran, das Streben der Völker nach Fortschritt und Freiheit durch gewaltsame Aktionen zu ersticken. Die Existenz des mächtigen sozialistischen Weltsystems ist der entscheidende äußere Faktor für den Fortschritt und den Triumph unserer Revolution. In Afrika brechen die letzten Bastionen des Kolonialismus und des Rassismus zusammen. In vielen afrikanischen Ländern gewinnen die fortschrittlichen Kräfte an Boden, und die Ideen des Sozialismus fassen das Ziel der breiten Massen mehr und mehr Fuß.

In den kapitalistischen Ländern bringen die Arbeiterklasse und die anderen werktätigen Massen unter Führung ihrer Avantgardeorganisationen immer stärker ihren Willen zum Ausdruck und tragen dazu bei, das internationale kapitalistische System zu schwächen. In der ganzen Welt verändert sich das Kräfteverhältnis immer mehr zugunsten der Kräfte des Fortschritts, des Friedens und der Demokratie.

Während des ersten Jahres unserer Unabhängigkeit wurde damit begonnen, die Grundlagen für die Errichtung des volksdemokratischen Staates zu schaffen. Die Arbeiterklasse als

führende Klasse unserer Gesellschaft und ihr Hauptverbündeter, die Bauernschaft, haben sich in einem unzerstörbaren Bündnis unter Führung der FRELIMO vereint. Dieses Bündnis bildet heute die **politische Basis der volksdemokratischen Macht**. In diesem Zeitraum wurden die Grundlagen des staatlichen und des genossenschaftlichen Eigentums geschaffen, das zur **ökonomischen Basis** der neuen Macht wird.

Die Errichtung der neuen, volksdemokratischen Ordnung führte dazu, daß sich der Klassenkampf im Lande verschärft hat und die imperialistische Aggression gegen unsere Volksrepublik intensiviert wurde. Deshalb ist es erforderlich, die am revolutionären Prozeß beteiligten sozialen Klassen ideologisch und organisatorisch so zu wappnen, damit sie den Klassenfeind zerschmettern und die Revolution zum Sieg führen können. Die harten Klassenschlachten erfordern, daß sich die Arbeiterklasse im engen Bündnis mit der Bauernschaft und mit den anderen fortschrittlichen Kräften in einer **Avantgardepartei** organisiert, die sich von der wissenschaftlichen Ideologie des Proletariats, dem Marxismus-Leninismus, leiten läßt.

Diese neue Avantgardepartei ist die FRELIMO.

Unter Führung der Arbeiterklasse vereint die FRELIMO in einem freiwilligen und kämpferischen Bündnis auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus die Arbeiter, die Bauernschaft, die Soldaten, die revolutionären Intellektuellen und andere Werktätige, die im Kampf gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, für den Sieg der Volksinteressen gestählt wurden. Die Partei ist die führende Kraft der moçambiquanischen Gesellschaft und des Staates. Die ideologische und theoretische Grundlage für die Entwicklung der Partei sind die Erfahrungen des revolutionären Kampfes des moçambiquanischen Volkes und der Marxismus-Leninismus.

Der demokratische Zentralismus ist das Organisations- und Arbeitsprinzip in der Partei.

Die individuelle und kollektive Disziplin ist eine Grundbedingung für die Existenz der Partei.

Die Partei verteidigt und verwirklicht den proletarischen Internationalismus als eines seiner unveränderlichen Prinzipien. Der Internationalismus ist eine Konstante der Partei.

Ziele der Partei in der Etappe der volksdemokratischen Revolution

Die FRELIMO, unsere avantgardistische Partei, stellt sich das höchste Ziel, eine völlig von der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen befreite Gesellschaft in Moçambique zu errichten, in der sich die materiellen Lebensbedürfnisse des Volkes ständig verbessern und seine sozialen Bedürfnisse in wachsendem Maße befriedigt werden.

Der Weg zu diesem Ziel umfaßt verschiedene Etappen. Die Etappe, die im wesentlichen nach der Erringung der nationalen Unabhängigkeit erfolgreich abgeschlossen wurde, ist die der nationaldemokratischen Revolution. Jetzt nehmen wir die Etappe der volksdemokratischen Revolution in Angriff. Erst nach Errichtung der Volksdemokratie wird es für die moçambiquanischen werktätigen Klassen unter Führung ihrer Avantgardepartei möglich sein, zur nächsten Etappe, der sozialistischen Revolution, überzugehen.

Die Etappe der volksdemokratischen Revolution ist die historische Periode, in der

- alle Formen der Fremdherrschaft über unser Vaterland, insbesondere der ökonomischen Herrschaft, beseitigt werden;
- die Beseitigung aller Überreste der feudal-traditionellen und kolonialkapitalistischen Gesellschaft forciert wird;
- die volksdemokratischen Strukturen auf das ganze Land ausgedehnt und immer mehr gefestigt werden, so daß in nationalem Maßstab eine neue Gesellschaftsordnung entsteht, die sich auf die objektiven Interessen der breiten werktätigen

Massen stützt;

- der Kampf an der Front der Produktion mit dem Ziel verstärkt wird, die elementaren Bedingungen des Volkes, besonders die Bedürfnisse an Nahrung und Kleidung, in wachsendem Maße zu befriedigen;
- die Macht der Arbeiter und der Bauernschaft gefestigt und eine Staatsmacht und ein Staatsapparat von neuem Typus entwickelt werden;
- die Verteidigungskraft des Landes weiter erhöht und Ordnung, Disziplin und Sicherheit innerhalb der Gesellschaft gefestigt werden.

Insgesamt werden in dieser Etappe die politischen, ideologischen, wissenschaftlich-technischen und materiellen Grundlagen für den Übergang zur sozialistischen Revolution geschaffen.

Aufgaben der volksdemokratischen Revolution

Während der volksdemokratischen Revolution realisiert die Partei folgende Aufgaben:

A. Auf politischem und ideologischem Gebiet

1. Die vorrangige Aufgabe bei der Entwicklung der Volksrepublik Moçambique auf dem Weg zum Sozialismus ist es, **Parteiorganisationen** in den Fabriken, den Genossenschaften, den Betrieben, den militärischen und paramilitärischen Organen, den Schulen, den Organen des Staatsapparates, den Gemeinschaftsdörfern und Stadtvierteln und in allen anderen Arbeits- und Wohnstätten zu bilden.



2. Der Einfluß der Partei und ihre führende Rolle sind in allen Bereichen der Gesellschaft zu entwickeln und zu verstärken.

3. Die Entwicklung der neuen, volksdemokratischen Ordnung in der Volksrepublik Moçambique erfordert es, die Rolle jeder Klasse der moçambiquanischen Gesellschaft sowie der gegenseitigen Beziehungen zwischen den verschiedenen Klassen zu bestimmen.

Um die gestellten Ziele zu erreichen, stützt sich die FRELIMO als Avantgardepartei des moçambiquanischen Volkes vor allem auf das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft und strebt an, alle sozialen Kräfte zu gewinnen, die durch ihre Klassenposition für die Ideen der sozialistischen Revolution in Moçambique aufgeschlossen sind.

a) Die Arbeiterklasse ist die führende Klasse der Geschichte. Nur sie ist imstande, den gesamten Umwandlungsprozeß in Natur und Gesellschaft zu erfassen und diesen Prozeß zu fördern und zu leiten. Das erfordert die konsequente Entwicklung und das stetige Anwachsen der politischen Verantwortung dieser Klasse ebenso wie ihren immer bewußteren und

aktiveren Einsatz, die Aufgaben auf gesamtgesellschaftlicher Ebene zu lösen.

Die Partei richtet alle Anstrengungen darauf, die ökonomische und soziale Rolle der Arbeiterklasse zu verstärken und ihr Bündnis vor allem mit der Bauernschaft sowie mit den revolutionären Intellektuellen, den werktätigen Massen und der Gesamtheit der anderen patriotischen Kräfte der moçambiquanischen Gesellschaft wie den Handwerkern und den Kleinrentnern in Landwirtschaft, Handel und Industrie zu festigen.

b) Die **Bauernschaft** ist die zahlenmäßig größte Bevölkerungsschicht – die **Hauptkraft** – unseres Landes. Sie bildet im Bündnis mit der **Arbeiterklasse** – der **führenden Kraft** – die politische Basis der volksdemokratischen Macht.

Die moçambiquanische Bauernschaft hat bereits unermeßliche Beweise ihres Eintretens für die revolutionäre Umgestaltung unserer Gesellschaft geliefert. Während des nationalen Befreiungskampfes bildete die Bauernschaft die Hauptkraft der FRELIMO. In der gegenwärtigen Etappe unserer Revolution wird ein entscheidender Beitrag für die Errichtung der neuen Gesellschaft von der Bauernschaft geleistet, die durch ihre Arbeit in den Genossenschaften, in den großen landwirtschaftlichen Betrieben und auf den in individuellem Besitz befindlichen Feldern die Versorgung des ganzen Volkes und der Industrie sichert.

Obwohl die Anzahl der in die kollektive Arbeit einbezogenen Bauern ständig wächst, verbleibt der größte Teil derselben in der Subsistenzwirtschaft. Aufgabe der Partei und des Staates ist es, diese Bauern aus der Enge der traditionellen Produktion zu befreien und sie zu ermutigen, sich freiwillig an höheren kollektiven Produktions- und Lebensformen zu beteiligen. Es ist auch Aufgabe der Partei und des Staates, vorrangig die Bauern, die an der kollektiven Produktion teilnehmen, zu fördern und zu unterstützen.

Die landwirtschaftlichen Klein- und Mitteleigentümer haben ihren Platz in der moçambiquanischen Wirtschaft in dem Maße, wie sie gebührend zur Versorgung der Bevölkerung beitragen. Die Partei unterstützt die Beteiligung dieser Bauern an kollektiven Produktionsformen.

c) In den Städten der Volksrepublik Moçambique konzentrieren sich die Intellektuellen als Wissenschaft, Technik und Kunst. Die enge Zusammenarbeit mit den fortschrittlichen Intellektuellen entspricht völlig den Zielen der Partei, die auf die Entwicklung einer von Elitedenken freien und ganz dem Dienst am Volk ergebenden Intelligenz gerichtet ist.

d) Die Handwerker und die Kleinrentner erfüllen eine wichtige Funktion auf wirtschaftlichem Gebiet. Sie verspüren die Auswirkungen der Herrschaft ausländischer Monopole über unsere Wirtschaft und insbesondere über ihre Tätigkeit. Sie verfügen nicht über die Bedingungen, um der Konkurrenz zu widerstehen, die ihnen von den großen Gesellschaften aufgezwungen wird. Dieser Umstand hat zur Folge, daß immer mehr Handwerker und Kleinrentner die Notwendigkeit erkennen, sich an der Seite der anderen werktätigen Klassen am Kampf gegen die Monopole zu beteiligen, um damit ihre Perspektive zu sichern. Die Partei unterstützt diese antimonopolistische Haltung der Handwerker und Kleinrentner. Andererseits regen Partei und Staat diese Bevölkerungskreise an, freiwillig in Genossenschaften einzutreten.

4. Die Partei gewinnt die bewußtesten und dynamischsten Teile der Arbeiterklasse, der Bauernschaft, der Verteidigungs- und Sicherheitskräfte Moçambiques, die revolutionären Intellektuellen und andere fortschrittliche Werktätige für ihre Reihen.

5. Auf ideologischem Gebiet führt die Partei weiterhin den Kampf gegen alle negativen Erscheinungen der feudal-traditionellen und der kolonialkapitalistischen Gesellschaft und

für die Herausbildung einer neuen wissenschaftlichen und damit materialistischen Denkweise. Deshalb kämpft die Partei unerbittlich

- für die Festigung der nationalen, der ideologischen und der Klasseneinheit, gegen die auf Spaltung unseres Volkes zielenden Faktoren, namentlich gegen Tribalismus, Regionalismus und Rassismus;
- gegen alle Erscheinungen des feudaltraditionellen Idealismus, besonders gegen den Obskurantismus, den Aberglauben und die reaktionären Traditionen;
- gegen alle Erscheinungen der bürgerlichen Ideologie.

Im ideologischen Kampf nutzt sie die Organisiertheit und die politische Bewußtheit der Volksmassen mit Hilfe der Erfahrungen unseres revolutionären Kampfes und des wissenschaftlichen Sozialismus als Hauptwaffe. Die Partei wird die Verbreitung der Lehren, die sich aus der Zusammenfassung der Erfahrungen unserer Revolution und des Marxismus-Leninismus ergeben, in allen Arbeitsstätten, Bildungseinrichtungen und Wohngebieten fördern.

B. Auf ökonomischem Gebiet

Hauptziel der Wirtschaftspolitik der Volksrepublik Moçambique ist es, die Bedürfnisse des Volkes durch die planmäßige und harmonische Entwicklung der nationalen Wirtschaft, durch die konsequente Nutzung unserer ökonomischen Möglichkeiten und die Entwicklung ökonomischer Beziehungen zu anderen Ländern zu befriedigen, die sich auf den gegenseitigen Vorteil und Achtung sowie die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten gründen.

In der Etappe der volksdemokratischen Revolution zielt die Wirtschaftspolitik der Partei darauf ab, eine unabhängige planmäßige und entwickelte Wirtschaft zu errichten, die imstande ist, die elementaren Bedürfnisse des Volkes zu befriedigen und die Bedingungen für den Übergang zur höheren Etappe der sozialistischen Revolution zu verwirklichen.

Der Entwicklungsstand der Produktivkräfte in unserem Land ist äußerst niedrig, und das Haupthindernis für eine dem Volk dienende ökonomische Entwicklung ist die bestehende Abhängigkeit unserer Wirtschaft von den ausländischen Monopolen.

Deshalb verlangt der Aufbau einer Wirtschaft, die imstande ist, die Grundbedürfnisse unserer werktätigen Bevölkerung zu befriedigen und den Übergang zum Sozialismus zu ermöglichen, mit Notwendigkeit die Beseitigung der kolonialen und neokolonialen Abhängigkeit von den imperialistischen Staaten und den internationalen Monopolen.

Die Hauptaufgaben unserer Partei auf ökonomischem Gebiet sind:

1. alle politischen, wissenschaftlichen und technischen Voraussetzungen für eine ständige Steigerung der Produktion und der Produktivität in allen Sektoren des Wirtschaftslebens zu schaffen. Besondere Aufmerksamkeit werden Partei und Staat der Steigerung der Produktion und der Produktivität in den Sektoren des Ackerbaus, der Viehzucht und der Industrie widmen.

Dabei ist es notwendig, die Werktätigen in kollektiven Formen zu mobilisieren und zu organisieren, politisch, wissenschaftlich und technisch qualifizierte Kader auszubilden und die Produktionstechniken zu modernisieren;

2. den staatlichen Wirtschaftssektor auf den entscheidenden Ebenen des Wirtschaftslebens zu erweitern, zu entwickeln und zu schützen, damit er zum bestimmenden und belebenden Teil der nationalen Wirtschaft wird;

3. den Einfluß des Staates auf die Leitung, Planung und Kontrolle der nationalen Wirtschaft zu steigern, sowohl im staatlichen als auch im privaten Sektor. Es geht um die Garantie, daß die Ressourcen des Landes im Interesse des Volkes genutzt werden. Die vom Kolonialismus ererbten Wirtschaftsstrukturen müssen schrittweise durch dem Volk dienende

Strukturen ersetzt werden, wobei der Staat diesen Prozeß der Organisierung und Belebung der Wirtschaft zu leiten hat. In der Anfangsphase müssen Partei und Staat der Organisierung eines den Massen dienenden Handelssystems besondere Aufmerksamkeit widmen;

4. eine Schwerindustrie als treibender Faktor einer unabhängigen und fortgeschrittenen Wirtschaft zu gründen und zu entwickeln. Das wird die stürmische Entwicklung der Produktivkräfte in allen Wirtschaftssektoren ermöglichen und gleichzeitig entscheidend dazu beitragen, uns aus der gegenwärtigen Situation ökonomischer und technologischer Abhängigkeit zu befreien;

5. die schrittweise Vergesellschaftung der Landwirtschaft zu fördern und die Grundlagen für ihre Industrialisierung zu legen. Partei und Staat werden spezifische und geeignete Strukturen schaffen, um die Durchführung dieser Aufgaben zu gewährleisten. Das genossenschaftliche Eigentum bildet gemeinsam mit dem staatlichen Eigentum die ökonomische Basis der volksdemokratischen Macht;

6. Genossenschaften als Entwicklungsgrundlage der Produktivkräfte auf dem Lande zu bilden und zu unterstützen;

7. die Gemeinschaftsdörfer als wertvolles Instrument der moçambiquanischen Revolution zu fördern und zu entwickeln. Sie sind das Modell des auf kollektiver Produktion basierenden kollektiven Lebens, das wir in unserem Land einführen wollen. Sie tragen entscheidend dazu bei, die Macht des Bündnisses von Arbeitern und Bauern in den Landgebieten in die Praxis umzusetzen;

8. eine ausgeglichene und harmonische Entwicklung aller Teile des nationalen Territoriums zur Beseitigung des uns vom Kolonialismus hinterlassenen regionalen Ungleichgewichts zu fördern;

9. Privatinitiative bei der ökonomischen Entwicklung im Einklang mit den Grundsätzen und Prioritäten des Volkswirtschaftsplanes zu steuern;

10. eine neue Steuerpolitik zu praktizieren, die vorrangig den Interessen der arbeitenden Klassen Rechnung trägt. Die Steuern müssen progressiv sein und die Kapitalerträge stärker besteuert werden als die Arbeitseinkommen. Der staatliche Wirtschaftssektor wird tendenziell zur wichtigsten Einnahmequelle des Staates werden;

11. eine Kreditpolitik zur wirksamen Unterstützung der entscheidenden Sektoren unserer Wirtschaft durchzuführen. Das betrifft insbesondere die staatlichen Betriebe und die Genossenschaften in Landwirtschaft, Industrie und Handel;



12. Spargewohnheiten bei unserem Volk auszubilden, um unsere innere Akkumulation zu steigern. Das soll vor allem durch die politische Mobilisierung des ganzen Volkes und politische und administrative Maßnahmen im Sinne strenger Sparsamkeit und der Ausmerzungen überflüssiger Ausgaben geschehen.

C. Auf dem Gebiet der Arbeit und der Sozialpolitik

Das Ziel der Partei auf dem Felde der Arbeit und der Sozialpolitik besteht darin, die Bedingungen zu schaffen, um die Würde der Arbeit wiederherzustellen und sicherzustellen, daß die Arbeit die vorwärtstreibende Kraft der gesellschaftlichen Entwicklung und das Kriterium für die Verteilung der Produktionsergebnisse wird. Von daher ergeben sich als Hauptziele der Partei:

1. eine Politik zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit festzulegen und anzuwenden. Mit der Erweiterung der agrarischen und industriellen Produktion im Rahmen des staatlichen Plans muß man zur Vermehrung der Zahl der aktiven Werktätigen kommen;

2. den Prozeß der Schaffung von Arbeiterorganisationen leiten und stimulieren, die die Fähigkeit besitzen, eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung des politischen Bewußtseins und bei der Verteidigung der Interessen der werktätigen Klassen und Schichten zu spielen;

3. die organisierte Initiative der Werktätigen anzuregen und den Geist des sozialistischen Wettbewerbs als Form der Erhöhung der Produktivität der Arbeit anzuspornen;

4. auf der Grundlage von Arbeitsnormen, unter Berücksichtigung der konkreten Situation, das Prinzip „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Arbeit“ schrittweise anzuwenden;

5. den Staat auf die Beseitigung der altersabhängigen Lohndiskriminierung zu orientieren, die zur zügellosen Ausbeutung der jungen Werktätigen führt;

6. die Arbeiterklasse, die Bauernschaft und alle Werktätigen mit den unerläßlichen politischen, technischen und wissenschaftlichen Kenntnissen zur harmonischen Entwicklung der Gesellschaft auszurüsten.

Die Partei widmet der schnellen Ausbildung einer großen Zahl wissenschaftlicher und technischer Kader, die imstande sind, die rasche Entwicklung unserer Gesellschaft auf dem Wege des Sozialismus zu gewährleisten, vorrangige Aufmerksamkeit. Ohne diese Kader, die die fortgeschrittenste Technologie meistern und die Komplexität der gesellschaftlichen Entwicklung erfassen können, ist der Aufbau des Sozialismus nicht möglich. In diesem Sinne müssen neben der Kaderausbildung an den Schulen, den Spezialinstituten und der Universität in allen mittleren und großen Betrieben Weiterbildungskurse für die Werktätigen organisiert werden. Die berufsbildenden Lehrgänge müssen den politischen, ökonomischen und ideologischen Zielen der neuen Gesellschaft entsprechen. Berufsorientierung und -qualifizierung haben sich durch größte Übereinstimmung zwischen dem Bedarf des Landes und den Fähigkeiten jedes einzelnen auszuzeichnen;

7. Bedingungen zu schaffen, daß allen Werktätigen bei Krankheit, Invalidität bzw. im Alter wirksame Unterstützung gewährleistet werden kann. Besondere Fürsorge ist den berufstätigen Müttern sowie berufstätigen Frauen während der Schwangerschaft zu gewähren;

8. den Kampf für die wahrhaftige Emanzipation der Frau zu leiten und zu verstärken.

Die Emanzipation der Frau ist eines der vorrangigen Ziele der Sozialpolitik der Partei. In diesem Sinne kämpft sie darum, die Praktiken der Frauendiskriminierung auszumerzen und die Frau in allen Entscheidungsbereichen der Gesell-

schaft mitwirken zu lassen.

D. Auf dem Gebiet des Gesundheitswesens

Eine zentrale Aufgabe der Partei besteht darin, ein Gesundheitssystem zu organisieren, das dem moçambiquanischen Volk dient. Die Partei sorgt sich darum, daß das große revolutionäre Potential, das die Gesundheit der Massen verkörpert, ständig geschützt und verbessert wird. Zu diesem Zweck orientiert die Partei darauf,

a) den nationalen Gesundheitsdienst, seine Strukturen und Dienste auf alle Teile des Landes auszudehnen;

b) auf dem Gebiet der vorbeugenden Medizin Bedingungen für die Entwicklung der sanitären und ernährungswissenschaftlichen Erziehung der Massen, die Sauberhaltung der Umwelt, den Schutz von Mutter und Kind, den Kampf gegen vermeidbare Krankheiten und für die Organisation eines Schulgesundheitsdienstes und eines arbeitsmedizinischen Dienstes zu schaffen;

c) einen heilmedizinischen Dienst in ländlichen Zonen wie in den städtischen zu organisieren und zu leiten und die Einrichtung von medizinischen Stationen der ländlichen Zonen vorrangig zu unterstützen;

d) eine nationale Politik zur Bekämpfung der großen Epidemien, die unser Volk geißeln, auszuarbeiten und durchzuführen. Um diese Ziele erreichen zu können, werden Partei und Staat Bedingungen schaffen, um begabtes Personal mit guter technischer Ausbildung, das vom Volk geachtet und respektiert wird, auszubilden.

9. die Wohnbedingungen des Volkes ständig zu verbessern. In den ländlichen Gebieten schaffen dafür die Gemeinschaftsdörfer die wesentlichen Voraussetzungen.

10. Strukturen zu schaffen und zu entwickeln, deren Aufgabe es ist, für die Werktätigen und ihre Familien eine sinnvolle Freizeitgestaltung und Erholung zu organisieren.

E. Auf dem Gebiet der Erziehung und Kultur

Der Sieg der Revolution ist grundlegend von der Herausbildung des neuen Menschen und der Schaffung und Entwicklung einer neuen Denkweise abhängig. In diesem Zusammenhang widmet die Partei der Erziehung und der Kultur besondere Aufmerksamkeit, denn in diesen beiden Bereichen formiert sich der neue Menschentyp, der frei vom Obskurantismus und imstande ist, sich die ihm vermittelten politischen, wissenschaftlichen, technischen und kulturellen Kenntnisse kritisch anzueignen. Es geht um einen neuen Menschen, der sein Vaterland über alles liebt, seine Arbeit achtet – vor allem die manuelle Tätigkeit – und der die Grundlagen des sozialistischen Bewußtseins besitzt.

Die zentralen Ziele der Partei auf erzieherischem und kulturellem Gebiet sind:

● Bildung, Erziehung und Kultur den breiten Massen zugänglich und dienstbar zu machen, indem energisch und systematisch gegen das schwere Erbe gekämpft wird, das uns der Kolonialismus hinterlassen hat: Analphabetismus, Unwissenheit und Obskurantismus;

● alle Moçambiquaner im Geiste der wissenschaftlichen Weltanschauung zu erziehen sowie unsere revolutionären Erfahrungen, die wissenschaftliche Ideologie des Proletariats und die materialistische und kollektive Ideologie zu vermitteln.

1. **Im Bereich des Unterrichts** fördert die Partei die Verbreitung politischer, technischer und wissenschaftlicher Kenntnisse, um die schöpferische Initiative aller freizusetzen und die Begabung jedes einzelnen zu nutzen, um die Natur und das menschliche Potential für die Entwicklung der moçambiquanischen Gesellschaft zu mobilisieren. In diesem Bereich stellt die Partei als Hauptaufgaben:

a) das gesamte Unterrichtswesen anzuleiten und zu kontrol-

lieren, wobei der Alphabetisierung unseres Volkes, der Ausbildung von Arbeiter- und Bauernsöhnen auf allen Stufen des Bildungswesens, der massenweisen, schnellen und qualifizierten Ausbildung von Lehrkräften für alle Stufen und Zweige des Unterrichts, der schnellen Heranbildung wissenschaftlicher und technischer Kader und der Durchführung von Fachkursen in den Arbeitsstätten, besonders in den Fabriken, in den Genossenschaften und in den Gemeinschaftsdörfern, Vorrang zu geben ist;

b) die wissenschaftliche und technologische Forschungsarbeit im Einklang mit den Erfordernissen der Entwicklung des Landes zu fördern.

2. Im Bereich der Kultur fördert die Partei alle kulturellen Ausdrucksformen des moçambiquanischen Volkes, indem sie ihnen revolutionären Inhalt verleiht und sie auf nationaler und internationaler Ebene verbreitet, um spezifische moçambiquanische Eigenheiten herauszustellen. Unter der Leitung der Partei ist die Kultur eine wertvolle Waffe für die revolutionäre Erziehung unseres Volkes und dadurch im ideologischen Kampf.

Die Hauptaufgaben der Partei im Bereich der Kultur bestehen darin,

2.1 die künstlerische Betätigung der Volksmassen anzuregen und anzuleiten.

Die Partei schafft Voraussetzungen dafür, daß

a) sich die literarische Betätigung, die bildenden Künste, die Musik und die Theaterkunst, die Malerei, der Tanz und die Bildung von Chor- und Instrumentalgruppen entwickeln;

b) alljährlich Literaturwettbewerbe, Ausstellungen der bildenden Künste, Seminare, Konferenzen usw. veranstaltet werden;

c) die traditionellen Folkloreinstrumente benutzt und verbreitet werden;

d) alle Elemente des kulturellen Ausdrucks unseres Volkes studiert und bewahrt werden. In dieser Hinsicht sind die Sammlung mündlich überlieferter Traditionen und deren Studium von besonderer Bedeutung. Spezielle Aufmerksamkeit widmet die Partei der Erhaltung und Wiederherstellung der gegenwärtig existierenden Museen wie auch der Gründung neuer Museen zur Pflege der kulturellen, historischen und revolutionären Traditionen unseres Volkes;

e) auf Landesebene ein Netz von Volksbuchhandlungen und -bibliotheken geschaffen wird, durch die unserem Volk die Freude an der Lektüre gehaltvoller Werke anezogen wird;

f) die Entwicklung des nationalen und revolutionären Filmschaffens und seine Verbreitung im Volk gefördert wird; in dieser Hinsicht bemüht sich die Partei, das mobile Kino zu entwickeln, die einzige Form, die binnen kurzem Filmwerke in die ländlichen Gebiete tragen kann, wo die überwiegende Mehrheit unseres Volkes lebt;

g) die künstlerischen Begabungen, die sich in den Massen zeigen, gefördert werden; darüber hinaus fördert die Partei die Gründung von Kulturhäusern im ganzen Land und auf allen Ebenen. Das Kulturhaus ist die Grundzelle, von der aus die gesamte Kulturpolitik der neuen Gesellschaft belebt wird. Durch die Schaffung eines Netzes von Kulturhäusern, die sich zu echten Verbreitungszentren unserer revolutionären Kultur gestalten werden, hebt die Partei stetig das Kultur-niveau der Massen, setzt sie die Demokratisierung der Kultur in die Praxis um.

2.2 den Kulturaustausch zwischen den verschiedenen Regionen des Landes und mit den befreundeten Völkern und Ländern zu fördern.

Die Partei mißt dem ständigen Erfahrungsaustausch im Bereich der Kultur große Bedeutung bei – sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene.

In diesem Sinne schafft die Partei Voraussetzungen für Künstler-treffen, Tagungen, Seminare über verschiedene Ausdrucksformen unserer revolutionären Kultur, auf denen man Erfahrungen austauscht und Orientierungen für die Weiter-

entwicklung der nationalen Kultur auf dem revolutionären Weg gibt.

Die Partei unternimmt alle Anstrengungen, um den bereits vorhandenen Kulturaustausch mit anderen Völkern und Freundesländern zu verstärken. So wird die moçambiquanische Kultur im Ausland verbreitet.

3. Im Bereich des Sports schafft die Partei Bedingungen zur Pflege von Körperkultur und Sport der Volksmassen im ganzen Land. Sie muß Massencharakter besitzen; ihr zentrales Ziel ist die harmonische Entwicklung des menschlichen Organismus sowie die Festigung des kollektiven Lebens.

Die Partei ergreift Maßnahmen, damit

a) alle Sportanlagen und alle Sportklubs in den Dienst des Volkes gestellt werden;

b) neue Plätze und Anlagen für die sportliche Betätigung im ganzen Land geschaffen werden;

c) die traditionellen Spiele unseres Volkes verbreitet werden;

d) die Pflege von Körpererziehung und Sport in allen Arbeitsstätten und Wohngebieten entwickelt und verallgemeinert wird, insbesondere in den Fabriken, den Schulen, den Verteidigungs- und Sicherheitskräften Moçambiques, den Gemeinschaftsdörfern und Stadtvierteln;

e) Schulen für die Ausbildung von Sportkadern gegründet werden, und zwar auf nationaler und auf Provinzebene;

f) Körpererziehung und Sport in unsere Lehrpläne für die Ausbildung von Grundschullehrern aufgenommen werden;

g) alle sportlichen Begabungen gefördert werden.

Ganz besondere Aufmerksamkeit widmet die Partei der Körpererziehung und dem Sport in der Schule. Andererseits ist es gleichfalls Anliegen der Partei, den Sportaustausch mit anderen Völkern und befreundeten Ländern zu fördern.

F. Auf außenpolitischem Gebiet

Auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen betreibt die Partei eine unabhängige Außenpolitik im Sinne des Kampfes für Frieden, Demokratie und Fortschritt, der Festigung der weltweiten antiimperialistischen Front und des Kampfes gegen Kolonialismus, Rassismus, Neokolonialismus und Imperialismus.

1. Die Partei entwickelt und festigt die Beziehungen mit der internationalen Arbeiterbewegung und mit den marxistisch-leninistischen Parteien, unseren natürlichen Verbündeten.

2. Die Partei kämpft für die Einheit der afrikanischen Völker und Länder auf der Basis der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität, der Wiedererlangung der Menschenwürde der Völker des Kontinents und des Kampfes für den politischen, ökonomischen und sozialen Fortschritt.

3. Die Partei verfolgt eine Politik der Freundschaft und der gegenseitigen Hilfe gegenüber den Parteien und Staaten, die denselben Kampf für die Konsolidierung der nationalen Unabhängigkeit und der Demokratie, für die Rückgewinnung und Kontrolle der natürlichen Ressourcen zugunsten ihrer Völker führen.

4. Die Partei unterstützt den Kampf der Völker für ihre nationale und soziale Befreiung; sie bleibt ihm stets solidarisch verbunden.

5. Die Partei begründet, festigt und entwickelt Freundschaftsbeziehungen mit allen demokratischen und fortschrittlichen Kräften der Welt zur Verstärkung der weltweiten antiimperialistischen Front.

6. Die Partei verteidigt und unterstützt die Bewegung der nichtpaktgebundenen Länder als Kampfinstrument gegen den Imperialismus und für die ökonomische Unabhängigkeit.

7. Die Partei tritt für die Aufnahme von Beziehungen der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Volksrepu-

blik Moçambique und allen Staaten ein, unabhängig von deren gesellschaftlichem und politischem Regime.

8. Die Partei tritt dafür ein, daß die Beziehungen des Staates zu allen Ländern auf den Prinzipien der friedlichen Koexistenz, der gegenseitigen Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität, der souveränen Gleichheit, der Nicht-einmischung in die inneren Angelegenheiten und des gegenseitigen Vorteils beruhen.

9. Die Partei kämpft für die Anwendung des Prinzips der allgemeinen und vollständigen Abrüstung aller Staaten und des Prinzips der Umwandlung des Indischen Ozeans in eine kernwaffenfreie und Friedenszone.

10. Die Partei orientiert den Staat auf eine Friedenspolitik, wobei nur im Falle der legitimen Verteidigung Gewalt anzuwenden ist.

11. Die Partei erzieht die Massen, insbesondere die jungen Generationen, im Geist des proletarischen Internationalismus.

G. Auf dem Gebiet des Staates

Die zentrale Aufgabe der Partei auf dem Gebiet des Staates ist es, den kolonialen Staatsapparat zu beseitigen und einen Staatsapparat neuen Typs zu schaffen, der in seinen Strukturen und in seinen Aktivitäten die Interessen der breiten werktätigen Massen widerspiegelt.

Der Staat ist das Hauptinstrument, mit dessen Hilfe die Partei ihre revolutionäre Politik verwirklicht. Deshalb steht die Partei an der Spitze aller Aktivitäten des Staates. Die führende Rolle der Partei gegenüber dem Staat besteht in folgendem:

a) Die Partei bestimmt die Strategie und Taktik bei der Beseitigung des kolonialen Staatsaufbaus und beim Aufbau des volksdemokratischen Staates, der Keimform des sozialistischen Staates.

b) Die Partei arbeitet die grundlegenden Richtlinien zur Entwicklung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens aus. Diese Richtlinien widerspiegeln sich in den Gesetzen des Staates. Die staatlichen Gesetze sind somit Ausdruck der praktischen Durchführung der Direktiven der Partei.

c) Die Partei schafft die Voraussetzungen dafür, daß sich in allen Staatsorganen Parteiorganisationen konstituieren, die dort die Durchführung der politischen Linie der Partei zu gewährleisten haben.

d) Sie mobilisiert und bildet politische und technische, der Partei treu ergebene Kader aus, die im Staatsapparat Funktionen übernehmen werden. Diese Kader werden vorrangig aus der Arbeiterklasse, der Bauernschaft, anderen Schichten der werktätigen Massen und aus den Reihen der Verteidigungs- und Sicherheitskräfte Moçambiques gewonnen.

e) Die Partei orientiert die demokratischen Massenorganisationen darauf, den Staat in seiner Arbeit zu unterstützen.

1. Die Volksrepublik Moçambique ist ein Staat der revolutionärdemokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern. Sie übt ihre Macht gegen die Feinde des Volkes, die Kapitalisten, gegen den Imperialismus und seine Agenten und im Interesse des Schutzes und der Verteidigung der revolutionären Errungenschaften und der territorialen Souveränität und Integrität aus. Gleichzeitig dient der Staat den wahren Interessen des moçambiquanischen Volkes. Er garantiert zum erstenmal in unserer Geschichte eine umfassende Demokratie und die Möglichkeit, daß jeder Bürger Moçambiques an der Entscheidungsfindung in allen Bereichen der Gesellschaft teilnimmt. Eine Grundbedingung für die Verwirklichung der neuen Gesellschaftsordnung in Moçambique besteht darin, die Staatsmacht zu stärken.

Auf den Trümmern des kolonialen Staatsapparates entsteht der neue Staatsapparat. Er muß stark und einheitlich sein. Deshalb ergreift die Partei Maßnahmen mit dem Ziel,



• den **demokratischen Zentralismus** zur Grundlage der Arbeit und der Beziehungen zwischen den Staatsorganen zu machen;

• auf allen Ebenen die Verbindung zwischen den Staatsorganen und dem Volk zu gewährleisten und die aktive Teilnahme aller Moçambiquaner in allen Bereichen der gesellschaftlichen Tätigkeit zu organisieren;

• die Arbeitsmethoden im Staatsapparat zu vereinfachen und den noch vorhandenen Bürokratismus auszumerzen.

2. Um die Volksmacht auf allen Stufen zu festigen, schafft die Partei Voraussetzungen für die Konstituierung der Volksversammlung und der örtlichen Volksvertretungen.

3. Die neue Justiz der Volksrepublik Moçambique muß Ausdruck der revolutionärdemokratischen Diktatur der moçambiquanischen Arbeiter und Bauern sein. Die Erfahrungen aus dem nationalen Befreiungskampf, insbesondere die der befreiten Gebiete, die Lehren aus der gegenwärtigen Phase des Klassenkampfes und die revolutionären Erfahrungen der anderen Völker sind Inspirationsquellen für den Aufbau unseres Rechtswesens. Auf der Grundlage der Verfassung der Republik ergreift die Partei Maßnahmen, damit die neue Gesetzgebung durch die zuständigen Organe ausgearbeitet wird. Vorrang erhalten die Gesetze zur Unterdrückung der Konterrevolution, der Wirtschaftssabotage und anderer feindlicher Handlungen. Die Partei schafft Voraussetzungen, damit sich kurzfristig Volkstribunale konstituieren können. Ihre zentrale Aufgabe ist es, die revolutionären Gesetze anzuwenden und zu verteidigen. Die Partei erzieht alle Bürger zu einer bewußten Haltung gegenüber der revolutionären Gesellschaftsordnung und zur Wachsamkeit gegenüber allen Erscheinungen des inneren und äußeren Feindes.

H. Auf dem Gebiet der nationalen Verteidigung und der öffentlichen Sicherheit

Die Errichtung der neuen volksdemokratischen Ordnung in Moçambique hat zu einem verschärften Klassenkampf und dazu geführt, daß die imperialistische Aggression gegen unser unabhängiges Vaterland verstärkt wurde. Auf dem Gebiet der nationalen Verteidigung und der Volkssicherheit sieht unsere Partei deshalb ihre Hauptaufgabe darin, die Verteidigungskraft des Landes zu stärken und die öffentliche Ordnung, Disziplin und Sicherheit zu festigen. Die Verteidigungs- und Sicherheitskräfte Moçambiques – die Streitkräfte, die Polizei und weitere Volkssicherheitskräfte und -organe – sind

politische Instrumente der moçambiquanischen Revolution. Es sind von der Partei geführte, tief im Volk verwurzelte Strukturen. Sie tragen die große Verantwortung, die nationale Unabhängigkeit und Souveränität zu schützen, zu festigen und die territoriale Integrität zu verteidigen. Die Verteidigungs- und Sicherheitskräfte Moçambiques sind zugleich ein wichtiges Ausbildungszentrum revolutionärer Kader für den Aufbau der Volksdemokratie.

1. Die Partei wird dafür Sorge tragen, daß die Verteidigungs- und Sicherheitskräfte Moçambiques so entwickelt, strukturiert und organisiert werden, daß sie stets imstande sind, die revolutionären Errungenschaften, die nationale Unabhängigkeit und Souveränität und die territoriale Integrität des Landes zu verteidigen. Die neue objektive Lage und die neuen Aufgaben erfordern, die Verteidigungs- und Sicherheitskräfte Moçambiques in reguläre Volksstreitkräfte mit verschiedenen Waffengattungen und Dienstzweigen umzuwandeln.

2. Die Partei wird ihre Politik fortsetzen, in den militärischen und anderen Organen Parteiorganisationen zu bilden.

3. Die Partei wird die ständige Schulung, das ständige politische Studium als Mittel zur Hebung der Disziplin und zur verstärkten Abgrenzung vom Klassenfeind fördern.

4. Die Partei wird den Nationalen Dienst der Verteidigung und des Wiederaufbaus aktivieren, um zu ermöglichen, daß sich die moçambiquanischen Patrioten ohne Unterschied darauf vorbereiten, die nationale Unabhängigkeit und die Revolution zu festigen und zu stärken.

5. Die Partei orientiert die Verteidigungs- und Sicherheitsorgane darauf,

- eine moderne und starke, auf das organisierte Volk gestützte Kraft zu entwickeln;

- den Kampfgeist und die militärische Disziplin stetig zu heben;

- die Waffenbrüderschaft mit den Armeen der fortschrittlichen afrikanischen Länder, der sozialistischen Länder und der Befreiungsbewegungen zu festigen.

6. Die Partei bestimmt folgende Richtlinien für das Agieren der militärischen und paramilitärischen Organe:

- Die Macht des Bündnisses der Arbeiter und Bauern, die Errungenschaften der werktätigen Klassen, die Entwicklung der moçambiquanischen Gesellschaft auf dem Wege des Sozialismus sind zu schützen und unterstützen. Der Kampf wird gegen den internationalen Imperialismus und die innere Reaktion geführt.

- Kriminalität und andere Angriffe auf die revolutionären Gesetze gilt es, unversöhnlich zu bekämpfen.

- Es ist Sorge für Frieden, Ruhe, Ordnung und öffentliche Sicherheit zu tragen.

- Der nationale Befreiungskampf anderer Völker und andere Formen des antiimperialistischen Kampfes werden konsequent unterstützt.

7. Die Partei bildet und organisiert im ganzen Land Volksmilizen. Sie sind ein wichtiges Instrument der moçambiquanischen Revolution. Ihre Aufgaben bestehen darin,

a) den Sicherheitsorganen im Kampf für die Verteidigung der revolutionären Errungenschaften, der nationalen Souveränität und der territorialen Integrität gegen den inneren Feind und gegen die aggressiven und konterrevolutionären Aktionen des Imperialismus und seiner Agenten zur Seite zu stehen;

b) die Sicherheitsorgane im Kampf für Frieden, Ruhe, öffentliche Ordnung und Sicherheit zu unterstützen.

Die Partei wählt die Angehörigen der Volksmilizen unter den bewußtesten und vorbildlichsten Kräften der Arbeiterklasse, der Bauernschaft und der anderen fortschrittlichen Werktätigen aus. Die Partei leitet die politische und militärische Ausbildung der Volksmilizen direkt an.

J. Die Partei und das moçambiquanische Volk

1. Die FRELIMO ist die avantgardistische Partei des Bündnisses der Arbeiter und Bauern, die in ihren Reihen weitere revolutionäre moçambiquanische Werktätige vereint. Die FRELIMO bestimmt ihre Ziele und ihre Aufgaben im Interesse des Volkes und kämpft heroisch dafür, sie zu verwirklichen. Ein Grundprinzip des Handelns der Partei ist ihr ständiger Kontakt mit dem Volk, ihre enge Verbundenheit mit den Massen. Alle Parteimitglieder und Parteileitungen müssen sich vorrangig damit beschäftigen, die Politik der FRELIMO mit dem Volk zu diskutieren, zu analysieren und die Massen zu mobilisieren, diese Politik zu verwirklichen.

2. Die Avantgarde der werktätigen Klassen, vor allem der Arbeiter und der Bauern, organisiert sich in der Partei. Die Volksmassen werden in den demokratischen Massenorganisationen unter Führung der Partei erfaßt.

Die demokratischen Massenorganisationen bilden das vollkommenste Bindeglied zwischen der Partei und dem Volk. Die FRELIMO findet in ihnen eine unerschöpfliche Quelle revolutionärer Energie. Die Massenorganisationen sind die große Schule, in der sich das Bewußtsein von Millionen Werktätigen, Männern und Frauen, Alten und Jungen entwickelt. Sie bilden die Basis für die Rekrutierung und das Zentrum für die Aus- und Weiterbildung der Mitkämpfer der Partei. Die demokratischen Massenorganisationen sind das grundlegende Instrument, die umfassende antiimperialistische, nationale Front des Volkes zu erweitern und zu festigen.

3. Nach der Schaffung der Avantgardepartei müssen sich die gegenwärtig bestehenden demokratischen Massenorganisationen entwickeln und neue Organisationen gebildet werden.

a) Die Organisation der Moçambiquanischen Frau (OMM) wird ihre Arbeit fortsetzen und verstärken müssen, um die Emanzipation der moçambiquanischen Frau durch ihre aktive und bewußte Teilnahme an den vielfältigen Aufgaben der volksdemokratischen Revolution wahr zu machen.

b) Die Werktätigen müssen sich in Organisationen der Werktätigen vereinen, die imstande sind, eine entscheidende Rolle bei der politischen Bewußtseinsbildung und bei der Verteidigung der Interessen der Werktätigen zu spielen.

c) Die Partei wird die Organisation der Moçambiquanischen Jugend und die Organisation der Fortsetzer bilden, denen die großartige Aufgabe zukommt, die neuen Generationen patriotisch und sozialistisch zu erziehen. Sie wird künftig die wichtigste Quelle von Kadern der FRELIMO sein.

d) Es werden **Vereinigungen der Genossenschaftsbauern** gebildet. Sie verteidigen die Interessen der Genossenschaftsbauern, festigen den Kollektivgeist der Bauern, stärken das Bündnis von Arbeitern und Bauern.

e) Es werden Organisationen der Journalisten, der Schriftsteller, der Künstler und anderer Berufsgruppen geschaffen.

f) Die Partei wird die Massen mobilisieren, Einwohnervereinigungen vor allem in den Gemeinschaftsdörfern zu gründen. Diese Vereinigungen werden entscheidend dazu beitragen, das Leben der Massen in kollektiven und demokratischen Formen zu organisieren.

g) Die Partei wird der Bildung von Solidaritätsorganisationen besondere Aufmerksamkeit widmen. Sie werden dazu beitragen, den weltweiten Kampf gegen Imperialismus und Ausbeutung zu unterstützen und unser Volk im internationalistischen Geist zu erziehen.

4. Die Arbeit der demokratischen Massenorganisationen wird auf allen Ebenen von der Partei angeleitet und unterstützt. Alle Gremien und Mitglieder der Partei müssen aktiv an der Arbeit der demokratischen Massenorganisationen teilnehmen.

Der Kampf geht weiter!

(Quelle: Front de Libération du Mozambique. Programm du FRELIMO, Maputo, Februar 1977)

Libanon - Palästina

Im letzten Interview vor seiner Ermordung hatte Kamal Djoumblatt, Führer der Sozialistischen Fortschrittspartei und der Nationalen Fortschrittlichen Front des Libanon, gegenüber der französischen Zeitschrift L'Express noch prognostiziert: „Es gibt eine Gefahr. Vor allem im Süden des Landes. Im Namen des Prinzips der ‚sicheren Grenzen‘ könnte Israel den Südlibanon an sich reißen.“ (Express, Paris, 21. 3. 1977) Über einen Monat nach der feigen Erschießung Djoumblatts vom 16. März 1977 bleiben Herkunft und Hintermänner der vier Attentäter noch immer ungeklärt, die militärischen Auseinandersetzungen im Südlibanon aber haben eine neuerliche bedrohliche Eskalation erfahren. Wie das Nahost-Magazin Events berichtete, wurde zwischen Israel und der libanesischen Rechtsallianz eine Vereinbarung getroffen, daß „der Krieg im Südlibanon weiterzuführen ist mit dem Ziel, den Abzug aller bewaffneten Palästinenser aus den Grenzgebieten zu erzwingen, wofür Israel die finanzielle und militärische Unterstützung fortsetzen werde.“ (Events, London, Nr. 14/8. 4. 1977) Nach einer von den libanesischen Rechtsmilizen eröffneten aber von palästinensischen Widerstandstruppen zurückgeschlagenen Offensive um die Stadt Marjayun ging Israels Regierung noch einen Schritt weiter: Mitte April droht Außenminister Allon offen eine Militärintervention gegen die „palästinensischen Banden“ an.

Der feige Mord an Kamal Djoumblatt erweist sich somit als Versuch zur Aufrechterhaltung eines gespaltenen Libanon, zur Neubelebung des Kriegszustandes und des Niederzwingens des palästinensischen Widerstandes. Gegen eine solche Entwicklung protestierte am 17. März, einem Aufruf des Zentralen Politischen Rates der Nationalen Libanesischen Bewegung folgend, die Bevölkerung in Beirut und anderen Landesteilen mit einem Generalstreik. Der Sohn des Ermordeten, Walid Djoumblatt, rief in einer Rundfunkansprache dazu auf, das Attentat nicht zu einem Wiederaufflammen des Bürgerkrieges zum Anlaß zu nehmen.

Die vom 12.-20. März d. J. in Kairo versammelte 13. Palästinensische Nationalratstagung würdigte die Verdienste des Ermordeten um die Kampfgemeinschaft der PLO und der nationalprogressiven Bewegung des Libanon, indem sie ihre Abschlusserklärung (Wortlaut und Analyse zur Geschichte der PLO in AIB, Nr. 6/1977) Kamal Djoumblatt widmete.

Indien

Was sich bereits vor den jüngsten Unterhauswahlen in Indien abzeichnen begann (siehe AIB, Nr. 3/1977), ist eingetreten: Die Kongreß-Partei Indira Gandhis gewann nur noch 153 der insgesamt 542 Sitze; der rechte Janata-Block kam zusammen mit dem von Jagji van Ram gegründeten sogenannten Kongreß für Demokratie auf 298 Mandate. Indira Gandhi und ihr Sohn Sanjay mußten in ihren Wahlkreisen schwere Niederlagen hinnehmen. Wichtige Gründe für diesen Ausgang der Wahlen sind sicherlich in der antikommunistischen Politik von Teilen der Kongreß-Partei; in den von Sanjay Gandhi angeordneten Zwangssterilisierungen und „Slumbereinigungen“, sowie vor allem im antidemokratischen Machtmißbrauch der Regierung Gandhi und ihrer inkonsequenten Verwirklichung des 1975 verkündeten 20-Punkte-Reformprogramms (siehe AIB, Nr. 7-8/1975 und 11-12/1975) zu suchen.

Inzwischen ist eine neue Regierung unter Premierminister Morarji Desai gebildet worden, von der der Westen insbe-

sondere hofft, daß sie die traditionelle Freundschaft Indiens mit der Sowjetunion beenden und alle Schranken für die imperialistische Konzernexpansion weit öffnen wird. Die bisherigen außenpolitischen Äußerungen Desais haben diese Hoffnungen bestärkt.

Ob das zusammengewürfelte und in sich widersprüchliche Rechts-Bündnis die dringendsten innenpolitischen Aufgaben zu lösen vermag, wird nach dem Gerangel um die Ministerposten auch in der westlichen Presse bezweifelt: So bemerkt die Zeit sehr richtig, daß „es nicht gerade ein erhebendes Schauspiel war, das die alten Männer von Dehli den Indern nach ihrem Wahlsieg lieferten“ (Die Zeit, 1. 4. 1977). Und der Süddeutschen Zeitung erschienen „die Begleitumstände des indischen Machtwechsels . . . als unwürdiger Kampf um Pfründe, als kleinliches Gerangel.“ (SZ, 28. 3. 1977)

Chile

Die Illustrierte Stern enthüllte in ihrer Ausgabe vom 17. 3. 1977 einmal mehr größte Menschenrechtsverletzungen der faschistischen Militärjunta. Vor allem aber wies ihr Chile-Report konkret deren Unterstützung durch BRD-Bürger am Beispiel der „Colonia Dignidad“ („Kolonie Würde“), einer Folterhöhle in Chile nach.

Colonia Dignidad ist ein von mindestens 250 Bürgern der BRD geführtes landwirtschaftliches Gut in der chilenischen Provinz Linares und wird in einem Bericht der UNO über die Verletzung der Menschenrechte in Chile als erstes unter den bestehenden Geheim-KZs in Chile genannt. In diesem UN-Dokument vom 8. 10. 1976 heißt es, daß die Häftlinge verschiedensten Experimenten über die Grenzen der Belastbarkeit hinaus unterworfen werden. Zu den Foltermethoden gehören sowohl Elektroschocks und das Verabreichen von Drogen als auch das Zerstören der Geschlechtsorgane von Männern und Frauen durch darauf abgerichtete Hunde. Der Stern gelangt zu dem Schluß: „In Colonia Dignidad scheint es ein besonderes Folterzentrum an einem unterirdischen Ort mit spezieller Ausrüstung und kleinen, schalldichten, hermetisch abgeschlossenen Gefangenenzellen zu geben“.

Obwohl in diesem Lager BRD-Konsularbeamte ein- und ausgehen und die bundesrepublikanische Botschaft dort ständig Amtshandlungen verrichtet, will Botschafter Strätling an Ort und Stelle „nichts Verdächtiges“ gesehen haben, empfangen ihn doch die Anführer freundlich und mit Kaffee und Kuchen. Botschaftsrat Henning Leopold von Hassel faßte seine Eindrücke über das Lager mit den Worten zusammen: „Ordentlich und sauber bis zu den Schweineställen“.

Als die Frankfurter Rundschau angesichts dieser Enthüllungen über die Verbrechen das Bonner Auswärtige Amt um eine Stellungnahme ersuchte, erhielt sie die lapidare Antwort, daß man keinen Grund gesehen habe, die Angelegenheit weiter zu verfolgen. Doch die Zeugen, die auf einer Pressekonferenz Ende März d. J. im DGB-Haus in Frankfurt ausagten, konnten nichts anderes äußern, als alle Enthüllungen und Vorwürfe zu bestätigen.

Adressenänderungen

bitte rechtzeitig

bekanntgeben!

Idi Amin – Lieblingsobjekt der Rassenhetze

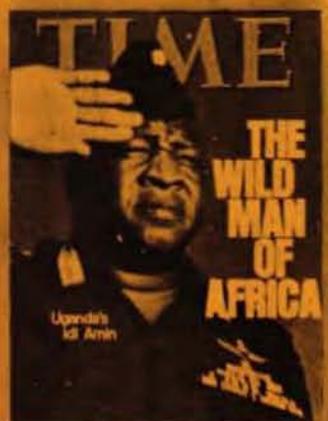
Seit dem israelischen Überfall von Entebbe Mitte 1976 vergangenen Jahres reißt die Flut von Artikeln, die sich mit Idi Amin, dem Präsidenten von Uganda beschäftigen, nicht mehr ab. In Anknüpfung an landläufige Rassenurteile betreiben die großen bundesdeutschen und internationalen Nachrichtenmagazine mit Schlagzeilen und Titelstories wie „Der wilde Mann von Afrika“ (Time, 7. 3. 1977) oder „Menschenjagd von elf bis vier“ (Stern, 10. 3. 1977) rassistische Stimmungsmache besten Stils.

Noch vor Jahren feierte die westliche Presse Idi Amin als Retter Ugandas vor „sozialistischen Experimenten“. 1971 stürzte er mit der Hilfe Großbritanniens und Israels die Regierung Obote, die sie mit der – dem Beispiel Tansanias folgenden – „Charta des einfachen Mannes“ einen antiimperialistischen, sozialistisch orientierten Kurs eingeschlagen hatte. Obotes Programm sah die Nationalisierung der wichtigsten Industriebetriebe, Großplantagen, des Import- und Exporthandels sowie des Transportwesens vor.

Heute dient ein als vermeintlicher Repräsentant ganz Schwarzafrikas aufgebauschter Amin als Buhmann der Weltpolitik und Lieblingsobjekt der Sensationspresse, als Belegbeispiel für die Produzenten der internationalen Rassenhetze. In einer großangelegten Kampagne erleben die Hauptthesen des Sozialdarwinismus aus dem 19. Jahrhundert eine Neuaufgabe: „Der Kopf ist kugelförmig und groß, die kurze, breite Nase hebt sich kaum daraus hervor. Kleine, etwas gequollen wirkende Augen drehen sich unablässig . . . Fast ohne Hals sitzt das Haupt auf einem massigen 120-Kilo-Körper.“ (Der Spiegel, Nr. 9/1977.) Eine nicht abzuleugnende Exzentrik Amins wird von den bürgerlichen Medien willig aufgenommen. Die Possenreißerei Amins wird dem kindlich-gutmütigen Charakter des „Eingeborenen“ zugeschrieben, so wie dies schon im vorigen Jahrhundert von den christlichen Missionaren getan wurde. Als ob es keine kolonialistische Deformation und Zerstörung des kulturellen Erbes der Afrikaner gegeben hätte, soll das suggeriert werden, was der Spezialist in Sachen Rassenhetze Hans Germani schon vor zwei Jahren in die Frage kleidete: „Sind Neger doch dümmer?“ (Die Welt, 12. 3. 1975) Zur Stützung derartiger Thesen werden allerlei Zeugen bis hin zu Psychoanalytikern herbeizitiert und ein widersprüchliches Krankheitsbild gezeichnet, das über sadistisch, wahnsinnig, paranoid und schizoid alles beinhaltet, was an einschlägigen Vokabeln zur Verfügung steht. Nicht genug damit, der „dumme Eingeborene“ Amin, „der seine Uniform mit allerlei bunten Medaillen und Orden verschönert“ (Stern, 26. 8. 1976) – wer von diesen Journalisten hat sich je über die Ordenpracht der Bundeswehrgeneräle lustig gemacht? – ist in dem kannibalistischen Verhalten seiner Vorfahren verfangen. So soll Amin in seinem Kühlschrank die Köpfe seiner bedeutendsten Opfer aufbewahren, um sie von Zeit zu Zeit seinen Besuchern zu zeigen. Seiner persönlichen Leibwache wird gar eine natürliche Veranlagung zum Töten nachgesagt. Ein Bischof der amerikanischen Episkopalkirche verstieg sich zu der Annahme, daß es sich bei Idi Amin um keinen Menschen mehr handeln könne.

Vom einstigen Retter vor „sozialistischen Experimenten“ . . .

Auf diesem Hintergrund ist es leicht, eine Aktion wie das völkerrechtswidrige Kommandounternehmen der Israelis in Entebbe, bei dem 20 Ugander den Tod fanden, als zivilisierende Heldentat zu verkaufen. Denn bei Uganda handele es sich um einen „unzivilisierten, barbarischen Staat“, der gemäß einer frühen Doktrin des Völkerrechts nicht zur Völkerrechtsgemeinschaft zu zählen sei.



. . . zur Hauptgefahr in Afrika erklärt

Um von dem Rassismus im südlichen Afrika abzulenken, wird ein Rassismus Amin'scher Prägung konstruiert, dessen Grundlage – so die westliche Presse – ein Religionskrieg zwischen Christentum und Islam sei. Folgerichtig fordern maßgebliche Stellen, darunter die Kirchen, eine britische Intervention in Uganda. Es ist dies nichts anderes als ein Aufruf zum Verstoß gegen geltendes Völkerrecht.

Ogleich hinreichend bekannt ist, daß die größten Geschäftsmacher mit Idi Amin in den USA, Großbritannien und der BRD sitzen, sind es laut Spiegel und Time die arabischen Länder insbesondere die Palästinenser, die die Militärregierung in Uganda stützen.

Uganda wird zudem zur zweiten Heimat der Palästinenser erklärt, wenngleich die Journalisten zugeben müssen, daß bislang nur wenige in Uganda leben. Jüngst wurde anlässlich eines angeblichen, von der CIA registrierten Besuchs kubanischer Militärs die Vermutung geäußert, es könnten demnächst kubanische Truppen in Uganda auftauchen (Time, New York, 7. 3. 1977). Eine absurde Behauptung, die Methode hat, wie wir aus der Berichterstattung über Moçambique und die neueren Ereignisse in Zaire wissen.

Die eigentliche Zielstellung der Anti-Amin-Kampagne geht über die Verbreitung rassistischer Allgemeinplätze oder das Anzeigen politischer Unterdrückungspraktiken in Uganda – die gewiß nicht zu verharmlosen sind – weit hinaus.

Indem Amin zur Hauptgefahr in Afrika hochstilisiert wird, soll von den Kapitalverbrechen der Rassistenchefs Vorster und Smith wie ihrer imperialistischen Hintermänner abgelenkt werden. Weiter werden Idi Amins verbale Bekenntnisse gegen die Rassisten-Regimes und denn Zionismus wie seine halbherzige Solidarität mit den Befreiungsbewegungen (siehe seine von Sekou Touré kritisierte Haltung in der Angolafrage, in: AIB, Nr. 1/1976) als prototypisch für die afrikanische Solidarität in ihrer Gesamtheit hingestellt, um diese herabzuwürdigen. Für den afrikanischen Kontinent stellte der Spiegel schon am 28. 7. 1976 die Frage, „ob die ungebildeten schwarzen Massen nicht zu ähnlichen Grausamkeiten fähig sind wie Amin“. Die eigentlichen Hintergründe gab indessen am 26. 7. 1976 das Neonazi-Blatt Deutsche Nationalzeitung in aller Offenheit preis: Während im Süden Afrikas unter der Herrschaft der Weißen „menschenswürdige und rechtstaatliche Verhältnisse“ beständen, habe die nationale Befreiungsbewegung Afrika überall „Diktatur, Sklaverei und Ausbeutung“ beschert.

Die mit Amin als Aushängeschild geführte rassistische Kampagne soll psychologische Voraussetzungen schaffen helfen, unter denen der offene Angriff der Westmächte gegen das fortschrittliche Afrika als legitime Aktion erscheint.